

the ZÜRICH GLOBALIST



Rohstoffe

Ernst **Basler** + **Partner**

Wir beraten, planen und bauen
für eine nachhaltige Zukunft. International.

www.ebp.ch

Weitsicht



Rohstoffe sind in unserem globalisierten und hochgradig technologisierten Zeitalter wichtiger denn je. Unsere Smartphones stecken voller seltener Metalle und Elektronikherstellen lechzen nach leitfähigem Kupfer. Erdöl bleibt die Hauptenergiequelle für die meisten Verkehrssysteme, obwohl die Endlichkeit der Reserven allen bewusst ist und immer aufwändigere und risikobehaftetere Fördermethoden notwendig sind. Der in verschiedenen Staaten beschlossene Atomausstieg erschwert die Suche nach nachhaltigen Lösungen zur Überwindung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern. Auch die natürliche Umwelt und die knapper werdenden Süsswasserreserven als Basis des Lebens werden durch die Klimaerwärmung bedroht. Gerechtigkeitsfragen sind im Zusammenhang mit dem Abbau von Rohstoffen ein Dauerthema. Die Bereicherung westlicher Unternehmen auf Kosten rohstoffreicher Entwicklungsländer sorgt regelmässig für Schlagzeilen.

Unsere vierte Ausgabe beschäftigt sich hauptsächlich mit verschiedenen Problemherden in der Rohstoffbranche. Doch auch Zukunftsperspektiven für einen besseren und gerechteren Umgang mit unseren begrenzten Ressourcen finden hier Erwähnung.

Einleitend finden sich nach dem Inhaltsverzeichnis Abdrucke von vier Plakaten der Fachklasse Grafik aus Luzern zum Thema «Energie», welche vor kurzem im Rahmen der APG-Kampagne «Plakate zum Jahreswechsel» in der ganzen Schweiz zu sehen waren.

Auf den Sommer hin wird die Redaktion verschiedene Abgänge verzeichnen. Meldet euch deshalb ungeniert bei uns, falls ihr Interesse habt, bei der Auswahl der Heftinhalte und bei der Produktion mitzuwirken. Folgt uns auch unbedingt auf Facebook und helft mit, uns bekannter zu machen.

Eine spannende Lektüre wünscht im Namen der Redaktion,

Livio Liechti

Rohstoffe

10

Stefan Brunner

EITI – Das Feigenblatt der Rohstoffindustrie

13

Valentina Suter

Die Erschöpfung der Ressource Mensch

14

Ivo Scherrer

Das ewige Leben des Erdöls

17

Livio Liechti

Glencore-Millionen für Zürcher Gemeinden

20

Benno Zogg

No more Wars for Oil?

22

Nadine Riera

Indigene Völker – Opfer mit der schwächsten Stimme

24

Nikolai Thelitz

Wasser und Machtpolitik im Nahen Osten

26

Pascal Scheiwiller

Le conflit du Nord-Kivu est-il dû à notre iPhone?

28

Gabriel Züllig

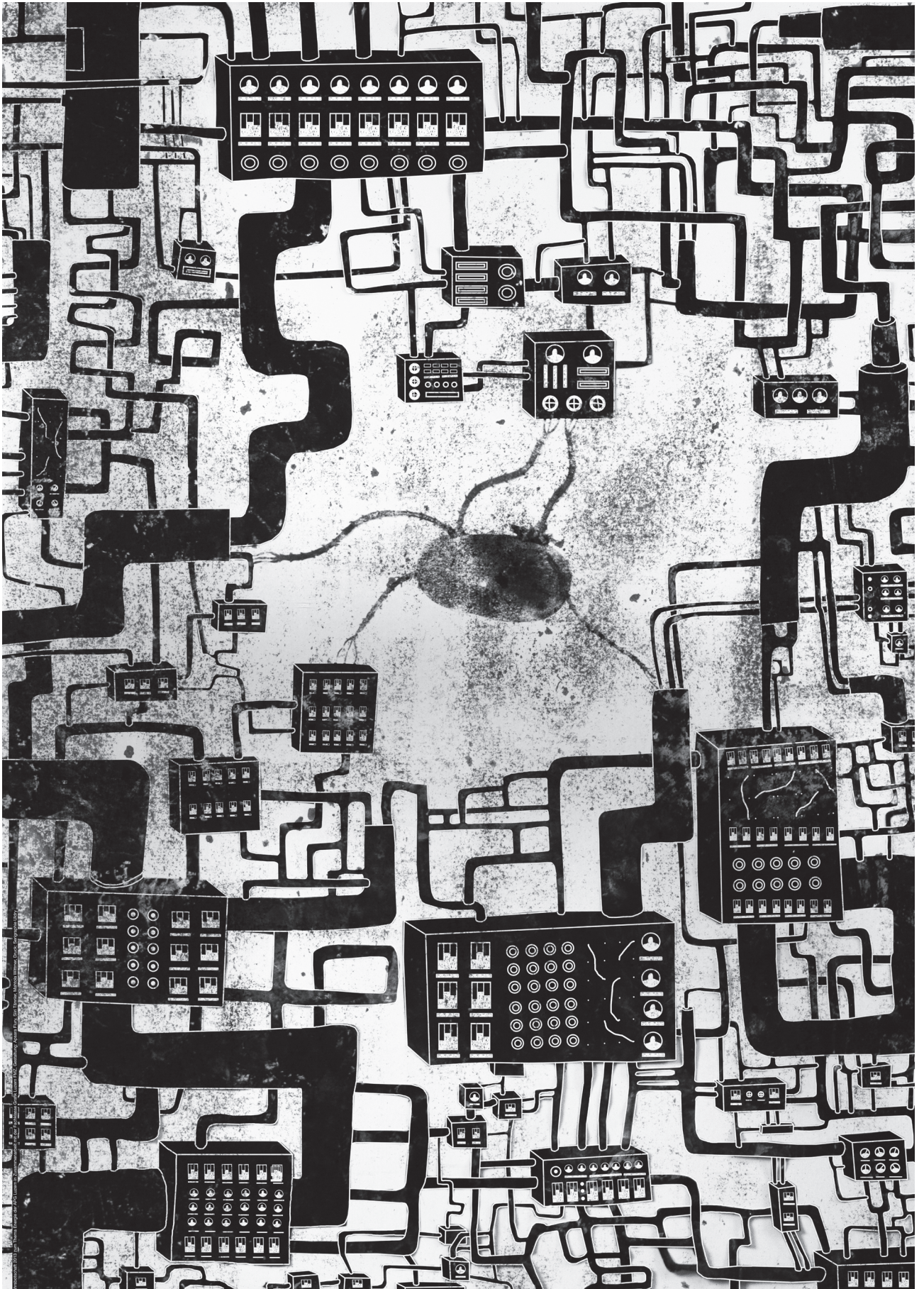
A Heated Race For The Eternal Ice

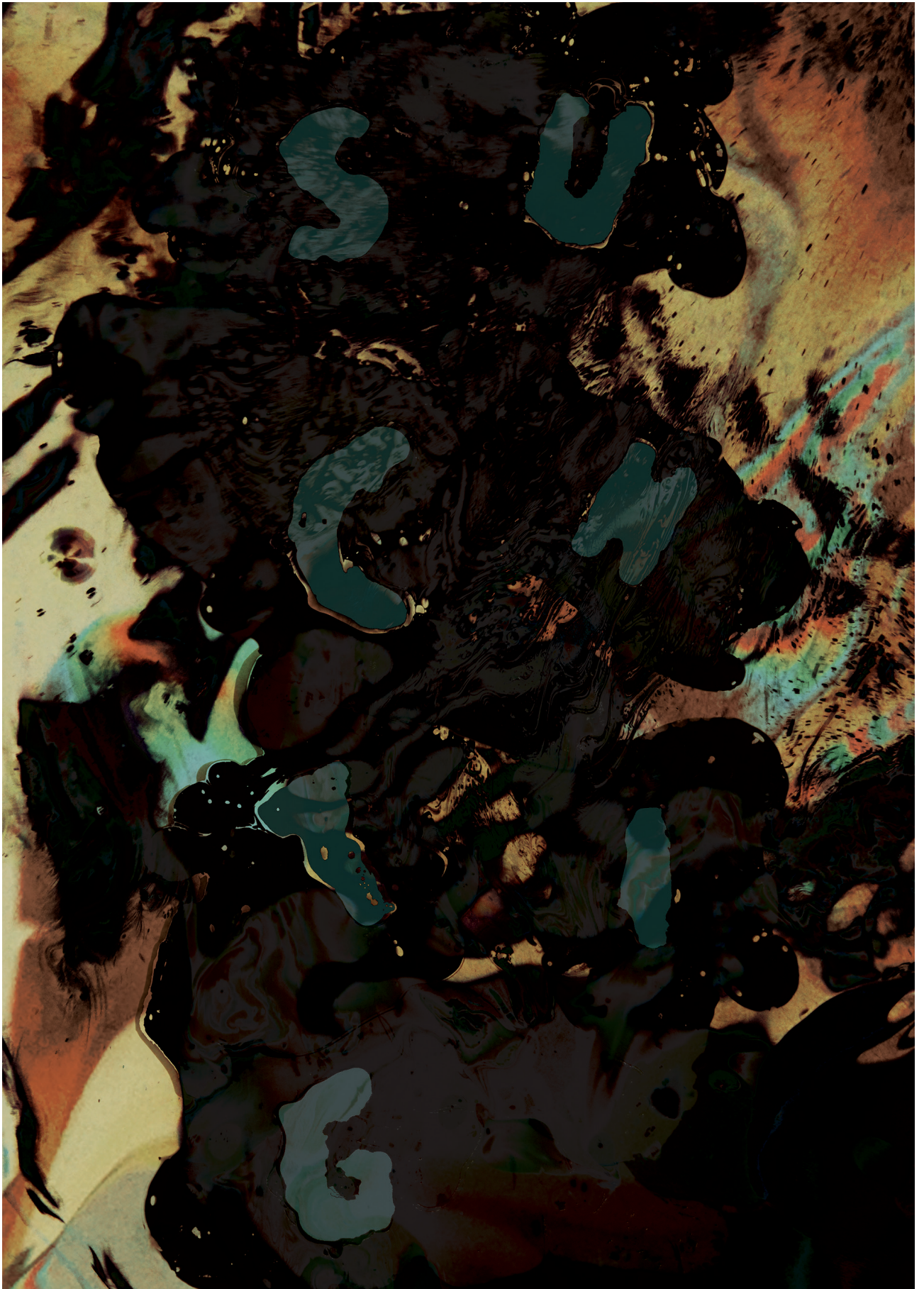
31

Martina Viviani

Aiuto condizionale: la cooperazione allo sviluppo motivata da interessi economici

Vor Ort	34	Daniel Ballmer Rote Erde – Wie die Nickelindustrie eine Insel zerstört
	36	Lisa Rabner Die Freiheit, dich selbst zu sein – das Leben in Tel Aviv
	38	Darja Schildknecht Im Zirkel der Macht – Kleinstaat in der UNO
Wissenschaft und Kultur	42	Christoph Bracher Alpine Agrargesellschaften und extreme Naturereignisse
	46	Claudio Bruderer Und es ward Licht!
Wirtschaft	49	Christian Gschwendt Staatsschulden, Austerität und die öffentliche Verklärung
Europa	53	Thomas Lo Russo Italien nach den Wahlen – Zeit der Blockade oder des Wandels?
	56	Xenia Keller Die Lateinamerikanische Antwort auf die EMRK
	58	Impressum





Apsara Flury, Daniel Bachmann



Sonja Hufschmid



EITI – Das Feigenblatt der Rohstoffindustrie

Die Vorstellung von rechtsverbindlicher Transparenz in der Rohstoffindustrie beunruhigt Diktatoren wie CEOs. Was sind die Beweggründe von rohstoffreichen Ländern, Rohstofffirmen und deren Heimatländern, sich in einer gemeinsamen Transparenzinitiative zusammenzuschliessen? Der Wunsch nach mehr Transparenz gehört nicht dazu.

Ein Grossteil der Menschen in rohstoffreichen Ländern profitiert nicht im Geringsten von den immensen Reichtümern, welche in ihrem Land tagtäglich aus der Erde gefördert werden. Diese dienen vielmehr einer kleinen Elite zur persönlichen Bereicherung, welche durch diese externen Einnahmequellen nicht auf Steuereinnahmen und somit auch nicht auf die politische Zustimmung ihrer Bevölkerung angewiesen ist. Dieses als «Rohstofffluch» bekannte Phänomen hindert international agierende Rohstofffirmen jedoch nicht daran, in diesen Ländern ihrem lukrativen Geschäft nachzugehen. Geld aus Förderkonzessionen oder Rohstoffsteuern wandert durch undurchsichtige Kanäle in die Hände weniger, die breite Bevölkerung sieht davon nichts.

Das Problem erkannt...

Soweit so schlecht. Doch kein Grund zur Sorge. Internationale Rohstofffirmen, deren Heimat- sowie Gastländer haben das Problem erkannt und sich in einer öffentlich-privaten Partnerschaft unter dem klingenden Namen *Extractive Industries Transparency Initiative* seiner Lösung angenommen. EITI, wie die Initiative liebevoll genannt wird, ist denkbar simpel: alle Beteiligten versprechen, mit ihren intransparenten Praktiken aufzuhören, von nun an alle Zahlungen zwischen Rohstofffirmen und Gastländern zu veröffentlichen und generell weder Schmiergelder zu bezahlen, noch solche anzunehmen. Indianerehrenwort. Um dies zu beweisen publizieren sowohl Firmen als auch Gastländer sogenannte Länderreporte, in denen sie angeben, was sie bezahlt, respektive erhalten haben und von unabhängigen Stellen kontrolliert werden. Der lokalen Zivilbevölkerung wurde das Mandat übergeben, im Falle von Unstimmigkeiten in einem solchen Länderreport ihre politischen Vertreter zur Verantwortung zu ziehen.

Das bedeutet mit anderen Worten: nachdem British Petroleum (BP), Chevron, Glencore/Xstrata, usw. ihren Länderreport veröffentlicht haben, in welchem sie bescheinigen, keine Schmiergelder bezahlt zu haben, und Gastländer wie Aserbaidschan, Irak oder Mali ihrerseits in einem Report darlegen, dass niemand einen Teil der Rohstoffeinnahmen auf private Schweizer Bankkonten oder zum Erwerb einer Sommerresidenz in Südfrankreich abgezweigt hat, werden diese von einem unabhängigen Buchhalter abgeglichen. Sollte dieser feststellen, dass die Zahlen nicht übereinstim-

men, so liegt es an der aserbaidischen, irakischen und malischen Bevölkerung, die wirtschaftliche und politische Elite ihres Landes zu bitten, ihre korrupten Praktiken doch nun bitte ernsthaft zu unterlassen und sich an ihre Versprechen zu halten.

An dieser Stelle sollte auch dem unsarkastischsten Leser klar geworden sein, dass es der EITI aus strukturellen Gründen an Durchsetzungskraft fehlt. Ihre Mitgliederliste umfasst zu einer erdrückenden Mehrheit Regime, welche auf eine lange und brutale Geschichte von systematischen Menschenrechtsverletzungen zurückblicken. Weshalb der Zivilgesellschaft im Bereich der persönlichen Einnahmequellen ihrer politischen Führungsfiguren gelingen sollte, was ihr in anderen, die Machtbasis des Regimes weit weniger tangierenden Gebieten nicht gelingt, vermögen die EITI-Proponenten freilich nicht zu beantworten.

Die Frage drängt sich auf, weshalb also die Mühe? Weshalb internationale Konferenzen, graphisch aufpolierte Reports und ein *Who is Who* der Internationalen Rohstoffindustrie in der Mitgliederliste, für etwas, das nicht die nötige Durchsetzungskraft besitzt, sein erklärtes Ziel auch wirklich zu erreichen?

So berechtigt diese Frage auch sein mag, sie missversteht

Geld aus Förderkonzessionen oder Rohstoffsteuern wandert durch undurchsichtige Kanäle in die Hände weniger

den eigentlichen Grund für die Existenz der Initiative. Denn nicht das Ziel, 3,5 Milliarden Menschen an den wirtschaftlichen Früchten der Rohstoffe ihres Landes zu beteiligen, wie die Homepage der Initiative erklärt, trieb die Hauptakteure in ihren Bemühungen. Vielmehr war es die Angst vor tatsächlicher Transparenz. Die Angst, tatsächlich verantwortlich gemacht zu werden für Schmiergeldzahlungen an diktatorische Regime, für Zweckentfremdung öffentlicher Mittel, für Menschenrechtsverletzungen der eigenen Konzerne in fernen Ländern. Um dies zu verstehen, ist es nötig, die Umstände zu kennen, durch welche die EITI geboren wurde. Es ist eine Geschichte die stark an jene von David und Goliath erinnert – wäre da nicht der bittere Nachgeschmack von Goliaths Triumph.

David ...

Mit dem Fall der Berliner Mauer stellte sich eine neue Bereitschaft der westlichen Welt ein, Geschehnisse in der sogenannten Dritten Welt nicht mehr ausschliesslich durch die Brille des Kalten Krieges zu betrachten. NGOs und andere Akteure, welche sich mit der Frage nach der Verbindung von Rohstoffen, bewaffneten Konflikten und Wirtschaftsentwicklung beschäftigten, trafen plötzlich auf ein globales und interessiertes Publikum. 1998 veröffentlichte die Londoner NGO *Global Witness* ihren Bericht *A Rough Trade* über den angolanischen Bürgerkrieg. Quasi über Nacht wurde einem globalen Publikum bewusst, was im Diamantenhandel bis anhin als kleines Geheimnis der Industrie galt – angolanische Warlords finanzierten eine blutige und jahrzehntelange Rebellion mit Einnahmen aus dem Diamantengeschäft.

Als *Global Witness* sich ein Jahr später in dem Bericht *A Crude Awakening* mit der angolanischen Ölwirtschaft beschäftigte, und zu voller Transparenz in diesem Wirtschaftszweig aufrief, erreichte die NGO, welche damals aus lediglich einer Handvoll selbstfinanzierter Enthusiasten bestand, einen weiteren, ebenso grossen wie unerwarteten Erfolg. Die angolanische Regierung wurde quasi *in flagranti* erwischt, als sie sich gerade mit beiden Händen an den Rohstoffeinnahmen des bitterarmen Landes bediente. Durch heftige und unüberlegte Reaktionen zog sie noch mehr öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. Korruption und Misswirtschaft in der Ölindustrie waren plötzlich ein Thema auf der internationalen Agenda.

Motiviert durch ihren anfänglichen Erfolg und finanziell wie personell wesentlich gewachsen, lancierte *Global Witness* ein paar Jahre später die globale Transparenzkampagne *Publish What You Pay*, mit dem Ziel, Rohstoffmultis durch Gesetze in Gast-, vor allem aber in Heimatländern, zur Veröffentlichung ihrer Zahlungen an Gastländer zu zwingen. In Europa und den USA stiessen sie damit auf hohe Resonanz in den verschiedensten politischen Lagern und es begannen sich Pläne für die Umsetzung dieser Forderung in nationales Recht zu konkretisieren. In den Konzernzentralen der Rohstoffmultis machte sich Unbehagen breit.

... gegen Goliath

Europäischen und US-amerikanischen Firmen war von Anfang an eines klar: verbindliche Gesetzgebung zu Transparenz in ihren Heimatländern in rohstoffreichen Ländern würde ihnen einen immensen Wettbewerbsnachteil gegenüber ihren russischen, chinesischen und anderen Konkurrenten verschaffen. Denn während im US-Repräsentantenhaus und im EU-Parlament Gesetzgebungen zur zwingenden Offenlegung sämtlicher Finanzen von Rohstofffirmen mit Präsenz auf den jeweiligen Aktienmärkten diskutiert wurden, dachte man weder in Beijing noch in Moskau daran, eine solche auch nur in Erwägung zu ziehen.

Vielen Konzernchefs muss Tony Blair daher wie ein strahlender Retter erschienen sein, als er 2002 auf dem Weltgipfel zur Nachhaltigen Entwicklung in Johannesburg die EITI vorstellte: eine freiwillige Initiative, die die Verantwortlichkeit für Transparenz den Gastländern zuschiebt. Im Vergleich zur *Publish What You Pay*-Initiative mit ihrem Fokus auf verbindliche Gesetzgebung in den Heimatländern ein überschaubares Übel.

Quasi über Nacht wurde einem globalen Publikum bewusst, was im Diamantenhandel bis anhin als kleines Geheimnis der Industrie galt

Es ist daher nicht erstaunlich, dass die EITI von Anfang an auf die breite Unterstützung der Industrie zählen konnte. Doch auch in den Gast- und Heimatländer der Rohstoffmultis war die Initiative herzlich willkommen, solange sie sich nützlich erwies, eine rechtsverbindliche Lösung der Problematik zu verhindern. Nicholas Shaxson hat sich jahrzehntelang mit der Rolle von Öl in afrikanischen Staaten beschäftigt. Er kommt in seinem Buch *Poisoned Wells* zu dem Schluss, «unter EITI haben korrupte Regierungen die Wahl, ob sie Daten publizieren wollen oder nicht: manche haben, manche haben nicht und wieder andere haben nur so getan als ob».

Wen wundert es, dass Gastländer keinen grossen Appetit an den Tag legen, der Weltöffentlichkeit Einblick in die Geldflüsse in ihrem Rohstoffsektor zu gewähren. Würde dies doch in vielen Fällen eine ernsthafte Gefährdung ihrer Machtbasis bedeuten und das Ende enormer Einnahmequellen. Einnahmen, welche zu einem grossen Teil in die Stärkung der internen und externen Sicherheitsapparate, sowie in den Konsum von Luxusgütern fliessen, während ein grosser Teil der Bevölkerungen in schwerer Armut lebt.

Doch auch in Heimatländern, vor allem in den USA und Grossbritannien, zeigte man sich erfreut über eine freiwillige Alternative. Spätestens seit der Invasion im Irak im Jahr 2003 ist der Einfluss von Rohstofffirmen auf die Politik dieser Länder nicht mehr zu verleugnen. Nicht in allen Fällen ist dies so offensichtlich wie im Fall von Dick Cheney, der quasi direkt aus seiner Chefposition beim Energiemulti Halliburton ins Weisse Haus wechselte, um als Vizepräsident eines Mannes zu dienen, der den Grossteil seiner beruflichen Erfahrungen im Erdölgeschäft sammelte. Oder wie im Fall Tony Blairs, der ein Jahr nach seiner Amtszeit als britischer Premierminister eine Beratertätigkeit für UI Energy Corporation wahrnahm, ein Energiekonzern, der auch US General John Abizaid zu seinen Beratern zählen durfte – direkt im Anschluss an dessen Tätigkeit als Kommandeur sämtlicher US-Truppen im Nahen Osten. Es wäre freilich naiv, westliche Regierungen unter Generalverdacht zu stellen, der Rohstofflobby hörig

zu sein. Ebenso blauäugig wäre es jedoch, deren Einfluss kleinzureden oder gar vollends zu verleugnen.

Wie das Verhältnis von Rohstofffirmen zu den Regierungen ihrer Heimatländer auch sein mag, es erscheint höchst unwahrscheinlich, dass diese ein starkes Interesse daran haben, ihre Rohstofffirmen gegenüber deren russischen oder chinesischen Konkurrenten bedeutend zu schwächen. Joseph Schumacher, der sich eingehend mit den juristischen Fragen der EITI beschäftigt hat, vergleicht denn auch westliche Regierungen mit Heroinsüchtigen,

Doch auch in Heimatländern, vor allem in den USA und Grossbritannien, zeigte man sich erfreut über eine freiwillige Alternative

denen die Aufgabe übertragen wurde, ihre eigene Entzugsklinik zu gründen und auch gleich zu verwalten. Ein Vergleich, der im Licht der westlichen Sucht nach Öl und anderen Ressourcen so leicht nicht von der Hand zu weisen ist.

Transparenz light

Angesichts der offensichtlichen Präferenz von Rohstofffirmen und deren Gast- und Heimatländern, Geschäfte intransparent zu behalten, mag es erstaunen, dass die Initiative nicht schon im Kreissaal seiner feindlich gesinnten Umgebung erlegen ist. So willkommen die EITI der Rohstoffindustrie war, um auf eine Alternative zu den Forderungen von *Publish What You Pay* nach gesetzlichen Verpflichtungen zu verweisen, so willkommen war die Initiative Despoten und korrupten Regimen in Gastländern. Angesichts des zunehmenden Drucks global agierender NGOs zu mehr Transparenz muss die EITI – freiwillig und ohne wirklichen Durchsetzungsmechanismus – wie eine leicht zu ertragende Bürde gewirkt haben. Sie erlaubt es internationalen Geldgebern wie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und nationalen Entwicklungsbehörden, eine grosse Entscheidungslast abzunehmen. Nämlich die Entscheidung, ob es denn tatsächliche eine gute Idee ist, beispielsweise in den Bildungssektor eines Landes zu investieren, während dieses gleichzeitig Unmengen an Geldern aus den Rohstoffeinnahmen in Rüstungsgüter steckt.

Auch überrascht es nicht, dass sich neben Gastländern auch Heimatländer für den freiwilligen Weg à la EITI stark machten. Lässt sich doch kaum ein besseres Argument finden, um parlamentarischen Vorstössen zur Transparenzverpflichtung von Rohstofffirmen entgegenzuwirken, als der Verweis auf eine globale Initiative, die sich genau dieser Transparenz annimmt. Die EITI bietet die Möglichkeit, beunruhigten Wählern das eigene Engagement in der Sache zu versichern, während man gleichzeitig «seinen» Rohstoffmultis nicht vor den Bug schiessen muss.

Als sich 2010 im US-Parlament doch eine Mehrheit finden liess, um den Handel mit bestimmten Mineralen zumindest in der bürgerkriegsgeschüttelten Demokratischen Republik Kongo (DRC) im Rahmen des Dodd-Frank-Gesetzgebungsaktes zu regulieren, offenbarte sich das ganze Ausmass der Scheinheiligkeit, welche der Initiative inneohnt.

Paragraph 1502 des besagten Gesetzes verlangt von Firmen, welche auf dem US-Aktienmarkt registriert sind, finanzielle Details ihrer Geschäfte in der DRC offen zu legen, um zu verhindern, dass Rohstoffeinnahmen im Osten des Landes operierenden Rebellengruppen zur Finanzierung ihrer Tätigkeiten dienen. Vom 22. bis 24. Oktober 2012 traf sich der EITI-Führungsausschuss in Sambias Lusaka, um Bilanz zu ziehen und die Zukunft der Initiative zu besprechen. Am 10. Oktober desselben Jahres reichten mehrere Lobbygruppen Klage beim *United States District Court for the District of Columbia* ein, mit dem Ziel Paragraph 1502 rückgängig zu machen. Prominente Mitglieder der klagenden Vereinigungen: Chevron, ExxonMobil (Esso), Royal Dutch Shell, BP und Statoil – allesamt Mitglieder im internationalen Führungsgremium der EITI.

Gerade mal zwölf Tage lagen zwischen der Klage gegen den Versuch, Rohstofffirmen rechtlich zu verpflichten, und ihre Tätigkeiten in einem Bürgerkriegsland offenzulegen und dem zur Schau gestellten Engagement derselben Firmen zu mehr Transparenz im internationalen Rohstoffgeschäft.

Die Klage gegen Paragraph 1502 des Dodd-Frank-Akts ist noch hängig. Gelingt es der Industrie, den Gesetzesartikel rückgängig zu machen, so ist dies der endgültige Sargnagel für den Versuch, das globale Geschäft mit Rohstoffen rechtsverbindlich transparent zu machen. Die der Klage zugrundeliegende Nachricht ist klar: lässt doch bitte dieses Gerede um verpflichtende Gesetzgebungen – wir haben das Problem ja schon gelöst.

Die Erschöpfung der Ressource Mensch

Warum uns das interessieren sollte? Weil die wirtschaftlichen Folgekosten alleine durch Burnout-Erkrankungen in der Schweiz 18 Milliarden Franken betragen – pro Jahr. Weil wir uns selber am Herzen liegen sollten. Und weil es jeden treffen kann.

Rolf K., 32-jähriger, bewusstseinsklarer, allseits orientierter Mann. Konzentration deutlich vermindert. Leidet unter Energielosigkeit, Lustlosigkeit, Ein- und Durchschlafstörungen, steigender Unruhe, Affektdurchbrüchen.

Wie lautet Rolfs Diagnose? Burnout. Ein Zustand vollkommener Erschöpfung, verursacht durch Mangel an Entspannung und Freizeit, Stress, unzulängliche soziale Fähigkeiten, soziale Rollenkonflikte, Probleme mit Bezug auf die Lebensbewältigung.

Rolf übt an seiner Arbeitsstelle seit sechs Monaten eine Doppelfunktion aus. Zwei Firmen fusionierten und er führt zwei Abteilungen alleine. Seine Vorgesetzten stellen ihm Besserung in Aussicht, doch passieren tut nichts – sie sagen nicht einmal Danke für seine vielen Überstunden. Noch drei Wochen durchhalten, dann hat Rolf endlich eine Woche Ferien. Als er mit seiner Frau und den Kindern auf den Kanarischen Inseln am Strand liegt, bemerkt er, wie er alles nur noch verschwommen sieht. Er hat hohes Fieber. Der Hotelarzt verordnet ihm Bettruhe und starke Medikamente. Als er im Bett seines Hotelzimmers liegt, beginnen seine Gedanken zu kreisen. Er kann doch am nächsten Montag nicht wieder arbeiten gehen, wenn er sich nicht einmal in den Ferien erholen kann. Montagmorgen: Rolf geht doch zur Arbeit. Als er um 11.32 Uhr bemerkt, dass er das Blatt falsch herum in den Kopierer gelegt hat, bricht er in Tränen aus. Er kann nicht mehr.

Hat Rolf etwas falsch gemacht?

Nein. Es haben sich verschiedene Dinge akkumuliert und das hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Der Gedanke, nur noch etwas durchhalten zu müssen, wird zur Dauerbelastung. Hinzu kommen oft persönliche Lebensturbulenzen. Freizeitaktivitäten werden hingegeben, um noch mehr arbeiten zu können.

Gewisse Persönlichkeitsmerkmale sind besonders bezeichnend für Burnout-Patienten: Perfektionismus, nicht Nein sagen können und das Gefühl, an der Arbeitsstelle unabkömmlich zu sein, ziehen die Patienten in einen Teufelskreis hinein. Da Rolf auf eine Beförderung gehofft hatte, sagte er nicht Nein bei der Möglichkeit, Abteilungsleiter zu werden. Dass die Wertschätzung für seine Arbeit fehlte, störte ihn zwar etwas. Aber was sollte er sagen, alle haben viel zu tun. Es spornte Rolf nur mehr an, besser und mehr

zu arbeiten. Um am Abend abschalten zu können, gönnte sich Rolf dann ein Glas Wein. Noch eins. Und noch eins. Suchtproblematiken begleiten häufig den Krankheitsverlauf und hören auf ein Problem zu sein, sobald sich alles andere wieder eingerenkt hat.

Die Frau von der Beratungsstelle seiner Firma rät Rolf, sich in therapeutische Behandlung zu begeben. Er muss sich überwinden. Als er dem Psychiater gegenüber sitzt und ihm seine Situation schildert hat, weiss er nicht mehr so recht. Dieser redet von einer hundertprozentigen Krankschreibung ab sofort oder einer Einweisung in eine Klinik und therapeutische Nachbehandlung von etwa 4 - 9 Monaten. Hat er nicht begriffen, dass Rolf an seiner Arbeitsstelle gebraucht wird? Er schaut den Psychiater verständnislos an. Dieser meint: «Ich kann Sie nicht einfach reparieren, so dass sie weitermachen können wie zuvor.»

Schaut her, ich habe ein Burnout!

Ein Burnout ist eigentlich eine Erschöpfungsdepression, es wird nur nicht so genannt. Depression hat den Beigeschmack, dass der Betroffene etwas dafür kann, dass er versagt hat, dass er krank ist. Ein Burnout ist ein bisschen wie ein Orden. Der Betroffene hat so viel gearbeitet, sich hingegeben und aufgeopfert. Burnout ist für mich eine Gesellschaftsdiagnose. Der hohe Leistungsdruck, die Anforderung an perfekte Leistung und die Idee des immer weiter aufsteigen Müssens ist krankhaft und krankmachend. Wir sollten von diesem Ideal weg kommen und uns wieder mehr Lebensqualität gönnen. Eine Ressource auszubeuten, ohne an die Konsequenzen zu denken, ist gefährlich. Wenn sich die Ressource selbst ausbeutet, sind die Folgen jedoch nicht absehbar.

Das ewige Leben des Erdöls

Totgesagte leben länger: Auch wenn sich viele ein Ende des Erdölzeitalters herbeisehnen, schmiert das schwarze Gold das Getriebe der Weltwirtschaft in noch nie dagewesenem Ausmass. Was steckt hinter der anhaltenden Attraktivität des Erdöls? Und wie soll die Politik damit umgehen?

Quelle: flickr tehfox



Devil's tar. Black gold. Liquid gold. Kein anderer Rohstoff ist gleichermassen begehrt, umstritten und sagenumwoben wie die flüssige Kohlenwasserstoff-Verbindung, die wir Erdöl nennen. Genauso vielfältig wie seine Kosennamen, sind nicht nur die physikalischen Formen, in denen es unter der Erde liegt, sondern auch die Antipathien, die ihm entgegengebracht werden. Dass die bei seiner Verbrennung ausgestossenen Treibhausgase beträchtlich zum Wandel des globalen Klimas beitragen, wiegt zur Zeit wohl am schwersten. Viele wünschen sich deshalb eine klimafreundliche –spricht karbonfreie– Wirtschaft herbei. Nicht minder zurückhaltend sind Kritiker, die westlichen Erdölkonzernen wie BP, Shell oder Total vorwerfen, den Imperialismus in fossiler Form weiterzutreiben und die Ressourcen hilfloser Entwicklungsländer zu plündern. Weit verbreitet ist auch der Wunsch nach einer autarken Energieversorgung aus Misstrauen vor geopolitischen Abhängigkeiten im Zuge hoher Ölimporte. So kommen nicht

wenige zur Überzeugung, dass das Erdölzeitalter endgültig der Vergangenheit angehören sollte. Je rascher es zu Grabe getragen werde, um so besser.

Angebot und Nachfrage: Drill, baby, drill!

Doch allen Unkenrufen zum Trotz: Mit durchschnittlich 87 Million Barrel pro Tag ist im Jahr 2011 global so viel Erdöl konsumiert worden, wie nie zuvor. Und damit nicht genug: Bis 2035 prognostiziert die zur OECD gehörende International Energy Agency (IEA) einen weiteren Anstieg des Verbrauchs auf 100 Millionen Barrel pro Tag – notabene unter Berücksichtigung ambitionierter Anstrengungen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen im Rahmen des sog. *New Policies Scenario*. Wie kann dieser anhaltende Durst nach Erdöl erklärt werden?

Mit Blick auf die Angebotsseite zeigt sich erstens und vielleicht als wichtigstes: Das Erdöl wird uns noch lange nicht ausgehen. Im Gegenteil. Neue Explorations- und

Fördertechniken in Verbindung mit einem höheren Preisniveau ermöglichen die Ausbeutung einer grossen Reihe zuvor unerreichbarer Vorkommen. Als technisch abbaubar gelten zur Zeit knapp 6 Billionen Barrel. Ein Viertel davon, rund 1.5 Billionen schätzt die IEA als *proven reserves* ein. Dies sind Vorkommen, die mit 90 prozentiger Wahrscheinlichkeit profitabel extrahiert werden können. Heruntergebrochen auf eine tägliche Nachfrage von 100 Mio. Barrel bedeuten diese 1.5 Billionen Barrel an *proven reserves* weitere 41 Jahre möglichen Ölkonzums – eine beachtliche Gnadenfrist. Zukünftige Innovationen, beispielsweise beim Abbau von Tiefsee- und Schieferöl, dürften diese weiter verlängern.

Im Transportsektor führt mittelfristig kein Weg an Benzin, Diesel und Kerosin vorbei

Zweitens ist die Nachfrage nach Erdöl weiterhin sehr inelastisch. Das bedeutet, dass Konsumenten mangels Alternativen auch nach starken Preiserhöhungen kaum von ihrem Ölverbrauch absehen. Dies liegt daran, dass Erdöl in seiner wichtigsten Verwendungsform – als Treibstoff für den Transport – ohne ernsthafte Konkurrenz dasteht. Nicht nur hohe Technologiekosten, sondern auch Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Versorgungsinfrastruktur verhindern etwa die breit gefächerte Verwendung von Elektro- und Gasmobilen: So legt sich kaum jemand ein Elektroauto zu, solange das notwendige Tankstellennetz nur spärlich ausgebaut ist. Gleichzeitig lässt sich kein Elektro-Tankstellennetz finanzieren, solange nur wenige Elektromobile im Einsatz sind. Biokraftstoffe der ersten Generation wiederum kämpfen mit volatilen Mais-, Getreide- und Zuckerrohrpreisen und stehen in harter Konkurrenz mit der Nahrungsmittelversorgung. Gemäss IEA werden sie bis 2035 kaum mehr als 5% des globalen Ölverbrauchs decken können. Im Transportsektor führt mittelfristig also kein Weg an Benzin, Diesel und Kerosin vorbei.

Drittens können Investitionen in einen effizienteren Energieverbrauch, oft als Mutter aller Lösungen verschiedenster energiepolitischer Probleme gepriesen, auch kontraproduktive Effekte zur Folge haben. So führen effizientere Flugzeugtriebwerke beispielsweise nicht nur zu einem tieferen Kerosinverbrauch pro Flugzeug. Sie senken auch die Kosten des Flugverkehrs und steigern damit die Nachfrage nach Flügen: Während in den 1960ern ein Wochenendtrip von Zürich nach London noch einem dicken Portemonnaie vorbehalten war, ist er dank des technischen Fortschritts mittlerweile auch für Studenten erschwinglich und entsprechend begehrt. Die höhere Nachfrage nach Mobilität erhöht wiederum den Kerosinverbrauch der Fluggesellschaften, der unter dem Strich höher ausfallen kann als vor Einführung der neuen Triebwerke. Illustrieren lässt sich das ambivalente Verhältnis zwischen erhöh-

ter Energieeffizienz und zunehmendem Energiekonsum folgendermassen: Während die Erdölintensität der globalen Wirtschaft seit dreissig Jahren im Begriff ist abzunehmen, also pro BIP-Einheit zunehmend weniger Erdöl benötigt wird, nimmt der Gesamterdölverbrauch gleichzeitig rasant zu.

Viertens ist das erdölbasierte Wirtschaftswachstum, das in den westlichen Industrienationen in den 1950ern und 1960ern seinen Höhepunkt erreicht hat, in zahlreichen Entwicklungs- und Schwellenländern erst jetzt in vollem Gange: immer mehr Erdöl wird dort benötigt, um die Versorgung des Transportsektors, der Stromversorgung, der petrochemischen Industrie und anderer energieintensiver Industriezweige sicherzustellen. Ohne Erdöl würde in aufstrebenden Volkswirtschaften der Sprit für die weitere Entwicklung fehlen und damit die Möglichkeit dafür, dass sich Millionen von Menschen aus der Armut befreien und einen höheren Lebensstandard erreichen können. Dies sollte uns zur Erkenntnis führen, dass die Erdölwirtschaft nicht bloss ein unliebsames Nebenprodukt des Wirtschaftssystems ist, sondern zentrales Rad im Motor des technologischen und wirtschaftlichen Fortschritts. Die Geschichte der menschlichen Zivilisation kann als Geschichte der Nutzbarmachung von Energie gelesen werden. Und Erdöl spielt darin eine zentrale Rolle.

Kein Öl ist auch keine Lösung, aber...

Kein Öl ist also – zumindest mittelfristig – auch keine Lösung. Wie soll die Politik nun mit dem Verbrauchswachstum umgehen? Die ökonomische Antwort darauf ist: die «richtigen» Preise sollen es richten. Diese sollten die Kosten widerspiegeln, die der Erdölkonsum tatsächlich für die Gesellschaft zur Folge hat. Sein Beitrag zum Klimawandel ebenso wie Umweltschäden bei der Förderung und beim Transport sollten in die Preisbildung integriert, d.h. internalisiert werden. Es ist dabei wichtig, sich vor Augen zu halten, dass Internalisierungsbestrebungen zwar zu einer Reduktion, jedoch nicht zur vollständigen Eliminierung des Erdölkonsums führen. Zumindest nicht, so lange es Konsumenten gibt, die den Nutzen, den der Erdölkonsum für sie stiftet, weiter höher einschätzen als dessen Kosten.

Welche Internalisierungsansätze können nur verfolgt werden?

Zunächst kann festgehalten werden, dass die Folgen von Umweltverschmutzungen durch *Oil Spills* bei der Erdölförderung primär lokaler Natur sind. Entsprechend ist es Aufgabe des Förderstaates, darüber zu entscheiden, ob er gewisse Ölreserven überhaupt ausbeuten will und dafür zu sorgen, dass die Ölförderung hohen technischen Standards genügt. Je demokratischer ein Förderstaat ist, desto eher finden Anliegen von potentiell betroffenen Anwohnern sowie von Umweltvertretern Gehör und umso wahrscheinlicher ist es, dass eine stringente Regulierung gewährleistet wird.

Die schädlichen Auswirkungen von Treibhausgasemissionen sind hingegen globaler Natur und bedürfen entsprechend eines international koordinierten Vorgehens - etwa auf Basis eines globalen Vertragswerks. So lange sich aber Bemühungen zur Besteuerung karbonintensiver Industrien auf einzelne Staaten beschränken, werden diese über kurz oder lang in Jurisdiktionen abwandern, die ihnen das Leben weniger schwer machen. Die festgefahrenen UN-Klimaverhandlungen lassen derzeit wenig Hoffnung auf ein effektives globales Vorgehen. So bleibt die Welt im globalen Gefangenendilemma stecken, in dem diejenigen, die in guter Absicht einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, primär sich selbst schaden, ohne dem Klima viel zu nützen.

Abschliessend zeigt sich, dass im Zusammenhang mit der amerikanischen Energieun-abhängigkeit vieles noch im Bereich der Spekulation liegt

Eine vergleichsweise *low hanging fruit* gäbe es gleichwohl zu pflücken. Und zwar wird in zahlreichen Entwicklungs- und Schwellenländern die Produktion und der Konsum fossiler Energien (v.a. Erdöl) massiv subventioniert. Die IEA geht davon aus, dass im Jahr 2010 global 410 Milliarden USD für Subventionen fossiler Energieträger ausgegeben worden sind. Dass diese abgeschafft werden sollten, ist aus ökonomischer und ökologischer Perspektive klar. Ein Subventionsabbau bedarf derzeit starken politischen Willens, da viele Interessengruppen von den tiefen Erdölpreisen profitieren.

Ob die dargelegten Bemühungen nun fruchten oder nicht: Die zunehmende Nachfrage nach Erdöl wie auch dessen anhaltende Verfügbarkeit legen folgenden Schluss nahe: Das Erdöl wird uns als zentraler Pfeiler des wirtschaftlichen Systems wohl noch eine Weile erhalten bleiben. Anstatt ihm ein rasches Ende zu wünschen, wäre es angebracht zu versuchen, die komplexen Dynamiken seines Angebots und seiner Nachfrage zu verstehen. Nur so können wir dazu im Stande sein, einen möglichst effizienten und nachhaltigen Umgang mit ihm zu gewährleisten.

Glencore-Millionen für Zürcher Gemeinden

Ein schweizerisches Unternehmen macht mit Rohstoffen Milliardenumsätze. Seine Gewinngrundlage lagert grösstenteils in Drittweltländern. Durch geschickte Tricks bezahlt der Rohstoff-Multi in den Ursprungsländern kaum Steuern. Im Kanton Zürich aber profitieren finanzschwache Gemeinden zum Teil massiv von den Glencore-Gewinnen.

Mufulira – «Ort des Reichtums» – so der Name der viertgrössten Stadt Sambias, gelegen am zentralafrikanischen Copperbelt, dem grössten und bedeutendsten Kupferabbaugebiet Afrikas, Standort mehrerer Kupferminen und der grössten Kupferhütte Afrikas. Doch die rund 120'000 Einwohner spüren trotz in den vergangenen Jahren in die Höhe geschossener Kupferpreise wenig vom Rohstoffreichtum. Rund ein Viertel von ihnen lebt im Minenviertel, wo primitive Behausungen mit Wellblechdächern das Ortsbild dominieren. Sprengungen unter Tage haben an den Hauswänden sichtbare Spuren hinterlassen. Hinzu kommt der saure Regen, der sich durch die metallenen Dächer frisst. Doch nicht nur das: Die Schwefeldioxid-haltigen Abgase wirken sich auch auf die Gesundheit der Anwohner aus. Insbesondere Neugeborene leiden durch die hohen Abgaskonzentrationen unter schwerwiegenden Atemwegkrankungen.

Die Beschenkten nahmen den unverhofften Geldsegen grösstenteils wohlwollend an

Szenenwechsel: Anfang Dezember letzten Jahres. An den Gemeindeversammlungen im Kanton Zürich werden unter anderem die Gemeindebudgets des vergangenen Jahres abgenommen. Es herrscht gelassenes Treiben in den gut geheizten Gemeindegassen, nur gelegentlich motiviert ein besonders kontroverses Thema die versammelte Einwohnerschaft zu hitzigen Diskussionen. Mufulira scheint vordergründig weit weg zu sein, und doch ist es an diesen Abenden ganz nah.

Geldgeschenke wohlwollend angenommen

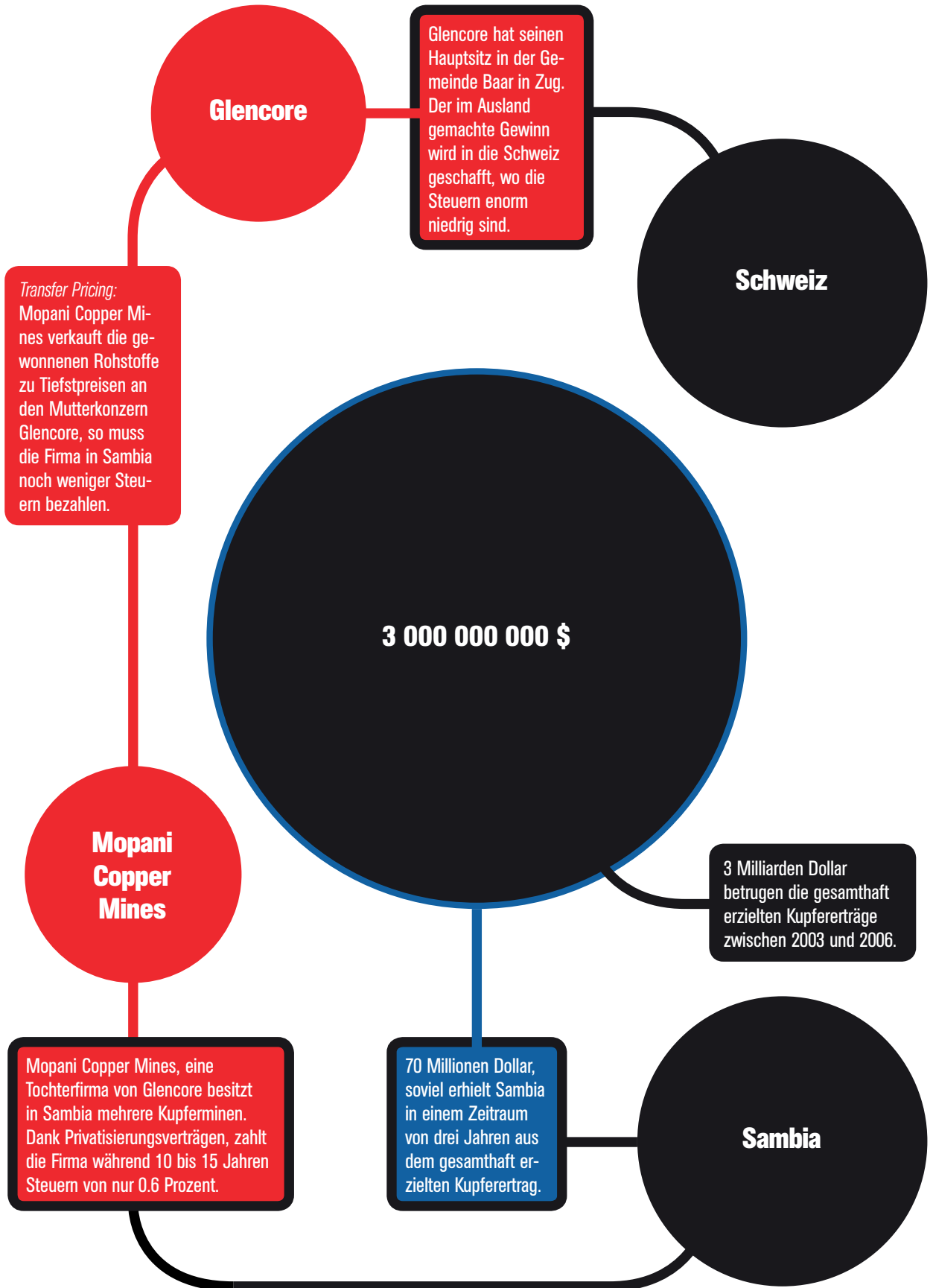
Die Kupferhütte in der sambischen Minenstadt wird von Mopani Copper Mines betrieben, einer Tochtergesellschaft des im zugerischen Baar domizilierten Rohstoff-Giganten Glencore. Im Frühling 2011 ging Glencore an die Börse. Dieser Schritt bescherte dem Unternehmen zusätzliche Milliardenereinnahmen und gilt als einer der grössten Börsengänge Europas. Glencore-CEO Ivan Glasenberg ist durch seinen Aktienanteil von 15 Prozent auf einen Schlag um fünf bis acht Milliarden Franken reicher geworden. Seine Steuerrechnung in seiner Zürcher Wohngemeinde

Rüschlikon belief sich in der Folge für das Jahr 2011 über rund 360 Millionen Franken. Davon profitierte nicht bloss das Steuerparadies am Zürichsee, das dank dem finanziell hochpotenten Einwohner seinen Steuerfuss um weitere sieben Prozent auf 72 Prozent des Grundtarifs senken konnte, sondern auch ein Grossteil der weniger wohlhabenden Gemeinden im Kanton Zürich. Sie alle hängen am selben Tropf: dem kantonalen Zürcher Finanzausgleich. Dieser profitiert im Jahr 2013 massiv vom neuen Reichtum der Nettozahlerin Rüschlikon. Im Gegensatz zu rund 40 Millionen Franken im Jahr 2012 bezahlt die Seegemeinde ganze 165 Millionen Franken in den diesjährigen kantonalen Finanzausgleich. Der zusätzlich eingezahlte Betrag von ungefähr 125 Millionen Franken entspricht rund 17 Prozent der 2013 insgesamt anfallenden Einzahlungen in die Ausgleichskasse.

Die Beschenkten nahmen den unverhofften Geldsegen grösstenteils wohlwollend an. Einige Gemeinden erhalten im Jahr 2013 mehrere Millionen Franken zusätzlich aus dem kantonalen Ressourcenausgleich. Bloss in einigen wenigen Kommunen formierte sich Widerstand von links gegen die Annahme des in deren Augen schmutzigen Geldes. Stattdessen wurde mancherorts gefordert, einen Teil der zusätzlichen Einkünfte in die Entwicklungshilfe zu investieren. Derartige Vorschläge scheiterten aber in allen Gemeinden. Doch wie schmutzig ist dieses Geld wirklich, das der Glencore-CEO über seine Firma verdient hat und nun über seine Steuerzahlungen an die Allgemeinheit im Kanton Zürich weiterverteilt?

Sambischer Ressourcenfluch

Fakt ist zumindest: Glencore zahlt in Sambia kaum Steuern. Diese Tatsache ist vordergründig rechtmässig zustande gekommen und hat viel mit den Schwierigkeiten zu tun, denen rohstoffreiche afrikanische Staaten nach ihrer Unabhängigkeit in den 1960er-Jahren gegenüberstanden. 1964 erlangte Sambia die Unabhängigkeit von Grossbritannien. Die Hoffnung, die Nationalisierung des Kupferabbaus im Jahr 1969 Sorge für wirtschaftlichen Aufschwung und allgemeinen Wohlstand, wurde relativ schnell zerschlagen. In der Anfangsphase bis 1975 konnten die generierten Mittel tatsächlich massiv in den Ausbau der maroden einheimischen Infrastruktur investiert werden. Später zeigte



sich jedoch bald die Schattenseite der Verstaatlichung des Kupferbergbaus. Durch die einseitige Investition der Kupfererträge in die Landesentwicklung litt der Kupfersektor zunehmend an Geldmangel zur technologischen Weiterentwicklung und wurde somit zunehmend ineffizient. Erschwerend hinzu kam ein Absinken und Stagnieren des Weltmarktpreises für Kupfer auf tiefem Niveau. Die Folge waren massive Ertragseinbussen, welche den sambischen Staat in eine lange Rezession schlittern liessen. Hohe Arbeitslosigkeit und soziale Unruhen prägten diese Phase. Auch das Ersuchen von Hilfe bei der Weltbank und dem IWF brachte nur mässige Erfolge und wurde begleitet von Forderungen nach einer Handelsliberalisierung und radikalen Einschnitten bei staatlichen Subventionen.

Sambia war nicht mehr in der Lage, seine Wirtschaft durch die Bergbauerträge am Laufen zu halten und einen Grossteil seiner Bevölkerung im Minensektor zu beschäftigen. Rufe nach einer Privatisierung der Minen wurden schon zu Beginn der 1990er-Jahre laut. Die politische Elite tat sich jedoch schwer, diesen einschneidenden Schritt in die Tat umzusetzen. Zu gross schien der Verlust der staatlichen Souveränität bei einer Übergabe der nationalen Schätze in ausländische Hände. Erst ab 1997 begann dann – auch auf Druck ausländischer Gläubiger – die Privatisierung der nationalen Bergbaugebiete Sambias. In der Folge verbesserte sich die Produktivität der Minen ab 2000 massiv und dank einem Anstieg des weltweiten Kupferpreises stiegen auch die Erträge der privatisierten Kupferindustrie stark an. Dennoch profitierte der sambische Staat kaum von der nun florierenden Rohstoffindustrie im Land. Die Privatisierungsverträge wurden nämlich an rekordtiefe Steuern für die Bergbauunternehmen gekoppelt. Damals wurde festgelegt, dass diese während 10 bis 15 Jahren bloss mit 0.6 Prozent besteuert werden. So erhielt Sambia in der Phase von 2002 bis 2006 vom gesamthaft erzielten Kupferertrag im Wert von 3 Milliarden US-Dollar bloss rund 70 Millionen US-Dollar.

Glencores Steuervermeidungstaktiken

Glencore gehört über seine Tochterfirma Mopani zu den wichtigen ausländischen Investoren in Sambia. Neben den schon rekordverdächtig tiefen Steuern verhilft dem Rohstoffgiganten ein zusätzlicher Trick, in Sambia noch weniger Steuern zahlen zu müssen. Durch sogenanntes Transfer Pricing, also den Verkauf von Kupfer zum tiefstmöglichen Preis von der Tochterfirma Mopani an die Muttergesellschaft in der Schweiz, welche das Kupfer dann mit dem viel höheren Marktpreis weiterkauft, und die Angabe unverhältnismässig hoher Betriebskosten spart Glencore in Sambia zusätzliche Steuermillionen. Versuche, dieser Geschäftspraxis über eine von unabhängigen westlichen Experten gestützte Beschwerde an die OECD einen Riegel vorzuschieben, scheiterten im Jahr 2011 an der fehlenden Kooperationsbereitschaft von Glencore. Der in der Schweiz beheimatete Rohstoffmulti und seine Mitstreiter

scheinen die Tatsache des schwierigen Umgangs junger afrikanischer Nationalstaaten wie Sambia mit deren Rohstoffreichtum, welcher oft von einseitigen Investitionen und Missmanagement geprägt ist, gnadenlos zu ihren Gunsten auszunützen. Die lokale Bevölkerung profitiert so in Sambia kaum vom Kupfer unter ihren Füßen, während in der reichen Schweiz Gemeinden zusätzliches Geld erhalten, das sie gut entbehren könnten.

Belastetes Erbe

Die «Tradition» der verschleierte oder gar offensichtlichen Steuerhinterziehung reicht im Unternehmen Glencore schon länger zurück. Firmengründer Marc Rich stieg über seine Arbeit bei einem Rohstoffhändler schon früh ins Rohstoffgeschäft mit armen Drittweltländern ein. Er machte sich insbesondere einen Namen in der Branche, als es ihm während der Ölkrise 1973–1974 gelang, trotz des damals herrschenden arabischen Öl-Embargos wichtiges Rohöl aus dem Irak und Iran zum doppelten Preis an die USA zu liefern. Im Jahr 1974 gründete Rich schliesslich seine eigene Firma, die Marc Rich & Co. AG, die Vorgängerfirma von Glencore. Das Unternehmen war in seiner Frühphase bekannt für seine intransparenten Geschäftspraktiken und agierte oftmals am Rande der Legalität. Zum Eklat kam es schliesslich 1983, als Rich von der US-Staatsanwaltschaft unter anderem für den illegalen Handel mit dem postrevolutionären Iran und massive Steuerhinterziehung in den USA angeklagt wurde. Rudolph Giuliani, damals ermittelnder Staatsanwalt und späterer Bürgermeister von New York, sprach damals vom grössten Steuerbetrug in der bisherigen Geschichte der USA. Das Officialverfahren wurde zwar bald sistiert, dennoch blieb Rich auf der Verbrecherliste. 2001 wurde sein Ruf jedoch teilweise rehabilitiert, nachdem Präsident Clinton dem Rohstoffhändler in den letzten Stunden seiner auslaufenden Präsidentschaft eine offizielle präsidiale Entschuldigung gewährte. Laut Kritikern hat sich Rich diese durch hohe Spenden an die Demokratische Partei durch seine Ehefrau erkaufte.

Die lokale Bevölkerung profitiert so in Sambia kaum vom Kupfer unter ihren Füßen, während in der reichen Schweiz Gemeinden zusätzliches Geld erhalten

Der Fall Marc Rich und die illustrierten Geschäftspraktiken des später in Glencore umgetauften Nachfolgeunternehmens zeigen exemplarisch die im Rohstoffhandel vorherrschende Intransparenz und Steuervermeidungstendenzen. Gerade die offizielle Schweiz sollte bei dieser Problematik nicht wegschauen, sondern als Gesetzgeber aktiv werden und die hier domizilierten Rohstoffmultis zu einer verantwortungsvollen Geschäftsführung verpflichten. Der kürzlich vom Bundesrat veröffentlichte Rohstoffbericht ist erst ein Tropfen auf den heissen Stein.

No More Wars for Oil?

Die Internationale Energieagentur (IEA) erwartet für 2017 einen neuen weltgrössten Gas- und Ölproduzenten: die Vereinigten Staaten. Bis 2035 soll das Land komplett von Energieimporten unabhängig werden. Wenn die USA ihren Energiehunger künftig im Inland stillen können, ergeben sich erhebliche geopolitische Auswirkungen.

Im US-Präsidentenwahlkampf überboten sich die Kandidaten mit Liebeserklärungen an Mutter, Land und Gott – und mit Voraussagen, wie bald die Vereinigten Staaten schon energieunabhängig sein könnten. Das Land erlebt seit 2007 einen Boom, den zuvor niemand für möglich gehalten hätte. In mittlerweile dreissig Bundesstaaten wird die Fördermethode Fracking angewendet, bei der mittels Chemikalien Schieferöl und -gas aus dem Gestein gelöst und an die Oberfläche befördert werden.

Die Zahlen lesen sich beeindruckend: Bis 2035 erhofft man sich bis zu 1.6 Millionen Beschäftigte im Sektor, eine halbe Billion US-Dollar Steuereinnahmen und netto die vollständige Selbstversorgung mit Öl und Gas des einstmals weltgrössten Energieimporteurs. Tiefe Energiepreise sollen die Wirtschaft antreiben, sinkende Energieimporte und der-einst gar Gasexporte die amerikanische Handelsbilanz ausgleichen. Sorgen um die Umweltbelastung der umstrittenen Fördermethode und um die grüne Energiewende scheinen verfliegen.

Paradigmenwechsel im Nahen Osten?

Als Ölnachfrager auf dem Weltmarkt werden die USA also unweigerlich in den Hintergrund treten; ihre Hauptversorger Saudi Arabien, Nigeria und Venezuela werden sich nach neuen Abnehmern umsehen müssen. Es stellt sich intuitiv die Frage, ob dies der amerikanisch-saudischen Freundschaft ein Ende bereiten wird. Die Antwort ist eindeutig: Nein. Die seit den 30er-Jahren engen strategischen Beziehungen der USA zu Saudi-Arabien werden weiterbestehen, weil beide weiterhin Interesse an einer stabilen Partnerschaft haben. Die Vereinigten Staaten werden die Menschenrechte verachtende, absolutistische Monarchie in Saudi-Arabien weiter stillschweigend hinnehmen.

Die Präsenz im Nahen Osten bleibt weiter stark. Es ist beispielsweise nicht absehbar, dass die USA ihre 5. Flotte aus dem Persischen Golf abziehen, nur weil im eigenen Land Gas und Öl gefunden wurden. Einerseits hinkt die Geopolitik den ökonomischen Veränderungen um ein oder zwei Jahrzehnte hinterher. Andererseits dient der amerikanische Fokus weit mehr als der Sicherung des eigenen Ölnachschubs. Die Präsenz im Nahen Osten ist Ausdruck der Welt-dominanz der USA und ihrer bedingungslosen Unterstützung für Israel, welche sie nicht aufzugeben gedenken.

Das amerikanische Engagement erfolgt auch weiterhin aus energiepolitischen Überlegungen: Eine Krise im Nahen Osten würde den Ölpreis in Turbulenzen bringen. Als Weltmacht haben die USA zudem Interesse an der Sicherung des Ölnachschubs für ihre Verbündeten in Europa und Asien. Die verhältnismässige Stabilität der Region ist indes bedingt durch ein Gleichgewicht zwischen dem Iran, Saudi-Arabien und der Türkei. Eine Vernachlässigung des Schauplatzes würde den Iran stärken und die Konkurrenz zwischen der Türkei und den Saudis verschärfen. Israel würde beinahe komplett isoliert.

Der amerikanische Politologe Joseph Nye betont besonders die Bedrohung durch das iranische Atomprogramm, durch die der Nahe Osten in der amerikanischen Agenda weiterhin Priorität haben wird. Aus der amerikanischen Energieunabhängigkeit folgert Nye eine bedeutende Verschiebung des Interdependenzgleichgewichts: Saudi-Arabien bleibt weiterhin auf die Schutzmacht USA angewiesen, deren Abhängigkeit von saudischem Öl sinkt jedoch massiv. Saudi-Arabien könnte sich an China als neuen strategischen Partner wenden, steht die Volksrepublik dem amerikanischen Stillschweigen gegenüber der saudischen Innenpolitik doch in nichts nach.

Die Vereinigten Staaten werden die Menschenrechte verachtende, absolutistische Monarchie in Saudi-Arabien weiter stillschweigend hinnehmen.

Nutzniesser amerikanischer Sicherung der Energie- wege wird in zunehmendem Mass China sein. Es zeigt sich das typische Phänomen, dass die etablierte Weltmacht den Aufstieg einer neuen Macht ermöglicht. Den neuen grossen Abnehmern arabischen Öls, China und Indien, werden die Vereinigten Staaten im Nahen Osten dennoch kaum freiwillig das Feld überlassen. Verstärkte chinesische Marinepräsenz im Golf ist jedoch auch gegen amerikanische Einsprüche wahrscheinlich, angesichts der zunehmenden chinesischen Abhängigkeit von der Region.

In Israel fürchtet man, den Preis für die amerikanische Energieunabhängigkeit zahlen zu müssen, seit Präsident Obama den asiatisch-pazifischen Raum zum neuen

Schwerpunkt erklärt hat. Israel klagt allerdings auf hohem Niveau. Vernachlässigung braucht es nicht zu fürchten, ist die beispiellose Unterstützung für Israel in den USA doch beinahe Staatsräson.

Auswirkungen auf die Energiemärkte

Gewisse Analysten folgern aus zunehmender amerikanischer Energieunabhängigkeit eine Senkung des Ölpreises. Träfe dies zu, sähen sich viele von Ölexporten abhängige Staaten von Russland über Saudi-Arabien, von Angola bis zu Venezuela vor grossen Problemen. Sinkende Gaspreise würden die Finanzierung der *Rentier States* der ehemaligen Sowjetunion und des Nahen Ostens erschweren, welche sich einseitig und ohne Eigenleistung über ihre natürlichen Ressourcen finanzieren.

Ölexportierende Länder sähen sich zum Export alternativer Güter gezwungen. Einseitig orientierte Volkswirtschaften wie Kasachstan, Algerien oder der Iran sind existenziell vom Energieabsatz abhängig und dadurch verwundbar. Beispielsweise musste Libyen unter Gaddafi sein Raketenprogramm aufgeben, um wieder Öl verkaufen zu dürfen. Sollte die wirtschaftliche Diversifizierung energieexportfinanzierter Staaten nicht gelingen, würden die Regimes destabilisiert. Schlimmstenfalls würden sich weder die gewohnten Gewinne für den herrschenden Apparat noch die Ruhestellung des Volkes durch grosszügige Wohlfahrtsprogramme finanzieren lassen. Verteilungs- und Machtkämpfe im Führerkreis oder gar Volksaufstände wären mögliche Folgen.

Zumindest beim Öl sind realistischere keine Preisstürze, bestenfalls eine leichte Senkung, zu erwarten. Massiv billigeres Gas, welches durch die Vereinigten Staaten dereinst exportiert werden könnte, hätte vornehmlich Auswirkungen auf eine andere selbsternannte Weltmacht

Der Verlierer: Russland.

Nicht Israel, nicht Saudi-Arabien: Absehbar grösster Verlierer amerikanischer Energieunabhängigkeit wäre Russland. Das Land ist stark von hohen Energiepreisen abhängig; ein Alternativplan für die russische Wirtschaft ist nicht in Sicht.

Das grösste Gasfeld der Welt liegt in Katar, welches durch neue Technologien zum weltgrössten Exporteur von Flüssiggas aufgestiegen ist. Durch die amerikanische Selbstversorgung erreicht katarisches Flüssiggas zunehmend Europa, wo eine Alternative zum russischen Energiediktat gern gesehen wird. Die Gaspreise in Europa und die Abhängigkeit von russischen Pipelines sinken; die neue Nord-Stream-Pipeline durch die Ostsee ist nur zu einem Drittel ausgelastet. Es stellt sich die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit von sibirischem Gas, welches unter hohen Explorations- und Transportkosten seinen Weg nach Europa findet. In den nächsten zwanzig Jahren muss Russland zudem gewaltige Summen in die Modernisierung sei-

ner Förderanlagen stecken, bislang fliessen die Investitionen jedoch nur zögerlich.

Gazprom, das weltgrösste Erdgasunternehmen, war bislang in Europa als Beinahe-Monopolist aufgetreten. Russlands grösster Arbeitgeber ist gewohnt, den Preis zu diktieren und mittels Langzeitverträgen an den Ölpreis zu koppeln. Eröffnen sich Europa Alternativen zu Gazprom, fällt beides dahin. Moskaus «Energie-Diplomati und sein Einfluss auf der weltpolitischen Bühne würden erheblich geschwächt. Im günstigsten Fall würde dies bessere multipolare Kollaboration in Belangen wie nuklearer Abrüstung oder bei der Bewältigung regionaler Konflikte ermöglichen.

Abschliessend zeigt sich, dass im Zusammenhang mit der amerikanischen Energieunabhängigkeit vieles noch im Bereich der Spekulation liegt. A priori ist unklar, ob die Unabhängigkeit von Öl- und Gasexporten überhaupt erreicht werden kann. Neuste Zahlen der IEA korrigieren die geschätzten Gasvorräte drastisch nach unten: 2020 soll bereits der Peak der Schieferölförderung erreicht sein. Gas kann zudem Öl als Energieträger nicht ersetzen, die längerfristige Abhängigkeit von Ölimporten und besonders vom Weltmarktpreis bleibt bestehen. Weiter blieben die USA für die Atomenergie auf Uranimporte aus Kanada oder Russland und für die Erschliessung alternativer Energiequellen auf Lithium aus Bolivien und Seltene Erden aus der Inneren Mongolei angewiesen.

Abschliessend zeigt sich, dass im Zusammenhang mit der amerikanischen Energieunabhängigkeit vieles noch im Bereich der Spekulation liegt

Und trotzdem: Die geopolitischen Folgen träten – wenn auch in geringerem Masse – auch dann ein, wenn die Vereinigten Staaten ihre Energieimporte lediglich reduzieren könnten. Das Interdependenzgleichgewicht zwischen den USA und Saudi-Arabien, Amerikas grösstem Öllieferanten, wird sich zwingend zu saudischen Ungunsten verschieben. Angesicht der Bedrohung durch den Iran, US-Interessen am Schutz Israels und der bedeutenden Stellung des Nahen Ostens für die globale Stabilität und den Ölpreis wird die US-Präsenz am Persischen Golf bestehen bleiben.

Ob der Ölpreis durch amerikanische Förderungen dauerhaft sinkt, ist kaum absehbar; Gas dagegen dürfte mit verbesserter Transportierfähigkeit und durch amerikanische Exporte billiger werden. Die Auswirkungen auf viele gasexportierende Länder sind schwer abzuschätzen. Unweigerlicher Verlierer würde Russland, dessen Wirtschaft stark von hoher Energienachfrage und -preisen abhängig ist. Die Tage von Gazprom als selbstgefälliger Monopolist in Europa wären auf jeden Fall gezählt.

Indigene Völker – Opfer mit der schwächsten Stimme

Rohstoffhandel – Indigene Völker – Landentzug – Vertreibung – Kulturverlust. Solche Schlagwörter begegnen uns immer öfters in den Schlagzeilen. Doch verstehen wir tatsächlich, wie indigene Völker vom Rohstoffhandel betroffen sind? Machen wir es uns nicht zu einfach, wenn wir bloss den Unternehmen den schwarzen Peter zuschieben?

Durch die unterschiedlichen Interessen der Akteure wird die ganze Problematik noch komplexer und ist schwer zu durchschauen. Darum ist es gerade essentiell zu verstehen, dass in der heutigen globalisierten Welt, in der Unternehmen, Investoren und Staaten als mächtige Player auftreten, die indigenen Völker einen besonderen Schutz erhalten müssen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass sie aufgrund staatlicher und wirtschaftlicher Ziele mächtigerer Akteure sehr schnell untergehen. Da Investitionen heutzutage weltweit getätigt werden, müssen Schwellen- und Entwicklungsländer mit Industrieländern auf dem internationalen Markt um Investitionen konkurrieren. Investitionen sind wichtig für ein Land, denn so können unter anderem die Wirtschaft gefördert und neue Arbeitsstellen geschaffen werden. Doch wie sollen Schwellen- und Entwicklungsländer mit Industrieländern konkurrieren, wenn sie nicht deren politische und wirtschaftliche Sicherheit bieten können? Sie versuchen stattdessen, die Investoren mit anderen Anreizen zu ködern, zum Beispiel mit billigen Arbeitskräften, billigen Rohstoffvorkommen oder finanziellen Sicherheiten.

Auch wenn solche Anreize zu Investitionen führen, erfolgen diese zumeist auf Kosten von Menschenrechten einer bestimmten Gruppe. Im Rohstoffhandel sind vor allem indigene Völker betroffen. Die Argumentation, dass die positiven die negativen Effekte auf Menschenrechte kompensieren würden, darf hier allerdings nicht vorgebracht werden, weil ein Kompensationssystem à la Kyoto-Protokoll im Konzept der Menschenrechte nicht erlaubt ist. Allerdings ist der ganze Verzicht auf Investitionen auch nicht erstrebenswert, weil man die nationale Wirtschaft eines Landes fördern möchte. Die Schwierigkeit ist es dabei, Investitionen so zu tätigen, dass dabei keine spezifischen Menschenrechte negativ beeinflusst werden. Um eine solche Aufgabe anzugehen, muss aber überhaupt verstanden werden, welche spezifischen Menschenrechte indigener Völker durch welche Akteure im Rohstoffhandel betroffen sind.

Hierfür sollen mithilfe des Beispiels von *PT Freeport Indonesia (PTFI)*, einer Tochtergesellschaft von *Freeport McMoran Copper & Gold*, die in Papua beim Grasberg die grössten Gold- und Kupferreserven der Welt fördert, die negativen Auswirkungen von PTFI's Rohstoffabbau darge-

stellt werden. Es basiert auf der Publikation: *Ballard Chris: Human Rights and the Mining Sector in Indonesia: A Baseline Study, London 2001* und behandelt relevante Vorfälle im Zusammenhang mit PTFI nach dem Erhalt der beiden staatlichen Erlaubnissen zur Rohstoffförderung in den Jahren 1967 und 1991. Dabei soll die sogenannte negative Menschenrechtskette den zeitlichen Ablauf der Rohstoffförderung und seine daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf die Menschenrechte von indigenen Völkern darstellen, was im Folgenden genauer umschrieben wird.

Durch den Landverlust, verursacht durch die PTFI, verloren die Amungme ihren Lebensraum, ihre Lebensgrundlagen, ihre Kultur und waren gezwungen umzusiedeln

Nach dem Erhalt der staatlichen Erlaubnis zur Rohstoffförderung begann PTFI Rohstoffe zu fördern. Dies wurde nicht auf unbewohntem Land vorgenommen, sondern auf solchem, das schon seit Generationen als Lebensraum für das indigene Volk der Amungme diente. Grundsätzlich können die Amungme, aus dem *Recht auf Selbstbestimmung (Art. 1 UNO-Pakt I/ UNO-Pakt II)* abgeleitet, frei über ihren natürlichen Reichtum und ihre Ressourcen verfügen. Allerdings wurde dieses Recht durch PTFI negativ beeinflusst, weil bei der Übernahme des Landes weder faire Verhandlungen mit den Amungme gehalten, noch angemessene Entschädigungen ausbezahlt wurden. Durch den Landverlust, verursacht durch die PTFI, verloren die Amungme ihren Lebensraum, ihre Lebensgrundlagen, ihre Kultur und waren gezwungen umzusiedeln. Dies generierte negative Auswirkungen auf weitere andere Menschenrechte.

Zum Beispiel war das *Recht der Minderheiten (Art. 27 UNO-Pakt II)* durch den Landesverlust negativ betroffen, weil traditionelle und kulturelle Aktivitäten der Amungme, die mit dem spezifischen Land verbunden sind, nicht mehr möglich sind. Der Grasberg zum Beispiel stellt in der Kultur des Amungme-Volkes ihre Mutter dar, die durch PTFI's Tätigkeiten vollkommen ausgehöhlt wurde.

Auch das *Recht auf Bewegungsfreiheit* (Art. 12 UNO-Pakt II) war negativ beeinträchtigt, weil die Amungme zur Umsiedlung gezwungen wurden und keine angemessene Verhandlungen darüber stattgefunden hatten. Eng mit diesem Recht ist das *Recht auf angemessene Unterkunft* (Art. 11 UNO-Pakt I) verbunden. Bei von Unternehmen erzwungenen Umsiedlungen müssen diese dafür sorgen, dass in Bezug auf die Unterkunft die Verfahrensgarantien eingehalten werden.

Konfrontiert mit diesen negativen Einwirkungen auf ihre Rechte konnten die Amungme zudem keine effektiven Rechtsmittel ergreifen, weil solche in Indonesien für sie nicht vorhanden waren (*Recht auf ein effektives Rechtsmittel* (Art. 3 UNO-Pakt II) und die indonesische Judikatur korrupt war (*Recht auf ein faires Verfahren* (Art. 14 UNO-Pakt II)).

Also griffen die Amungme in ihrer Verzweiflung zu anderen Mitteln. Sie hielten Lastwagen von PTFI an und verlangten Durchgangszoll, blockierten Durchfahrtswege oder zerstörten Unternehmenseigentum, um so mit ihren Anliegen Aufmerksamkeit zu erlangen. Nur reagierten der Staat und das Unternehmen umso heftiger mit privaten Sicherheitsfirmen, dem Militär und der Polizei, so dass es zu Verletzten, Toten und zahlreichen Verhaftungen kamen. Dabei wurden gegenüber den Amungme wieder diverse Menschenrechte verletzt: *Recht auf Leben* (Art. 6 UNO-Pakt II), *Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit* (Art. 9 UNO-Pakt II), *Recht auf Versammlungs-* (Art. 21 UNO-Pakt II) und *Meinungsfreiheit* (Art. 19 UNO-Pakt II). Auch heute gibt es im Zusammenhang mit PTFI noch viele solche Protestaktionen.

Nach der Betrachtung dieser negativen Menschenrechtskette mag man schnell den Schluss ziehen, dass allein das Unternehmen für diese verantwortlich ist. Eine solche Schlussfolgerung wäre aber eine übereilte, denn Staaten und Investoren trifft eine ebenso grosse Verantwortung.

Aufgrund seiner internationalen Menschenrechtspflichten ist grundsätzlich jeder Staat dazu verpflichtet, Menschenrechte vor Eingriffen Dritter zu schützen. Dritte können auch Unternehmen sein. Bei diesem Schutz hat der Staat Indonesien versagt, wie das Beispiel von PTFI aufzeigt. Zu viele Governance Gaps waren in der indonesischen Gesetzgebung vorhanden, welche die Tätigkeiten von PTFI ermöglicht und erleichtert haben. Um nur eine Auswahl zu erwähnen: Die indigenen Völker erhielten nicht den notwendigen Schutz, an die Unternehmen wurden keine sozialen und umweltrechtlichen Anforderungen gestellt, die Judikatur war korrupt und effektive Rechtsmittel nicht eingerichtet. Nach dem Sturz von Präsident Suharto im Jahr 1998 gab es eine komplette Reform im Staat

Indonesien, die einige Fortschritte im Schutz der indigenen Völker bedeutete. Aber auch hier gibt es noch Lücken, die den Umfang dieses Artikels sprengen würden.

Aufgrund seiner internationalen Menschenrechtspflichten ist grundsätzlich jeder Staat dazu verpflichtet, Menschenrechte vor Eingriffen Dritter zu schützen

Auch die Verantwortung der Investoren ist nicht zu unterschätzen, denn der Rohstoffhandel ist von hohen Investitionen abhängig. So musste PTFI 300 Millionen US-Dollar in ihre Minenprojekte investieren, bevor die Förderung überhaupt gestartet wurde. Nach der Ausweitung des Förderungsgebietes investierte PTFI sogar 4.5 Milliarden und Ende 2010 wurde erklärt, dass weitere 5 Milliarden Investitionen für Weiterentwicklungen vorgesehen sind. Diese unglaublich hohen Investitionen wären ohne Geldgeber nicht möglich gewesen. Es kann also gesagt werden, dass ohne die Investoren PTFI seine Tätigkeiten gar nicht hätte vornehmen können, die auch zu den negativen Menschenrechtsbeeinträchtigungen der Amungme führten.

Wir sehen, dass man sich im Rohstoffhandel mit komplexen Problematiken auseinandersetzen muss, die nicht einfach zu lösen sind. Verschiedene Interessen und Machtverhältnisse spielen dabei eine wichtige Rolle, weshalb vor allem auf die schwächsten Akteure, die indigenen Völker, besonders geachtet werden muss. Unternehmen, Staaten und Investoren müssen sich also mehr darüber bewusst werden, welche Verantwortung sie für den Schutz der indigenen Völker tragen. Eine Hilfe dabei ist das *Protect, Respect and Remedy-Framework* und dessen *Guiding Principles* von Prof. John Ruggie, die eine allgemeine Anleitung für Unternehmen, Staaten und Investoren beinhaltet und dabei helfen soll, solch komplexe Problematiken zu durchschauen und anzugehen.

Nadine Rieda ist Co-Founder Business & Human Rights Conform (BHRC). Join them on Facebook: www.facebook.com/humanrights-conform

Wasser und Machtpolitik im Nahen Osten

Als wäre der Nahostkonflikt nicht schon kompliziert genug, gesellt sich zu den politischen, religiösen und gesellschaftlichen Spannungen auch noch ein viel grundlegenderes Problem: Die knappen Wasservorkommen. Doch wie wirkt sich der Krieg um das Wasser auf den Konflikt aus, und gibt es realistische Lösungsansätze?

Folgt man der medialen Berichterstattung aus dem Nahen Osten, so scheint es nicht wahrscheinlich, dass Wasserknappheit ein zentrales Thema ist, zu dominant sind die Berichte über terroristische Aktionen der Hamas, Vergeltungsschläge Israels, Kritiken an der Siedlungspolitik Israels oder Portraits von Minderheiten in prekären Verhältnissen. Wenn es dann einmal um Ressourcen geht, dann meist nur um eine: Erdöl. Doch das schwarze Gold hat in letzter Zeit Konkurrenz bekommen: Wasserkonflikte sind zwar nicht medial präsent, bestimmen aber dennoch den Alltag im Nahostkonflikt mit. Bevölkerungswachstum, fortschreitende Industrialisierung und ein allgemein erhöhter Wasserbedarf treffen auf eine begrenzte Menge an Wasservorkommen und eher bescheidene Fortschritte in der Förderungstechnik, dafür aber auf eine Machtpolitik, welche dafür sorgt, dass die Ressource zum Machtinstrument im Nahostkonflikt verkommt, und eine bedarfsgerechte Verteilung dem Recht des Stärkeren den Vortritt lassen muss.

Unilaterale Hilflosigkeit

Um die Problematik um das Wasser im Nahostkonflikt besser zu verstehen, hilft wie so oft der historische Kontext. Grundsätzlich ist zu sagen, dass Wasser seit der Antike ein limitierender Faktor der agrarischen Produktion und des Lebensstandards vieler Regionen war. Zivilisationen blühten entlang von Wasserwegen auf, und nur die verbesserten Distributionsmechanismen erlaubten eine Besiedlung fernab von Wasserquellen.

Unter dem britischen Mandat in Palästina wurde das Problem schon in den 1920er-Jahren erkannt, und der daraufhin ausgearbeitete Plan schuf das Unternehmen Mekorot, welches noch heute Israels nationaler Wasserlieferant ist. Dieser und weitere Berichte hatten eins gemeinsam: den technischen Charakter. Es war vor allem zentral, die Wasserversorgung technisch sicherzustellen und Flaschenhälse auszumerzen. Doch schon in den 1950er-Jahren veränderte sich der Diskurs: Anstelle von technischen Fragen standen jetzt politische Spannungen im Vordergrund. Die Anerkennung des von der World Zionist Organisation ausgearbeiteten Plans wäre einer de facto-Anerkennung Israels als Staat gleichgekommen, weshalb Staaten wie Syrien sich beim UN-Sicherheitsrat beschwerten.

Bauprojekte der israelischen Regierung waren dann auch mitverantwortlich für den Ausbruch des Sechstagekrieges, nach dessen Ende Israel so genannte Military Orders erliess, welche die Bewirtschaftung der Wasservorkommen in den besetzten Gebieten unter israelische Kontrolle stellten. Dabei wurde der palästinensischen Bevölkerung verboten, eigene Förderanlagen zu errichten, so dass diese ihr Wasser fortan von den israelischen Förderfirmen beziehen mussten. Das Paradigma von israelischer Seite, welches auch in den Oslo-Verhandlungen widerspiegelte, war, dass man das Recht der palästinensischen Bevölkerung auf Wasser zwar anerkennen würde, der israelischen Wassernutzung dürften aber keine Nachteile durch die palästinensische Wassernutzung entstehen. Pumpquoten, Rationierungen und Preisanpassungen für Palästinenser waren die Folge. Dennoch waren die Oslo-Verhandlungen der erste Ansatz einer multilateralen Kooperation auf dem Gebiet, nachdem Jahrzehnte unilateraler Politik keine Fortschritte brachten.

Israelische Dominanz

Die Situation hat sich trotzdem alles andere als entspannt: Heute finden wir eine Situation vor, in welcher weder Israel noch Palästina ihren volkswirtschaftlichen Bedarf an Wasser mit den Wasservorkommen in der Region decken können. Das Wasser ist deshalb oft übernutzt und stark verschmutzt. Die Auflagen, welche Israel an die palästinensische Bevölkerung im Zuge der Military Orders stellt, resultieren in einer stark eingeschränkten Möglichkeit zur Nutzung durch die palästinensische Bevölkerung. Der jährliche Wasserkonsum pro Kopf ist deshalb in Israel

Weder Israel noch Palästina können ihren Bedarf an Wasser mit den Wasservorkommen in der Region decken

und den Israelischen Siedlungen drei- bis viermal so hoch wie in den Palästinensergebieten. Israel deckt inzwischen mehr als die Hälfte seines Wasserbedarfs mit Wasser aus Quellen in den besetzten Gebieten.

Der National Water Carrier, Israels Pipelinesystem, leitet heute 75 Prozent des Wassers des Jordan nach Israel

um 85 Prozent der Wasservorkommen in den (besetzten) Palästinensergebieten werden durch Israel und Israelische Siedlungen genutzt. Innerhalb Israels werden 60 Prozent der Wasservorkommen für die Landwirtschaft verwendet, obwohl diese nur gerade 2 Prozent des Bruttoinlandproduktes ausmacht. Auf palästinensischer Seite wird das Wasser ähnlich verwendet, die palästinensische Wirtschaft ist aber weitaus stärker von der landwirtschaftlichen Produktion abhängig. Gemessen an der Wichtigkeit der Landwirtschaft wird dem Wasser also eine unterschiedliche Wichtigkeit beigemessen. Der grosszügige Umgang Israels mit der knappen Ressource stösst bei der palästinensischen Bevölkerung denn auch auf Missbehagen. Hat ein Siedler im Westjordanland das Vierfache an Wasser zur Verfügung wie ein Palästinenser, so beläuft sich das Verhältnis im Gazastreifen auf das Zwanzigfache.

Politischer Unwille

Nach dem gescheiterten Oslo-Friedensprozess und der Verschärfung der Wasserproblematik durch eine zunehmend aggressive Siedlungspolitik Israels stellt sich schliesslich die Frage, wie der akuten Wasserknappheit beizukommen ist. Zu den politischen Faktoren gesellen sich auch noch natürliche, demographische und ökonomische Faktoren, welche die Knappheit weiter verschärfen. Einige Vorschläge liefert hier Chadi Bahouth in Der Konflikt um Wasser in Israel und Palästina:

Der erste grosse Lösungsansatz bestünde darin, die Wasservorkommen, welche von Israel und Palästina nicht unbedingt benötigt werden, als handelbares Gut anzubieten, einen virtuellen Wasserhandel aufzubauen. Beide Parteien sind im Besitz von Wasserreserven, welche entbehrlich sind. Die politische Umsetzung eines solchen Wasserhandels ist allerdings unrealistisch, da beide Seiten politisch nicht daran interessiert sind, sich an einen Verhandlungstisch zu setzen. Israel stellt sich auf die Position, es sei durch Wasserhandel nichts zu gewinnen und man habe ohnehin nichts abzugeben, Palästina fordert von Israel die Beendigung der Besetzermentalität und eine echte Kooperation.

Die Lösung des Wasserkonflikts ist erst dann ein realistisches Szenario, wenn gleichzeitig Friedensverhandlungen stattfinden

Der neben dem Wasserhandel zweite grosse Lösungsansatz ist die Entsalzung von Meerwasser, welche anstatt die vorhandenen Ressourcen ökonomisch effizient zu verteilen, die Gesamtmenge der Ressource steigert. In Israel hat sich die Entsalzung von Meerwasser als effektiv und effizient durchgesetzt und gilt als einzige Lösungsmöglichkeit für die anhaltende Wasserknappheit. Die Entsalzungsanlagen sind eine günstigere Alternative zum Import von Wasser aus der Türkei. Dies würde ebenfalls die Überpum-

pfung der natürlichen Süsswasservorkommen verhindern, welche bereits jetzt an einem Punkt angelangt ist, an dem Gewässer eine irreversible Verschmutzung erfahren.

Nötig für eine Lösung der Problematik sind also neben den technischen Voraussetzungen, welche man als gegeben betrachten kann, eine sorgfältige, langfristige Planung, und der politische Wille zur Kooperation. Dieser Wille scheint jedoch nicht vorhanden zu sein, da Sicherheitsbedenken immer noch den Konflikt dominieren, und Kooperationsbemühungen unweigerlich auf beiden Seiten zu Anerkennung des Anspruchs der Gegenseite auf Gebieten, auf welche man selbst einen Anspruch stellt, bedeuten würde. Was bleibt, ist eine Politik der Machtverhältnisse, in der das Recht des Stärkeren soweit ausgereizt wird, wie es nur eben möglich ist, ohne den Zorn der Internationalen Gemeinschaft auf sich zu ziehen, und Umstände zuzulassen, unter denen selbst die USA die Israelische Politik nicht mehr decken können.

Die Lösung des Wasserkonflikts ist schlussendlich erst dann ein realistisches Szenario, wenn gleichzeitig Friedensverhandlungen stattfinden, denn Sicherheitsbedenken verhindern eine Kooperationslösung auf politischer Ebene. So wie wir die Situation heute antreffen, ist die Wasserpolitik im Jordantal eine Funktion der klassischen Machtpolitik, bei welcher das Recht des Stärkeren gilt, auch bei der Ressourcenallokation. Es bleibt zu hoffen, dass es nicht erst eine humanitäre Katastrophe braucht, damit die Internationale Gemeinschaft erkennt, welche Wichtigkeit der Wasserkonflikt in der Region einnimmt, und welche gravierenden Folgen die akute Wasserknappheit gerade in den Palästinensergebieten hat. Bis dahin wird wohl oder übel Machtpolitik den Konflikt beherrschen, bei der Israel nur dort Konzessionen machen wird, wo es zur Verhinderung einer humanitären Katastrophe absolut notwendig ist.

Le conflit du Nord-Kivu est-il dû à notre iPhone?

Depuis 1996, l'Est de la République Démocratique du Congo (RDC) n'a presque jamais connu la paix. Au cœur du conflit se trouve le coltan dont on extrait la tantalite, un minéral essentiel pour la fabrication de nombreux composants électroniques. La demande en coltan alimente-elle toujours le conflit dans l'Est du pays?

Avez-vous déjà entendu parler du coltan? Si ce n'est pas le cas, vous en avez certainement déjà eu entre vos mains ou du moins, sous la forme de composants électroniques présents dans votre ordinateur ou dans votre téléphone portable. En effet, la tantalite, un minéral présent dans le coltan, est très largement utilisée dans la fabrication de condensateurs de par sa forte conductivité ainsi que sa résistance à la corrosion par les acides. Bien qu'il ne s'agisse pas d'une ressource particulièrement rare, la demande en coltan a littéralement explosée au début du XXI^{ème} siècle, passant de 400 tonnes produites en 1997 à environ 1400 tonnes en 2002. Cependant, suite à la crise financière, la demande a considérablement chuté depuis 2008. D'après une estimation du United States Geological Survey, plus de 30% de l'extraction mondiale de coltan proviendrait de l'Est du Congo et de la région des grands lacs.

Une guerre ethnique et économique

Si la triste histoire du Congo mérite un article à elle seule, il est nécessaire de rappeler le contexte dans lequel se déroule le conflit dans l'Est de la RDC. La région du Nord-Kivu est délimitée à l'Est par une frontière avec l'Uganda, tandis que le Sud-Kivu borde le Rwanda et le Burundi. Après le génocide rwandais de 1994, de nombreuses milices du FDLR (Force Démocratique pour la Libération du Rwanda, organisateurs du génocide) ainsi que leurs opposants, rassemblés sous le CNDP (Congrès National pour la Défense du Peuple, soutenu par l'actuel régime rwandais) « exportèrent » le conflit rwandais dans l'Est de la RDC, attirés par la présence de nombreuses ressources dont le coltan. En plus de plusieurs armées centre-africaines, le conflit oppose des milices issues de différents groupes ethniques, notamment les Mai Mai, récemment accusés d'avoir perpétré de graves exactions contre les civils. L'armée régulière de la RDC, la FARDC, est également accusée d'avoir perpétré de nombreux massacres par le passé.

Mais le problème majeur réside dans le contrôle de l'extraction du coltan par les différents belligérants du conflit

D'après un rapport du Bureau Conjoint des Nations Unies aux Droits de l'Homme (BCNUDH) publié en no-

vembre 2012, la situation du Kivu est alarmante : « Les violations des droits de l'homme commises par les groupes armés, telles que décrites dans ce rapport, ont été commises avec une extrême violence. Des groupes comptant jusqu'à 250 individus armés ont attaqué des villages souvent tôt le matin; beaucoup de civils ont été tués alors qu'ils tentaient de fuir leurs villages. [...] Les victimes sont, pour la plupart, des enfants, des femmes et des personnes âgées, qui n'ont pas réussi à fuir les assaillants. [...] La dimension ethnique des attaques est particulièrement préoccupante dans cette région qui, depuis plus de 15 ans, connaît des cycles de violence souvent à caractère ethnique, même si elles visent fondamentalement le contrôle de la terre et des ressources naturelles particulièrement abondantes dans cette partie de la RDC. » En plus de cela s'ajoute le viol et la mutilation sexuelle des femmes congolaises.

Une économie qui profite peu aux civils

L'extraction du coltan en RDC repose essentiellement sur le travail de nombreux mineurs artisanaux répartis dans plus de 200 mines. Bien que le salaire des mineurs représente moins de 10% du prix local du coltan, l'extraction du minerai reste une source majeure de revenus pour la population du Nord-Kivu. Cette économie soulève cependant de nombreux problèmes. Les mineurs sont souvent d'anciens cultivateurs préférant changer d'activité, l'agriculture offrant encore moins de revenus que l'activité minière. Ce transfert d'activité est particulièrement problématique et conduit au fil du temps à une pénurie de ressources agricoles. De nombreuses mines emploient également des enfants ayant parfois moins de dix ans. De plus, l'importante source de revenus a entraîné le développement d'un secteur informel et de trafics illicites dans des zones rurales jusque-là peu touchées.

Mais le problème majeur réside dans le contrôle de l'extraction du coltan par les différents belligérants du conflit. En 2008, un rapport d'experts pour le conseil de sécurité de l'ONU indiquait que 12 des 13 plus grandes mines de coltan étaient contrôlées par des factions armées, notamment par la FARDC, la FDLR et le CNDP cités ci-dessus. En effet, de nombreuses factions armées, tels les Mai Mai, imposent des taxes voire pillent les transporteurs de coltan passant par les check points qu'ils contrôlent. L'armée régulière, la

FARDC, détourne également des revenus sensés alimenter les caisses de l'Etat congolais à différents points de la chaîne de production du coltan. Cela s'explique principalement par un Etat peu développé et n'exerçant qu'un contrôle très limité sur l'Est du territoire congolais. De plus, la situation serait sans doute incontrôlable sans l'appui de casques bleus déployés dans le cadre de la MONUSCO (Mission de l'Organisation des Nations Unies pour la Stabilisation en République Démocratique du Congo). La question, souvent soulevée dans la recherche en science politique, est de savoir si la présence de ressources naturelles tel que le coltan conduit inexorablement à une situation de «bad governance».

Du mineur au processeur

Comment le coltan alimente-t-il le conflit? En plus des taxes ou des pillages mentionnés précédemment, les groupes armés sont parfois directement financés par les revendeurs locaux de coltan. Ces derniers perçoivent des avances par les exportateurs du minerai, recevant eux-mêmes des avances de leurs acheteurs internationaux. Cela permet aux marchands locaux d'avancer de l'argent aux mineurs, créant ainsi un système de dépendance. L'exportation du coltan fonctionne par l'intermédiaire de «comptoirs», principalement présents dans les villes de Goma et Bukavu, qui devraient être enregistrés auprès du gouvernement congolais. En réalité, de nombreux revendeurs locaux et comptoirs ne figurent pas dans les registres de l'Etat congolais, ce qui empêche toute traçabilité de la ressource. Le coltan extrait des mines contrôlées par les milices étrangères, notamment par la FDLR, ne transite pas par la RDC mais par le Rwanda, l'Uganda ou le Burundi pour être exporté vers les acheteurs internationaux. Ainsi, les milices évitent les taxes d'exportations plus élevées en RDC. En 2009, on estimait que la rente perçue par l'armée rwandaise pour permettre le transit du coltan pouvait atteindre jusqu'à 20 millions de dollars par mois. Environ 80% du coltan exporté est traité par trois grandes compagnies minières pour en extraire la tantalite: l'allemand H.C. Stark, l'américain Cabot et la société chinoise Ningxia. Une fois le minerai traité, ces compagnies revendent la tantalite à des fabri-

cèrent leur décision de cesser les importations de coltan en provenance de la RDC. Le chinois Ningxia continue d'utiliser du coltan provenant de la RDC, du Rwanda et du Burundi. La décision des sociétés occidentales faisait également suite à une «liste noire» de comptoirs publiée par l'ONU pour limiter l'exportation du coltan provenant de zones touchées par des conflits. Toutefois, il n'est pas difficile pour les milices armées de contourner ces restrictions, la mission de l'ONU ne disposant pas de moyens suffisants pour effectuer de véritables contrôles sur place. L'autre problème concerne la traçabilité du produit une fois transformé; il est souvent mélangé avec du coltan issu d'autres régions (comme l'Australie ou le Brésil). Deux initiatives ont été lancées par l'industrie électronique afin de limiter l'utilisation des ressources en provenance de la RDC: l'Electronic Industry Citizenship Coalition (EICC) et la Global e-Sustainability Initiative (GeSI). Répondant à une question d'un journaliste du New York Times le 24 juillet 2010, Steve Jobs faisait remarquer la chose suivante: «We require all of our suppliers to certify in writing that they use conflict free materials. But honestly there is no way for them to be sure. Until someone invents away to chemically trace minerals from the source mine, it's a very difficult problem.»



QUELLE: Copyright 2008, Le Monde diplomatique, used with permission of Agence Global.

En 2009, on estimait que la rente perçue par l'armée rwandaise pour permettre le transit du coltan pouvait atteindre jusqu'à 20 millions de dollars par mois

cants de condensateurs tels que NEC, Sanyo ou Hitachi. Ces derniers vendent leurs produits à des assembleurs de circuits électroniques, qui revendent à leur tour leurs circuits aux grandes sociétés comme Apple, HP ou Samsung.

Après la publication du rapport du Conseil de Sécurité de l'ONU en 2008, H.C. Stark, ainsi que Cabot, annon-

A Heated Race For The Eternal Ice

The polar cap in the Atlantic is losing volume but gaining the attention of political powers. As the melting ice shelves reveal new trade passages between East and West as well as previously hidden resource deposits many countries are racing towards the North Pole.

In August 2007, Russian researcher and Vice Speaker of the Duma Artur Tschilingarow undertook an important journey for his country. Brought to the Arctic by the research ship «Akademik Fjodorow», Tschilingarow and his crew took two subs to dive to the geographic North Pole four kilometers below sea level. Viewed by the national and international media, he placed a Russian flag in the middle of nowhere. What could be interpreted as pure symbolism in the eternal ice is the setting of a hard-fought race for the Arctic territory. World powers like Russia, the US and China but also European countries or Canada have tangible interests in terms of resources and trade opportunities hidden below the endless white. How will the dwindling Arctic ice change geopolitics in a multipolar world?

Changing climate

Origin of the debate is the shrinking surface of the Arctic ice cap as a consequence of global warming. The climate in the North is heating up faster than the global average, resulting in a significant melting of what was once called the eternal ice. Eternity is over.

The Polar cap in the Arctic is shrinking and would continue to do so even if the fight against global warming is intensified immediately

The mean area covered with ice during the period of 1979 to 2000 was about 6.7 million square kilometers. It reached from the Laptev Strait in Siberia to Alaska and the whole northwestern coast of Canada. Figures are reported and compared by the American National Snow & Ice Center each September, when the ice caps are at their minimum. In 2007, the caps shrank to 4,2 million and has since then lost another portion of its surface the size of Germany and France together. In 2012 it became clear that the cap will reach a new minimum of only 3,41 million square kilometers, losing more than a quarter of its surface in just one year. As of today, the cap only touches Greenland and the Canadian Archipelago. The data on ice volumes show even more dramatic results because the cap not only becomes smaller but much thinner than it used to be. Many scientists expect this development to proceed progressi-

vely because less ice reflects fewer sun rays back into space which warm up the ocean's water instead. The Polar cap in the Arctic is shrinking and would continue to do so even if the fight against global warming is intensified immediately. Climate models issued by the Intergovernmental Panel on Climate Change predict a complete loss of sea ice by 2040 – an alarming prediction which heats up the global power play meteorologically as well as geopolitically.

The World Becomes Smaller

Climate change opens two navigable waterways which are about to change global power politics. To comprehend those dramatic changes, one has to leave our euro-centric point of view behind and examine the blue globe from above, with the North Pole as the centre of a circulating sphere. Clearly, the shortest passage from the rising trade centres in Eastern Asia to Western ports no longer leads through the Suez or the Panama Canal. Instead, the Arctic Ocean provides a much quicker route. When seafarers had the exact same idea in the Middle Ages they were not only challenged by health and navigational problems but their way was blocked by thick, eternal ice. In the summer of 2007, however, the routes from Asia to Europe passing the Siberian mainland (Northeast Passage) and to North America passing Alaska and the Canadian Archipelago (Northwest Passage) were simultaneously ice-free for the first time since satellites started measuring the Arctic ice in 1979. Experts unanimously expect that constantly traversable corridors from East to West and vice versa will develop in the coming years.

The friendly neighbour's melting control

Shipping goods from Tokyo, Shanghai or Hong Kong to the American East Coast means a distance of about 19'500 kilometers if transported through the Panama Canal in Central America. Because of its width and depth, modern freighters with more than 5000 containers cannot even pass the canal anymore and have to navigate via the Cape Horn at the very south of the American continent. As of 2015, the canal will have extended its capacities for ships with up to 12'000 TEU – not even close to modern Triple E class ships which will be delivered in the coming months and carry 18'000 TEU. Therefore, the Northwest

Passage with a length of about 15'500 kilometers would allow a massive improvement in trade between East and West. When the Panama Canal was established in the early 20th century first by the French and later by the Americans, the actors were already willing to provoke internal revolts, create new countries like Panama and fight wars like the «Operation Just Cause» – What will the strategic powers of today be willing to sacrifice for Panama's cheaper and safer northern alternative?

This increasing interest in Canada's North will confront the country with new security-related issues. While Europe and the United States consider the Northwest Passage as international waters, Canada's Minister of National Defence Peter MacKay unambiguously said: «Canadians are friendly people, but we do defend our territories.» A clear message to China, Russia and America; all of whom have, according to the Canadian Army Journal, repeatedly and systematically violated the (subjective) rules. However, the Royal Canadian Navy with only 8500 regular forces will have great difficulty defending its claims. Therefore, the Canadian government is very interested in a stable agreement under international law and a strategic partnership with the second actor within spitting distance: Russia.

«The Arctic is and always will be Russian»

As it stands, a freighter leaving Asia for major European ports like Hamburg or Rotterdam has to cover a distance of about 19'500 kilometers and passes through the Suez choke point. The alternative Northeast Passage in front of Russia's coast not only reduces the distance to 14'500 kilometers, and thus transport time and cost, but has – in contrast to the very overloaded Suez Canal – unlimited capacities, cannot be controlled or taxed for political motives or threatened by pirates.

The Northeast Passage puts Russia in a very important strategic position. Therefore, it is no wonder that arctic explorer Tschilingarow enjoys Putin's full support in saying «The Arctic has always been and always will be in the hand of Russia». According to the UN Convention on the Law of the Sea (UNCLOS), a country can legally exploit and exclusively control an economic zone of 200 nautical miles in front of its coast. Russia, on the other hand, claims that mountain ridges in the Arctic Ocean geologically belong to the Eurasian continent which would allow Russia to extend the exclusive zone to 350 sea miles. The Northeast Passage would then fall into their territorial waters.

The Polar Treasures

However, the primary reason Russia is deeply interested in the future of the Arctic is a more material one. Geologists repeatedly confirmed that 30% of the world's natural gas and 13% of the oil storage lie on the bottom of the Arctic, the vast majority in front of the Siberian coast. The US Geo-

logical Survey estimates 22 percent of the global fossil fuel deposits to be located north of the Arctic Circle.

As research in the ice-free regions has shown, the seabed also holds abundant deposits of nickel, copper, coal, gold and uranium. Jakutien, a region in Asian Russia, and its coast is one of the world's diamond storehouses. Similarly bountiful in the far north are biological resources: Several of the world's largest rivers are found there. Greenland holds about 10% of the world's fresh water reserves, making it especially interesting to the water-lacking Chinese.

As long as those resources were covered with ice, the exact figures and locations were a matter of debate only among scientists and legal specialists. But since the cap is about to vanish and release its enormous treasury, the Arctic is becoming a highly political issue and many will do everything in order to get a slice. The gold rush in the Wild West is over, but the struggle in the Wild North is just about to begin.

Contradicting interests among G-5

Under international law no country currently owns the region surrounding the Pole, all bordering countries are tied to the exclusive economic zone of 200 miles. The rest, including the geographic pole itself, is owned by everybody or nobody, respectively. However, upon ratification of the UN Convention, a country has ten years to announce claims to an extended shelf. Canada, Denmark, Norway and the Russian Federation – all involved parties (also called the Arctic G-5) except the US which have not ratified the treaty yet – have given notice of their extended claims at the Commission on the Limits of the Continental Shelf (CLCS).

The gold rush in the Wild West is over, but the struggle in the Wild North is just about to begin.

The US is focusing on their position in Greenland, according to a diplomatic memo unveiled by Wikileaks, and have sent polar submarines to prove that the North American continent reaches further into the North than so far assumed. In addition, more than 50 nations have handed in their requests – from Norway to Suriname, a South American state with half a million inhabitants and a short Atlantic coast and hence a right to take part in the negotiations. The keenest propositions are made by Denmark and Russia who are both claiming the Lomonossov Ridge between Greenland and the North Pole which is expected to be particularly rich in resources. But while all parties in the global arena prepare for a long legal dispute, Moscow is taking the gloves off.

Wetting the knives

Even though Russian diplomats at the UN make a big point of playing according to international law, the government has repeatedly made very strong gestures that it is willing to fight for its «rights». Defence Minister Anatoli Serdjukow has put two specialised brigades in place with the only goal of «strongly and insistently protecting» national interests. Because armed forces are not allowed on Spitzbergen, a no-man's island in front of Norway, the Russians operate a completely unprofitable coal mine, just to be present in the region. Swimming nuclear power plants owned by the publicly run Rosenergoatom serve as energy suppliers for offshore oil platforms. Russia will make sure it gets its piece of the cake.

Without any doubt, past and future developments of the global climate have influenced and will influence geopolitics.

And even China is trying to barge in: It is attempting to convince the Danish, certainly the weakest party involved, to let the giant from the East have his foot in the door – due to precious minerals and large water reserves in Greenland. In July 2012 Hu Jintao came to Copenhagen and offered to build a new port and three airports on the economically underdeveloped island. This woke up the fears of the European Commission, and suddenly world powers are lobbying 60'000 inuit – climate change can turn geopolitics upside down.

How Global Warming Changes The Rules Of The Game

Without any doubt, past and future developments of the global climate have influenced and will influence geopolitics. New economic opportunities are set free by newly opened trade corridors in front of Canada and Russia. Against the background of China's emerging trade activity as well as dimensional and political problems in the prevailing canals, many embrace the opportunities brought by the Northwest and Northeast Passages. Nevertheless, an exhausting and possibly dangerous race for the precious resources harboured in the Arctic Ocean is closer than generally recognised. Russia's willingness to fight for the rich opportunities at hand should not be underestimated. Whether Moscow's actions are just means to deter the other parties or whether President Putin is ready to provoke an armed conflict remains to be seen. Since the legal situation is at best unclear, the international community has to prevent Russia from making moves until the Arctic G-5 have found a consensual solution in order to prevent a Freezing War.

Aiuto condizionale: la cooperazione allo sviluppo motivata da interessi economici

L'apprensione per gli sviluppi che sta conoscendo il mercato delle materie prime porta le nazioni importatrici a dotarsi di piani mirati al riguardo per garantire un futuro alle loro industrie: non passa inosservata la tendenza ad assicurarsi l'accesso a queste risorse appoggiandosi alla politica dell'aiuto allo sviluppo.

Da sempre l'approvvigionamento e il controllo delle materie prime rappresentano alcune fra le maggiori cause dell'emergere di corruzione, tensioni e conflitti a livello internazionale. Se in passato le risorse oggetto di discordia sono state ad esempio oro, carbone e acciaio, oggi gli interessi si sono spostati principalmente sul petrolio, la cui disponibilità, insieme a quella di acqua e altre materie prime definite «critiche» - utilizzate soprattutto nei processi di produzione delle tecnologie moderne - sembra destare una grande preoccupazione per il futuro. La difficoltà nel garantirsi queste sostanze, indispensabili al funzionamento dell'economia di molte nazioni industrializzate, viene inoltre accentuata dalla concorrenza rappresentata dalla sempre maggiore richiesta che ne fanno i paesi con economie emergenti dove l'industrializzazione sta conoscendo una forte crescita.

Proprio per assicurarsi l'approvvigionamento delle materie prime considerate «critiche»¹, molte nazioni occidentali - e anche l'UE -, le cui economie dipendono in grande misura dall'importazione di queste risorse, hanno varato negli ultimi anni dei programmi strategici, che prevedono la combinazione di diversi piani d'azione sia a livello di politica interna sia a livello di politica estera.

Una delle soluzioni suggerita in più di un caso nell'ambito di queste nuove strategie prevede di combinare gli obiettivi della politica economica con quelli della politica estera e in particolare con quella dell'aiuto allo sviluppo. L'integrazione della politica di sviluppo nel quadro dell'approvvigionamento delle materie prime comporta, tra l'altro, che l'accesso a queste venga assunto come condizione in cambio alla quale offrire l'aiuto allo sviluppo.

L'UE fa di un maggiore orientamento della politica dello sviluppo verso gli interessi concreti della sua economia industriale uno dei pilastri della sua strategia per le materie prime. A questo scopo si ripropone di favorire la formazione di partenariati strategici e cooperazioni con le nazioni ricche in risorse naturali, con l'obiettivo di creare situazioni che siano vantaggiose su tutti i fronti e che combinino il rifornimento di materie prime dell'UE con la crescita sostenibile dei paesi in questione.

Una politica analoga è stata adottata ad esempio dalla Germania.

Gli argomenti dei fautori di questa pratica sono molteplici: attraverso il potenziamento e l'ottimizzazione della

produzione di materie prime, la creazione di istituzioni, l'incoraggiamento di una politica nazionale più stabile e di iniziative per un commercio più trasparente, non si otterrebbero solamente condizioni d'investimento migliori e benefici per le nazioni importatrici, ma anche crescita economica, accesso ai mercati e maggiore sicurezza sociale ed ambientale per le nazioni produttrici.

Anche in Svizzera non sono mancate le proposte per l'adozione di misure analoghe. Nel 2012 l'Unione svizzera delle Arti e Mestieri ha sottoposto al pubblico la proposta di un piano d'azione per l'approvvigionamento delle materie prime, nel quale chiede, tra le altre cose, che la garanzia di un accesso a queste risorse da parte della Svizzera possa essere posta come condizione per la realizzazione di nuovi progetti di aiuto allo sviluppo nei paesi ricchi di queste sostanze e che i mezzi finanziari messi a disposizione dalla Confederazione possano essere scambiati, entro alcuni limiti, con riserve di materie prime.

Pochi mesi prima, nel 2011, la stessa questione è stata sottoposta all'Assemblea federale in un'interpellanza del Consigliere agli Stati UDC H. Germann.

La risposta dell'Assemblea federale ha però escluso l'adozione da parte della Svizzera di una strategia simile: il Parlamento ha argomentato la presa di posizione spiegando che in Svizzera l'aiuto allo sviluppo non viene fatto dipendere dall'adempimento di clausole di questo tipo.

Se da un lato gli effetti benefici che UE e Germania attribuiscono alle strategie da loro adottate non si possono negare - istituzioni funzionanti, un clima politico che permetta scambi più facili e una maggiore trasparenza nella catena di montaggio sono condizioni in grado di portare grossi vantaggi a tutta la comunità internazionale e certamente anche di favorire miglioramenti a livello sociale ed economico nelle nazioni toccate - si assiste dall'altro lato, come non hanno mancato di sottolineare alcune ONG, ad una strumentalizzazione dell'aiuto allo sviluppo che ha ben poco a che vedere con i suoi obiettivi fondamentali, ovvero la riduzione della povertà e la promozione di sostenibilità e giustizia sociale ed ambientale.

I toni delle strategie germanica ed europea ricordano inoltre gli schemi tipici dello scambio ineguale neocolonialista, fatto che contribuisce a lanciare qualche dubbio sull'eticità di una politica di questo tipo, motivata da fini egoistici.

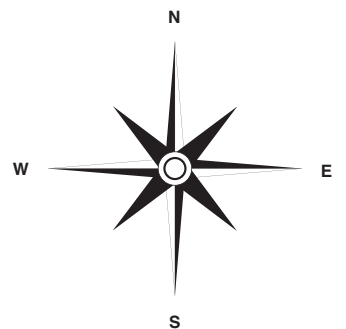
New York

Wor

Tel Aviv

מפת

Neukaledonien



Rote Erde – Wie die Nickelindustrie eine Insel zerstört

Neukaledonien kennt hierzulande kaum jemand. Die Wenigsten wissen, dass Stücke dieser Pazifikinsel in unseren Batterien und Chromstahlpfannen stecken. Noch weniger bekannt ist der immense Schaden, den die Rohstoffförderer auf Neukaledonien anrichten. Eine Reportage.

Es fühlt sich komisch an, in einer Kolonie zu leben. Wenn die neusten amerikanischen Importschlitten durch Zustände aus dem 19. Jahrhundert fahren, wähnt man sich erst einmal in einer besonders lebensechten Satire. Die meisten Schweizer wissen nicht, dass es auch heute noch Kolonien gibt. Und erst recht nicht, dass die letzte grosse Kolonialmacht keine zwei Autostunden von uns entfernt liegt. Frankreich mag seine afrikanischen und asiatischen Kolonien auf Druck des Zeitgeists hin aufgegeben haben. Für den Pazifik hat sich die Weltbühne allerdings noch nie gross interessiert.

Neukaledonien hat ohnehin Pech. Die Südpazifikinsel war einst ein Teil der australischen Erdplatte, der unter die ozeanische rutschte, dort abbrach und durch die ozeanische Platte hindurch wieder hinaufsties. Dabei riss er ein Stück einer tiefen, schwermetallreichen Erdschicht mit, die fortan den ganzen Südwesten der Insel bedeckte und mit ihrer Giftigkeit dafür sorgte, dass sich über Millionen von Jahren eine einzigartige Gemeinschaft aus resistenten Pflanzen und Tieren bildete, darunter Gruppen, die derweil im Rest der Welt sang- und klanglos verschwanden. Vor ungefähr dreitausend Jahren kreuzten die Melanesier auf und rotteten alle Tiere aus, die grösser waren als eine Riesentaube. Gehörnte Riesenschildkröten, gigantische Warane und die letzten landlebenden Krokodile der Erde – unwiederbringlich verloren. Die Wälder liessen die Melanesier aber grösstenteils stehen. Das Volk, dem Metalle fremd waren, interessierte sich nie für den Nickel, auf dem die Bäume wuchsen. Ganz im Gegensatz zu den nächsten Eindringlingen: 1853 annektierte Frankreich die Insel, rodeten die Wälder im grossen Stil, intensivierten die Nickel- und Chromförderung, deportierte die Melanesier in den unzugänglichen Nordosten und machte ihren Eigennamen, kanaky, weltberühmt – als Schimpfwort. Der Grund für das rücksichtslose Vorgehen: Nur auf Neukaledonien und in einigen Meteoritenkratern findet man so grosse Nickelvorkommen nahe der Erdoberfläche. Die Förderung kostet einen Bruchteil dessen, was man im Rest der Welt investieren müsste.

Zu Beginn des Tagebaus existierten noch Vorkommen mit 40-prozentigem Erz, erzählt mir Bernard Suprin, ein verschrobener Botaniker, der regelmässig Führungen zu den letzten kleinen Naturschätzen des Südens veranstaltet.

Wir stehen auf einem kahlen Berg, der Weg ist rot, gesprenkelt mit glänzend schwarzen Chromkiesel. Die Aussicht ist trostlos: mit ziegelrotem Staub bedeckte Hügelzüge soweit das Auge reicht; als letzte Überlebende der Pflanzenwelt einige Büsche und die charakteristischen Farnpolster mit den silbernen Blättern, in denen das Schwermetall eingelagert wird. Erst beuteten die Mineure nur das beste Erz aus und liessen minderwertige Adern in Ruhe. Als das «gute» Erz ausgeschöpft war, brannte man die Sträucher, die die alten Minen bereits wieder zurückerobert hatten, ab und riss die Erde wieder auf. Und dies nicht nur einmal, sondern alle paar Jahre. Heute ist der Nickelanteil der verbleibenden Erze im tiefen einstelligen Bereich angelangt, doch noch immer ist die Gewinnung so billig wie nirgendwo sonst.

Der gesamte Süden der Insel besteht nunmehr aus roter Erde mit spärlichem, immer und immer wieder brennendem Buschland und wenigen Bauminseln. Wer der Westküste entlangfährt, trifft immer wieder auf enthaupdete Hügel, die gerodet und von den schweren Maschinen zwanzig, dreissig Meter kürzergemacht wurden. Von den Trockenwäldern des Westens ist noch ein Prozent übrig, verteilt auf ungefähr zweihundert Stückchen ohne jegliche Verbindung. Das grösste davon konnte ich innert knapp

Frankreich deportierte die Melanesier in den Nordosten und machte ihren Eigennamen «kanaky» weltberühmt – als Schimpfwort

zwei Stunden durchwandern. Die Regenwälder sind praktisch vollständig auf die Melanesiergebiete im Nordosten und im Zentralmassiv beschränkt, nur ein einziges grösseres Waldstück im Süden wurde in den Achtzigerjahren auf Druck der Bevölkerung unter Schutz gestellt und seine Lücken wieder aufgeforstet. Seither wurde kaum mehr etwas getan. Die neuen «Aufforstungen» ausserhalb des Reservats sind reine Nutzholzplantagen, die intensiv bewirtschaftet werden.

Nicht nur die Natur verliert

Aber lassen wir die beispiellose Naturzerstörung doch einmal beiseite und konzentrieren uns auf den ungemeinen

wirtschaftlichen Nutzen, den die Minen Neukaledonien bringen – hochgelobt durch die französische Regierung, propagiert auf Plakaten in der Hauptstadt... und vollkommen inexistent. Der Nickelwahn schadet der neukaledonischen Wirtschaft ebenso wie der Natur, und dies nicht nur, weil die grossen Nickelförderer ihre Profite nach Frankreich (Eramet), Brasilien (Vale Inco) und die Schweiz (Xstrata) exportieren, so dass sie auf der Insel selbst kaum Steuern bezahlen.

Ich treffe Rémy Fels in seinem Haus in Koumac, der nördlichsten französisch dominierten Gemeinde Neukaledoniens, wenige Kilometer von den autonomen Stammesgebieten der Ostküste entfernt. Das Haus ist gross, aber von schlechter Bausubstanz, im Garten leben Schweine und Hühner in Wellblech- und Maschendrahtverschlägen. Das Ganze ist nicht schön, aber es funktioniert. Das passt, denn Rémy ist kein Ästhet, er ist ein Visionär. Der melanesisch-indonesische Minenvorarbeiter hat im Nordwesten Dutzende von Hektaren «wertloses» Land gekauft, um einen Teil davon wiederaufzufen und auf einer grossen, stark besonnten Fläche eine riesige Solaranlage zu bauen. Einige Monate vor meinem Besuch bei Rémy hatte ich über den Daumen gepeilt, dass es innert drei bis fünf Jahren möglich wäre, Bevölkerung und Gewerbe von Neukaledonien vollständig mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Rémy kann meinem Daumen beipflichten: Er kam zu ähnlichen Resultaten. «Aber die Leute kennen erneuerbare Energien überhaupt nicht!», ruft Rémy verärgert aus. Im Süden gebe es ein grosses Wasserkraftwerk und eine moderne Windanlage mit mehreren Turbinen, aber ihr Strom gehe direkt an die Mine von Goro, die grösste Nickelmine des Landes. «Die Leute kennen doch nur Öl und Gas und Abhängigkeit von aussen», fügt er traurig bei.

Und es stimmt: Trotz der bereits vor zwanzig Jahren beschlossenen Unabhängigkeit (die wahrscheinlich nächstes Jahr ohnehin per Referendum wieder verworfen werden wird) behandelt Frankreich Neukaledonien noch immer wie ein Anhängsel. Neukaledonien sorgt für den Nickel, Frankreich liefert Nahrungsmittel und Energie, was vor allem seine eigene Wirtschaft ankurbelt. Neukaledonien hat trotz der guten, brachliegenden Humusböden im Nordwesten kaum Landwirtschaft. In der Bevölkerung herrschen in Bezug auf die schwer zu importierenden Lebensmittel Zustände wie in der DDR: Frischen Salat gibt es im Supermarkt einmal pro Woche und für Litschi oder Erdbeeren fährt man in der Saison eigens dafür 20 Kilometer weit, nach Païta, wo die einzigen grösseren Bauernbetriebe liegen. Die Weissen nehmen den Offroader, für ein Pfund Früchte.

Es gibt in Neukaledonien auch keine Feinindustrie und kaum melanesische Beamte, Polizisten oder Politiker. Rémy arbeitet für die Nickelindustrie, wie die meisten Melanesier, die überhaupt Arbeit haben. Denn praktisch alle übrigen Firmen, Banken, Versicherungen und Ämter rekrutieren ihre Angestellten direkt im Hauptsitz in Paris.

Als Melanesier kriegt man relativ leicht ein Stipendium, um in Frankreich zu studieren – aber wer zurückkommt, findet sowieso keine Arbeit. Viele kanaky leben als Beina-

Als Melanesier kriegt man relativ leicht ein Stipendium in Frankreich – aber wer zurückkommt, findet sowieso keine Arbeit

he-Selbstversorger in ihren halbautonomen Stammesgebieten und trauern Jean-Marie Tjibaou nach, dem grossen Freiheitskämpfer nach Gandhis Vorbild, der ihnen allen Hoffnung gab und in den Neunzigerjahren erschossen wurde.

Neukaledonien könnte ein reiches Land sein. Selbst bei hoher Besteuerung und strengen Umweltauflagen könnten die Nickelminen noch immer günstiger produzieren als anderswo, mit einer Abwanderung ist mittelfristig nicht zu rechnen. Mit den Steuergeldern liessen sich eine eigene Landwirtschaft und eine nachhaltige Energieversorgung aufbauen. Wirtschaftliches Potenzial liegt auch im Naturtourismus, der nachhaltigen Forstwirtschaft, der Zucht von Süswasserfischen oder der Recycling-Industrie, die im gesamten pazifischen Raum praktisch nicht existiert. Und jemand, der kreativer ist als ich, wird wahrscheinlich noch viel mehr Möglichkeiten finden. Aber solange Frankreich die Insel bloss als ein nützliches Anhängsel sieht, das seine Kassen mit Geld und seine Batterien mit Nickel füllt, wird Neukaledonien kein reiches Land werden. Vielleicht nicht einmal ein Land. Aber es besteht noch ein Hoffnungsschimmer. Wie Rémy am Ende unseres Gesprächs so schön sagte: «On verra.»

Diese Reportage entstand während einem halbjährigen Aufenthalt in Neukaledonien als Freiwilliger bei einer Naturschutzorganisation.

Die Freiheit, dich selbst zu sein – das Leben in Tel Aviv

«Ist das denn nicht total gefährlich?» So reagieren die meisten Schweizer, wenn sie erfahren, dass ich in Israel lebe. Und jedes Mal erkläre ich, dass man in Israel meistens ein ganz normales Leben führen kann. Zwar ist der Israel-Palästiner Konflikt sehr präsent, im Alltag jedoch kaum spürbar.

Ich lebe seit zweieinhalb Jahren in Israel, zurzeit in Herzliya, einer Küstenstadt 20 Minuten nördlich von Tel Aviv entfernt. Mein Leben spielt sich jedoch hauptsächlich in Tel Aviv ab. Für mich als Schweizerin war es am Anfang sehr schwierig, mich an das hektische Leben in Israel zu gewöhnen. Mein erstes Jahr hier verbrachte ich in einem Kibbuz im Norden des Landes, wo alles sehr ruhig und idyllisch war. Für meinen Geschmack zu ruhig. Deshalb zog ich ins Zentrum des Landes.

Tel Aviv ist das schlagende Herz Israels, die inoffizielle Hauptstadt, eines der kulturellen Zentren und eine Partymetropole. Hier ist immer etwas los. Auf den Strassen wird es nie ganz ruhig, nicht einmal mitten in der Nacht unter der Woche. Tel Aviv macht so speziell, dass es geprägt ist von Extremen. Hier findet sich nichts Ausgewogenes, nichts im Graubereich.. Dies beginnt bei den Menschen: So hitzig und temperamentvoll und oft auch distanzlos die Leute hier sind (es wird viel geschrien und diskutiert), sind sie gleichzeitig auch warmherzig und hilfsbereit.. Ihre Anteilnahme ist nicht aufgesetzt, sie geschieht nicht aus Anstand, sie ist ernst und aufrichtig gemeint.

Ein weiteres Beispiel der Extreme ist ihre Einstellung. Die meisten Leute hier sagen, es gebe Israeli und es gebe *Tel Aviver*. Ich würde die *Tel Aviver* gewissermassen mit *Hipsters* vergleichen. Sie charakterisiert ein lässiger, *nerdy* anmutender Look. Politisch sind sie meistens im linken Spektrum zu verorten. Dann gibt es die jungen Eltern mit kleinen Kindern und ihren Hunden. Zu finden sind sie meistens in den zahlreichen Parks. Ein weiterer fester Bestandteil des Stadtbildes sind die Homosexuellen. Hier in Tel Aviv gibt es halt einfach Heteros und Homos. Ganz normal. Sogar eine *Gay Pride* Parade findet statt. Dann gibt es die modernorthodoxen Juden; sie schätzen und geniessen die Vielfalt, die Tel Aviv zu bieten hat und ihnen ermöglicht, ein religiöses Leben nach ihren Vorstellungen zu führen. Gleichzeitig gibt es die Ultraorthodoxen in Bne Brak, einer Stadt gleich neben Tel Aviv, und Muslime, die in Tel Aviv und Jaffo, einer südlich angrenzenden Hafenstadt, wohnen. Dort gibt es angeblich den allerbesten Hummus, eine Art Paste aus Kichererbsen, in ganz Israel. Die Stadt strotzt von verschiedenen Glaubensrichtungen, Ethnien, Gerüchen, Eindrücken und Lebensweisen. Ich kenne kaum eine Stadt, die so klein ist, und gleichzeitig so viel an

Freizeitangeboten zu bieten hat. Da der Sommer hier ein Sommer wie aus dem Bilderbuch ist, der etwa sechs Monate dauert, ist der kilometerlange Strand für viele *Tel Aviver* und Touristen sehr zentral. Dort trifft man sich, trinkt Bier, raucht Nargila, liegt in der Sonne und spielt Matkot, ein Ballspiel, das mit Pingpong ohne Tisch oder Tennis ohne Netz zu vergleichen ist und der inoffizielle israelische Nationalsport ist. Abends geht man aus. Jeden Abend, jeden Wochentag, wenn man möchte. Auch für die Kunstliebenden ist Tel Aviv *the place to be*. Es gibt Museen sowie Galerien von Künstlern jeglichen Genres.

Für mich das Beeindruckteste und Schönste ist, wie sich die vielen Extreme miteinander vereinen. Die Stadt wirkt nicht, als wäre sie aus vielen, nicht recht zusammenpassenden Teilen zusammengesetzt, sondern als wäre sie Eins.

Die Stadt strotzt von verschiedenen Glaubensrichtungen, Ethnien, Gerüchen, Eindrücken und Lebensweisen

In einem spannenden Gespräch mit einer netten alten Dame, die ich an einem Freitagmorgen am Shuk – dem Wochenmarkt – kennengelernt habe, ist mir bewusst geworden, was für eine Entwicklung Tel Aviv in einer sehr kurzen Zeit durchlebt hat. Vor nicht so langer Zeit war in Tel Aviv wortwörtlich nichts. Die Stadt wurde von Null und von Hand aufgebaut. Während und nach dem Zweiten Weltkrieg kamen viele Juden nach Israel, Die heute so lebendigen und vollen Strassen haben vor nicht allzu langer Zeit noch nicht existiert. Die rasante Entwicklung in einer so speziellen und ausdrucksstarken Stadt beeindruckt und fordert mich jeden Tag von Neuem.

Ich persönlich verbinde mit Tel Aviv auch zwei Extreme, Hass und Liebe. Einerseits ist es für mich als Schweizerin manchmal immer noch schwierig, mich in dieser lauten, dreckigen, vollen, kunterbunten Stadt zurechtzufinden, und doch ist sie für mich ein Zuhause geworden, das mir so viel Wärme und Wohlgefühl gibt und mir jeden Tag neue Abenteuer zu bieten hat.



EUROPAINSTITUT

Center for Advanced European-Global Studies



Mit **Europa-Wissen** ihre
Berufschancen verbessern

Ihr nächster Karriereschritt mit unseren Weiterbildungsprogrammen:

**Master (MAS) oder Certificate (CAS)
of Advanced Studies in European Integration**

Anmeldungen für das HS laufen

Praxisnah - interdisziplinär - berufsbegleitend - massgeschneidert

Center for Advanced European-Global Studies
University of Basel

Gellertstrasse 27, Postfach, CH-4020 Basel
Tel: +41 (0)61 317 97 67, europa@unibas.ch

www.europa.unibas.ch



UNI
BASEL

Im Zirkel der Macht – Kleinstaat in der UNO

Kleinstaat ist eines der interessantesten Gebilde zeitgenössischer Politik. Das Überleben in den heutigen Strukturen einer komplexen und interdependenten Welt wird zusehends schwieriger, gerade für Staaten mit geringen Ressourcen. Die UNO als multilaterale Ebene ist hierbei eine wichtige Plattform, auf welcher sich auch kleine Staaten wie Liechtenstein oder die Schweiz zu profilieren versuchen.

1945 war ein historisches Jahr, welches das Ende des Zweiten Weltkrieges markierte und zugleich den Beginn einer neuen Ära für die internationale Politik bedeutete – die Gründung der Vereinten Nationen. Der damalige Zusammenschluss von 51 Staaten hat sich bis heute auf 193 erhöht. Das Ziel aller Staaten ist dabei, sich auf der internationalen Bühne Gehör zu verschaffen. Dabei zählt das in der Charta festgelegte Prinzip von «one state – one vote», namentlich die Gleichheit aller Mitglieder, zu den wichtigsten Grundsätzen der Organisation. Gerade Kleinstaat wie die Schweiz (Mitglied der UNO seit 2002) oder Liechtenstein (1990) profitieren davon massgeblich.

Schauplatz des Kräftemessens

Nichtsdestotrotz darf man die Augen über die vorherrschenden Machtverhältnisse nicht verschliessen. Die fünf Vetomächte (P-5) – USA, Russland, Grossbritannien, Frankreich und China – besitzen durch ihr wirtschaftliches sowie politisches Schwergewicht mehr Einfluss in den meisten Themenbereichen. Der Sicherheitsrat ist das beste Beispiel dieser Balance in Schieflage: Fünf permanente Mitglieder teilen sich die Macht, über Frieden und Sicherheit zu entscheiden. Die übrigen zehn nichtständigen Mitglieder – jeweils gewählt für eine zweijährige Periode – können hier und da ein wenig mitreden, haben jedoch ohne Vetorecht kaum eine Chance, sich gegen die P-5 durchzusetzen. Die Wahrscheinlichkeit, dass Liechtenstein überhaupt einmal in diese Auswahl der zehn Ratsmitglieder kommt, ist aufgrund mangelnder Ressourcen für den Wahlkampf quasi gleich null. Die Schweiz wird für die Amtsperiode 2023/2024 kandidieren und versuchen, sich gegen die anderen Kandidaten durchzusetzen. Aus dem Blickwinkel der Realismus-Theorie lohnt es sich für Kleinstaat somit nicht, in multilaterale Verhandlungen zu investieren. Doch die realistische Sicht greift bei der UNO zu kurz: Bereits die Gründung der Organisation sowie der Beitritt von Kleinstaat können nicht durch realistische Theorien erklärt werden. Vielmehr dient der Konstruktivismus als wichtige Grundlage, um das Verhalten von Staaten zu verstehen. Der Grundgedanke dieser Theorie beinhaltet die Annahme, dass soziale Strukturen und Akteure sich gegenseitig beeinflussen und definieren. Die reine Formulierung einer guten Idee führt folglich zur

Konstruktion einer Realität, welche von anderen Parteien übernommen werden kann. Obwohl also das politische Gewicht von Kleinstaat nicht demjenigen der P-5 entspricht, kann durch eine gute Argumentationsstruktur Einiges erreicht werden.

Erfolg durch Argumentation

Die genannte Argumentationsstruktur ist das Kernelement des Erfolges von Kleinstaat. Da die Ressourcen der Ständigen Vertretungen in kleineren Staaten oft begrenzt sind, ist es umso wichtiger, das Personal effektiv einzusetzen und die Plattform der Vereinten Nationen durch clevere und durchdachte Argumentationsweise zu nutzen und sich dadurch einen Vorsprung zu verschaffen. In der UNO ist es aus meiner persönlichen Erfahrung oft der Fall, dass Diplomaten ganz unvorbereitet in Meetings auftauchen. Hat man als Kleinstaat dann den Durchblick in den Dossiers, kann man sich einfacher Gehör verschaffen und somit überzeugen. Der Kleinstaat muss also immer die besseren Argumente im Ärmel haben – gut allein reicht nicht. Um solche Positionen zu schaffen, schliessen sich Kleinstaat auch oft zu Gruppen zusammen, was der Argumentationsweise zu mehr Stärke verhilft.

Da die Ressourcen der Ständigen Vertretungen in kleineren Staaten oft begrenzt sind, ist es umso wichtiger, die Plattform der Vereinten Nationen durch clevere und durchdachte Argumentationsweise zu nutzen

Ein wichtiger Bestandteil der Arbeitstechnik ist zudem die Beziehung zum Aussendienst in der Heimat. Gerade die Ständige Vertretung Liechtensteins bei der UNO hat eine relativ lose Struktur und ist nicht dem Auswärtigem Amt, sondern direkt der Aussenministerin unterstellt. Dadurch hat die Vertretung in New York relative Handlungsfreiheit und ist flexibler im Treffen von Entscheidungen und im Verhandeln von Positionen. Des Weiteren führt die verhältnismässige Unbekanntheit (geringe mediale Präsenz) sowie eine zurückhaltende Aussenpolitik von Kleinstaat zu einer Art von Neutralität, wodurch das

Land oft unvoreingenommen in Verhandlungen steigen kann und auch so wahrgenommen wird. Man sollte sich jedoch bewusst sein, dass der Erfolg von Kleinstaaten in der multilateralen Politik vom Einsatz des jeweiligen Landes abhängig ist. Ich wage es zu sagen, dass Kleinstaaten die doppelten Anstrengungen aufwenden müssen, jedoch dann eine Position erreichen können, in der sie tatsächlich Einfluss ausüben können. Nicht alle Kleinstaaten sind bereit, diesen Aufwand zu betreiben. Umso besser ist es für die Schweiz und Liechtenstein, sich einen Ruf als engagierte Länder zu machen.

Die mutigen Small Five

Das beste Beispiel solcher Bemühungen von Kleinstaaten ist die Gruppe der Small Five (S-5). Jordanien, Liechtenstein, Singapur, Costa Rica und die Schweiz haben sich 2005 mit dem Ziel zusammengeschlossen, das Arbeitsverfahren des Sicherheitsrates zu reformieren. Ihr Hauptanliegen sind mehr Transparenz, Rechenschaftspflicht sowie höhere Leistungsfähigkeit des Rates. Anders gesagt strebt die Gruppe nach dem Zugeständnis des Sicherheitsrates für die Gewährung einer grösseren Rolle der truppenbeitragenden sowie finanziell unterstützenden Länder im Prozess der Bearbeitung der Mandate. Ausserdem fordern die S-5 einen besseren Zugang zu Informationen für interessierte oder direkt betroffene Staaten und das freiwillige Verzicht der P-5 auf die Vetostimme im Falle von Genoziden oder anderen schweren Verletzungen von Menschenrechten. Die ausgearbeitete Resolution dazu sollte ein erstes Mal 2005 und ein weiteres Mal 2012 in der Generalversammlung zur Abstimmung kommen. Wie man sich bereits denken kann, waren die P-5 nicht allzu begeistert von der Idee eines eingeschränkten Vetorechts. Nichtsdestotrotz fühlten sie sich unter Druck gesetzt und führten etliche informelle Verhandlungen mit den S-5. Obwohl die Resolution nicht zur Abstimmung kam, kann die S-5 Gruppe etliche Erfolge aufzeigen. Auf Druck dieser fünf Kleinstaaten wurde eine präsidentielle Note angenommen, welche ein Entgegenkommen der P-5 im Bereich Transparenz zur Folge hatte. Neu eingeführt wurden dadurch die hoch geschätzten Vorschau- und Wrap-up-Sessio- nen zum monatlichen Programm des Rates sowie etliche weitere Verbesserungen der Arbeitsmethoden. Natürlich ist es auch bereits als Erfolg zu bezeichnen, dass sich die P-5 auf Verhandlungen mit den S-5 einliessen. Die S-5 Gruppe wurde 2012 aufgelöst, befindet sich jedoch gerade unter der Leitung der Schweiz in einer Phase der Neuformierung. Die Gruppe umfasst mittlerweile 20 Mitglieder, welche sich auf thematische Schwerpunkte aufteilen und mit diesen Themen arbeiten. Während die Schweiz für die generelle Organisation zuständig ist, führt Liechtenstein einen Zusammenschluss von zehn Staaten an, welcher das Thema Rechenschaftspflicht des Vetoeinsatzes der P-5 adressiert. Die S-5 Gruppe sowie ihr Nachfolger ist das beste

Beispiel für den Einfluss von Kleinstaaten: Zeigt man genug Ehrgeiz und Engagement, lassen sich sogar die mächtigen P-5 von realpolitischen Fliegengewichten einschüchtern und zu Zugeständnissen bewegen.

Liechtenstein und die Schweiz,

oder die Schweiz und Liechtenstein, da letzterer oft als 27. Kanton der Schweiz betrachtet wird. Aus Sicht vieler Schweizer hat Liechtenstein keine eigenen politischen Interessen, sondern passt sich oft der Schweiz an. Damit wird dem fürstlichen Nachbarland jedoch Unrecht getan. Liechtenstein hat eine eigene Politikagenda, was im internationalen Umfeld der Vereinten Nationen besonders augenfällig wird. Liechtenstein und die Schweiz sind hier Partner und teilen oft gemeinsame Interessen, verfolgen aber ihre Ziele unabhängig voneinander. Folgende Beispiele sollen dies illustrieren.

Jordanien, Liechtenstein, Singapur, Costa Rica und die Schweiz haben sich 2005 mit dem Ziel zusammengeschlossen, das Arbeitsverfahren des Sicherheitsrates zu reformieren

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen befasst sich neben den länderspezifischen Dossiers (Bsp. Mali oder Syrien) auch mit generellen Fragen und Anliegen. Themen wie Frauen, Frieden und Sicherheit, der Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten sowie Kinder und bewaffnete Konflikte stellen dabei die Eckpfeiler der «Schutzagenda» des Sicherheitsrates dar. Ein Problem dieser Struktur liegt bei der Integration der thematischen Entscheide in die länderspezifischen Dossiers. Das fehlende Knowhow der Schreiber der Sicherheits-Mandate führt oft zum Weglassen der Rechte der Kinder, Frauen oder Zivilbevölkerung in der definitiven Ausformulierung der Mandate. Liechtenstein hat deshalb zum Thema Kinder und bewaffnete Konflikte einen Workshop organisiert. 47 Personen nahmen daran teil, darunter zehn Sicherheitsratsmitglieder inklusive USA, Russland, Frankreich und Grossbritannien sowie diverse UNO-Organisationen und NGOs. Die Diskussionen zwischen den Teilnehmern waren äusserst konstruktiv und zeigten Möglichkeiten der Verbesserung auf. Klarer Erfolg dieses Workshops ist dabei das Somalia-Mandat, welches am 6. März vom Sicherheitsrat auf zwölf Monate verlängert wurde. Das Mandat enthält einen expliziten Paragraphen zum Schutz von Kindern und Frauen, worin u.a. der Einsatz eines Kindersowie Frauenschutzbeauftragten gutgeheissen wird. Diese detaillierte Erwähnung ist direkt auf die Empfehlung des Workshops zurückzuführen, gerade auch deshalb, da der Verfasser des Mandates – Grossbritannien – an dem Workshop teilgenommen hat. Parallel zu diesem Workshop hat Liechtenstein eine iPhone-Applikation entwickelt, welche

die thematischen Resolutionen des Sicherheitsrates über die Situation von Kindern und bewaffneten Konflikten in effizienter Weise aufschlüsselt und somit dem Schreiber des jeweiligen länderspezifischen Mandates die Möglichkeit gibt, die sich aus den Resolutionen ergebenden Verpflichtungen miteinzubeziehen.

Liechtensteins Engagement führte zu einem konkreten Schritt der Verbesserungen im Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten bei Sicherheitsrats-Mandaten und öffnete die kritische Diskussion über die noch vorhandenen Mängel zwischen thematischen und länderspezifischen Dossiers.

traditionellen Organen der Gleichheit der Staaten, wie der Generalversammlung, zu verorten, sondern auch in eher intransparenten Organen wie dem Sicherheitsrat.

Die Autorin macht nach ihrem Bachelorabschluss zur Zeit ein Praktikum als Advisor bei der Ständigen Vertretung Liechtensteins zu den Vereinten Nationen in New York.

Kleinstaat können ihren machtpolitischen Nachteil bei entsprechendem Engagement in einen Vorteil umkehren und einen beachtlichen Einfluss ausüben

Die Schweiz leistete einen ähnlichen Beitrag: Die aktuellen Zahlen des Syrienkonfliktes schockieren – mehr als 1 Million syrischer Flüchtlinge in den Nachbarländern, rund 3.6 Millionen Flüchtlinge im eigenen Land und schätzungsweise 70'000 Tote. Und trotzdem ist aufgrund der politischen Pattsituation im Sicherheitsrat keine Beendigung dieses Schreckensszenarios in Sicht. Das Zeitfenster für eine einfachere Lösung – falls es diese jemals gab – hat sich geschlossen. Die immer komplexer und tiefer werdende Krise verlangt humanitären, politischen und militärischen Beistand der internationalen Gemeinschaft. Einen Schritt in die Richtung einer Lösung des Konflikts stellt die Überweisung der Situation Syriens an den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag dar, welcher begangene Kriegsverbrechen sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit untersuchen würde. Da Syrien kein Vertragsstaat des ICC ist, kann dieser ohne eine offizielle Überweisung des Sicherheitsrates keine Ermittlungen starten. Die Schweiz als starke Befürworterin einer solchen Überweisung hat einen Brief initiiert, welcher den Sicherheitsrat aufruft, hierzu eine Resolution zu verabschieden. Über 50 Staaten haben den Brief mitunterschrieben, darunter Grossbritannien und Frankreich als P-5 Staaten. Das Drängen einer solch grossen Anzahl Staaten übt grossen politischen Druck auf den Sicherheitsrat aus, wobei ein zusätzlicher medialer Effekt zum Thema geschaffen wird.

Zusammenfassend kann man sagen, dass Kleinstaat von anderen Nationen oft unterschätzt werden. Wie die Beispiele zeigen, können Kleinstaat ihren machtpolitischen Nachteil bei entsprechendem Engagement in einen Vorteil umkehren und einen beachtlichen Einfluss ausüben. Dieser Einfluss ist interessanterweise nicht nur in

SCIENCE CHINA
BRITISH

Alpine Agrargesellschaften und extreme Naturereignisse

Extreme Naturereignisse waren für die vormodernen Agrargesellschaften des Alpenraums keine Seltenheit. Durch das wiederholte Erleben von Katastrophen entwickelten sie eine Risikokultur, in der sie mit vielfältigen Massnahmen den Naturgefahren begegneten. Nidwalden soll als Fallbeispiel aus der historischen Katastrophen- und Klimafolgenforschung dienen.

Die in den alpinen Gebieten siedelnden Gruppen standen von Beginn der Kolonisierung extremen Naturereignissen viel direkter gegenüber, als wir es uns heute vorstellen können. An den Berghängen können innerhalb kürzester Zeit grosse Niederschlagsmengen ausregnen, die unter anderem Wildbäche anschwellen lassen und Murgänge und Hangrutschungen auslösen. Gleichzeitig bot die Siedlungslage an den Fließgewässern aber auch ökonomische Vorteile durch den Bau von Mühlen oder durch die Flösserei. Die Talbewohner mussten zwischen diesen Risiken und Vorteilen abwägen. Sie waren Naturgefahren jedoch nicht schutzlos ausgeliefert, sondern verringerten durch aktive Massnahmen die eigene Verwundbarkeit. Der Erforschung solcher Mensch-Umwelt-Beziehungen widmet sich u.a. die Umweltgeschichte als Schnittstelle zwischen den Geschichts- und den Umweltwissenschaften. Im vorliegenden Beitrag soll in einem Längsschnitt der Umgang mit Überschwemmungen und Überschwemmungsrisiken im Kanton Nidwalden in den letzten 600 Jahren aufgezeigt werden.

Allein im 18. Jhd. ereigneten sich in Nidwalden mindestens sechs nachweisbare Überschwemmungen, im 19. Jhd. deren elf. Jedes Mal wurden Felder übersart und auf Jahre unbenutzbar gemacht, Ernten zerstört und Vieh getötet, Häuser, Brücken und Strassen fortgerissen. Welche Herausforderungen dies für die Bevölkerung des damals armen und agrarisch geprägten Kantons darstellte, ist heute kaum noch vorstellbar. Gleichzeitig zeigt sich im Umgang mit Überschwemmungen auch die Doppelnatur von Katastrophen: Kurzfristig führen sie zu grossen Entbehrenungen, mittelfristig können sie aber zu einem erhöhten Handlungsdruck führen, durch den innovative Massnahmen umgesetzt werden, die die Verwundbarkeit wiederum langfristig verringern können.

Traditioneller Umgang mit Risiken

Für die Zeit vor dem Mittelalter liegen nur wenige Hinweise auf den Umgang mit Naturgefahren vor. Die historische Siedlungsforschung zeigt jedoch, dass bevorzugt höher gelegene Gebiete wie Schwemmkegel besiedelt wurden, die bei Überschwemmungen der Talflüsse kaum betroffen waren. Traten extreme Naturereignisse ein, wurden diese

vor allem in der Frühen Neuzeit als Gottesstrafe für Tabubrüche gewertet. Bis heute findet sich diese Weltansicht in den lokalen Märgen und Sagen, die teilweise eine tradierte Form der Deutung von Naturereignissen darstellen. In die Sage des Dallenwiler Steinibachhundes scheinen beispielsweise vergangene Erfahrungen mit Murgängen eingeflossen zu sein, deren grollende Geräusche als Rasseln der Ketten des gewaltigen Hundes gedeutet wurden und zur Flucht mahnten. Durch Naturbeobachtungen konnten so ohne genaue Kenntnisse der natürlichen Prozesse Verhaltensmuster tradiert werden, die die Verwundbarkeit gegenüber Gefahrenprozessen reduzieren sollten.

Welche Herausforderungen dies für die Bevölkerung des damals armen und agrarisch geprägten Kantons darstellte, ist heute kaum noch vorstellbar

Transzendente Weltbilder schlossen menschliche Gegenmassnahmen aber keineswegs aus. Insbesondere ab dem Spätmittelalter wurde die Vermeidungsstrategie verstärkt und um aktive Eingriffe ins Flusssystem erweitert. Nachdem 1438 die Engelberger Aa den ökonomisch bedeutenden Stanserboden verheerte, schlossen sich die Korporationen zu einem gemeinsamen Vorgehen zusammen – ein beachtenswerter Vorgang, da die einzelnen Korporationen eigentlich nur für ihre eigenen Gebiete sorgten, da Arbeitskräfte, Kapital und Zeit nur sehr begrenzt vorhanden waren. Ab 1471 wurden als eine der frühesten in der Schweiz nachgewiesenen Eingriffe in ein Flusssystem in Handarbeit zwei der damals drei Flussarme trockenengelegt. Noch heute folgt die Aa dem damals angelegten Lauf. In der Folge wurde der Stanserboden entsumpft und die ehemaligen Flussarme als Allmende ausgeschieden und über viele Jahre fruchtbar gemacht. Jedoch war das Gebiet, das den nun einzigen Flussarm umgibt, durch den erhöhten Abfluss umso stärker hochwassergefährdet. Die Obrigkeit reagierte auf die Proteste der Anrainer mit der Einführung der Wuhrpflicht. Wuhren bestanden entweder aus Flechtwerk oder Steinplatten, die in der Böschung befestigt wurden und Erosion oder Mäandrieren verhindern sollten. Ihr Unterhalt war anfänglich eine privatrechtliche Ange-

legenheit und daher war jeder Flusserainer selbst für die Instandhaltung nach eigenem Erachten verantwortlich. Dafür durften sie den Fluss z.B. für den Fischfang nutzen. Durch die Wuhrpflicht waren die Anrainer nun zur Instandhaltung durch Fronarbeit gezwungen – eine privatrechtliche Befugnis wurde zu einer öffentlich-rechtlichen Verpflichtung.

In einer Zeit, in der es noch keine Elementarschadenversicherung gab und nur geringe Überschüsse in der Landwirtschaft generiert wurden, bedeuteten solche Ereignisse zwar selten den Tod aber Entbehrungen auf Jahre hinaus

Ein Landgesetz von 1579 verbot den Korporationen aber darüberhinausgehende Schutzmassnahmen in der Form eines Schutzwalls, weil so zu viel Ackerland und Arbeitskraft verloren gegangen wäre. Überschwemmungen im Jahr 1784 führten aber zu einem erneuten Zusammenschluss der Korporationen wie bereits 300 Jahre zuvor. Dieses Mal kämpften sie in einer langen gerichtlichen Auseinandersetzung für die Aufhebung dieses Landgesetzes und für ihr Recht, einen Schutzwall bauen zu können. Trotz einem juristischen Sieg nahmen sie die Gelegenheit zum Bau jedoch nicht wahr, was sich nur wenig später rächen sollte ...

Bewältigungsstrategien während der Akutphase

Als Akutphase wird gemeinhin die Zeitspanne verstanden, die ca. zwölf Stunden ab dem Einsetzen des Ereignisses umfasst. Während dieser Phase erhalten v.a. Sicherungs-, Evakuations- und schon erste provisorische Reparaturmassnahmen oberste Priorität. In Nidwalden stellt insbesondere die Aa-Biegung, an der sich der Fluss vor 1471 in drei Arme teilte, die fragilste Stelle der Schutzmassnahmen dar. Im talaufwärtsliegenden Dallenwil fliessen nacheinander zwei Wildbäche in die Aa, die bei starken Niederschlagsereignissen grosse Geschiebemengen mitführen können. Im Übergang der steilen Wildbäche zur flachen Aa ändert das Gefälle so stark, dass die Transportkapazität abrupt abbricht und an der Aa-Biegung ein Grossteil des Geschiebes abgelagert wird. Dadurch wird das Gerinne aufschottert und die Aa kann wie über eine Rampe über die Böschung treten und den Stanserboden überschwemmen. Die meisten Massnahmen der Akutphase fanden an diesem Abschnitt statt. Dabei ist bis zum Beginn des 20. Jhd. eine klare Geschlechtertrennung nachweisbar: Frauen und Kinder waren für die Rettung der Wertsachen und des Viehs durch Flucht in höher gelegene Gebiete zuständig, während die Männer am Fluss versuchten, die Wuhren zu stabilisieren. Selbst im 20. Jhd. wurden dafür noch Tannen

gefällt und an den Wuhren befestigt, um die Erosion der Böschung zu verhindern.

Bis zur Einführung moderner Kommunikations- und Transportmittel fanden diese Sicherungsarbeiten durch die lokale Bevölkerung an den gerade gefährdetsten Stellen ihrer Siedlung statt. Die Arbeitskraft reichte aber vielfach nicht aus, so dass die Entsendung von Hilfsmannschaften angefordert werden musste. Sturmglöcken riefen die Bevölkerung an die jeweils gefährdetsten Stellen, durch Kanonenschüsse kamen selbst Hilfsmannschaften aus Schwyz über den Vierwaldstättersee nach Nidwalden gerudert. Selbst Gebete und Wallfahrtsgelobigungen scheinen bis ins 19. Jhd. als Hilfsmittel gegen die Fluten angesehen worden zu sein. Erst nach der Einführung der Telegraphie und maschineller Hilfsmittel konnten die Arbeiten der Akutphase besser koordiniert und ausgeführt werden. So konnten z.B. 1910 Armeedetachements aus Basel-Stadt und bis zu 700 Helfer angefordert und gezielt eingesetzt werden, während vorher jeweils nur ca. 50 Personen ihr Bestes versuchten.

Schadensbewältigung

Die erhöhte Lage der Siedlungen schützte die Gebäude und Menschen meist zuverlässig vor direkter Schadenwirkung durch die Aa. Die Wildbäche und darin abgehenden Murgänge konnten aber durchaus – wie z.B. 1806 in Dallenwil – auch die Siedlungen betreffen und grossen Schaden anrichten. Dennoch liegen kaum Berichte über Verletzte oder Tote bei solchen Ereignissen vor. Die Anzahl Toter darf aber nicht als einziger Indikator für die Schwere einer Katastrophe herangezogen werden. Vielmehr richteten die Überschwemmungen durch die Überflutung und Übersarung der Felder ökonomische Schäden an. Dass insbesondere Sommergewitter zu Hochwassern und Überschwemmungen führten, hatte zur Folge, dass vielfach die Ernten noch auf den Feldern lagen und zerstört wurden. 1806 wurden beispielsweise auch über 800 Obstbäume, die wichtige Vorräte für den Winter lieferten, weggeschwemmt. Besonders stark wirkte sich auch das Zusammentreffen der Überschwemmungen von 1846 mit der in diesen Jahren grassierenden Kartoffelfäule aus, durch die in Irland eine Million Menschen verhungerten und die auch Nidwalden heimsuchte. Die ohnehin kümmerliche Kartoffelernte wurde bei der Überschwemmung grösstenteils zerstört. In einer Zeit, in der es noch keine Elementarschadenversicherung gab und nur geringe Überschüsse in der Landwirtschaft generiert wurden, bedeuteten solche Ereignisse zwar selten den Tod aber Entbehrungen auf Jahre hinaus.

Jedoch existierten lange Spendensammlungstraditionen, die auf Reziprozität mit anderen eidgenössischen Ständen und Nachbarschaftshilfe beruhten. Getragen wurden diese sogenannten Liebesgabensammlungen v.a. vom Klerus, der durch Aufruf der Obrigkeit in Predigten zu

Spenden mahnte. Auch heute noch wird diese Spendentradition z.B. in der Form der Glückskette weitergeführt. Das jeweilige Spendenergebnis war aber sehr stark abhängig von der politischen Lage oder den ökonomischen Verhältnissen der Spender. Nach den schweren Überschwemmungen und der Verwüstung Dallenwils durch einen Murgang 1806 fanden Sammlungen für Nidwalden gleichzeitig mit denjenigen für die Opfer des sich nur drei Wochen später ereigneten Bergsturzes von Goldau statt, bei dem beinahe 500 Menschen ums Leben kamen. Dies verhalf der Sammlung für das kleine Nidwalden zu Aufmerksamkeit bis ins Ausland und führte zu einem bis zum damaligen Zeitpunkt in der Schweizer Geschichte unerreichten Deckungsgrad von ca. 28 Prozent der Schäden durch Spendengelder. Dass die «Nidwaldner Schreckenstage» des Franzoseneinfalls mit über 400 Toten und über 600 zerstörten Häusern nur acht Jahre zurücklagen, erhöhte das Mitgefühl und die Spenden zusätzlich. Ganz anders verliefen die Sammlungen von 1846, als einerseits in den anderen Ständen durch die Kartoffelfäule selbst Mangel gelitten wurde und andererseits durch die politischen Konflikte im Vorfeld des ein Jahr später ausbrechenden Sonderbundkrieges kaum grosse Sympathie herrschte. In der Folge besuchten sogar Vertreter der standesbewussten Obrigkeit persönlich die verschont gebliebenen Haushalte, um wenigstens um kleine Spenden für die Opfer zu bitten – ein bemerkenswertes Zeugnis der Not jener Tage. Das Spendenergebnis blieb dennoch minimal und vermochte die Schäden nicht einmal im Ansatz zu decken. Für die Folgejahre ist eine verstärkte Auswanderungswelle zu verzeichnen, in der über 7 Prozent der NidwaldnerInnen auswanderten und die zumindest zum Teil durch die Ereignisse von 1846 verstärkt wurde. Bei der grossen «Landeskalamität» 1910 hingegen waren weite Teile der Schweiz von Überschwemmungen betroffen und die Spendensammlung unter der Führung des Bundesrates und eines Komitees der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft erzielte so hohe Spendenergebnisse, dass die Nidwaldner Schäden zu rund 35 Prozent gedeckt werden konnten. Bis zur Einführung von Versicherungen und Hilfsfonds konnten die Betroffenen also niemals sicher sein, ob oder zu welchem Teil ihr Schaden gedeckt werden würde.

Umdenken für «ewigen» Schutz

Um Zerstörungen durch Überschwemmungen gar nicht erst entstehen zu lassen, wurden seit jeher Eingriffe in die natürlichen Gewässernetze vorgenommen. Ausser der Korrektur der Aa um 1471 waren diese Schutzmassnahmen lokaler Natur und wurden meist unkoordiniert und durch Einzelpersonen vorgenommen, was aber oft die Gefahr für weiter flussabwärts liegende Gebiete erhöhte. Die schweren Überschwemmungen von 1806 stellten jedoch einen Wendepunkt hinsichtlich der Umsetzung umfassender Schutzkonzepte dar. Seit langem wurden nun wieder

grössere Verbauungsmassnahmen der Aa und einzelner Wildbäche angegangen. Diese fanden vorrangig im Winter statt, wenn die Korporationen auf genügend freie Arbeitskraft der Bauern zurückgreifen konnten. Die Arbeiten liefen jedoch noch immer unkoordiniert ab und mangelnde wasserbauliche Kenntnisse lassen auch an der Wirksamkeit der Massnahmen zweifeln. 1831 und insbesondere 1846 kam es dann erneut zu schweren Überschwemmungen, die deutlich machten, dass mit der Verbauung der Böschungen alleine kein Schutz gewährleistet war. Dass der Stanserboden innerhalb von 40 Jahren nun zum dritten Mal mit den Folgen von Überschwemmungen zu kämpfen hatte, führte zum endgültigen Überwinden des fragmentierten Wasserbaus, bei dem sich die einzelnen Korporationen und Liegenschaftsbesitzer nur um den Schutz ihrer eigenen Gebiete kümmerten. Die Korporationen und die Obrigkeit schlossen sich zusammen und arbeiteten Pläne zum Bau eines grossen Hinterdamms aus, für den die Korporationen bereits 1784 vor Gericht kämpften. Zwischen 1847 und 1851 wurden in tausenden Frondiensttagen von Hand Hinterdämme aufgeschüttet und die Wuhren weiter verstärkt. Zusätzlich wurden Baumreihen und sogar ganze Wäldchen in Flussnähe angepflanzt, um im Ernstfall aus der nächsten Nähe auf Material für Sicherungsarbeiten zurückgreifen zu können. Selbst auf der rechtlichen Ebene wurde in einer Verordnung geregelt, welche Gemeinde wie viele Arbeiter im Notfall zu stellen hat und welche Massnahmen getroffen werden müssen. Damit wurden nun nicht mehr einfach Reparaturmassnahmen im Nachhinein vorgenommen, sondern aktiv Schutzmassnahmen getroffen, die sich nicht nur an den Grössen der zurückliegenden Ereignisse orientierten, sondern prospektiv noch unbekannte Ereignisdimensionen abdecken sollten. Die Bauarbeiten stellten aber eine so grosse Belastung für die Korporationen dar, dass die Anstrengungen nach 1851 stark nachliessen. Als aber 1868 bei den schweren Überschwemmungen im Alpenraum mit 50 Toten und einer Schadenssumme von fast einer Milliarde Franken (nach heutigem Wert) in Nidwalden Überschwemmungen und Schäden ausblieben, schien die Zweckmässigkeit des Hinterdamms bewiesen. Bis 1876 wurden die bestehenden Dämme daher erneut in über 10'000 Frondiensttagen ausgebaut und Nidwalden blieb weiterhin vor Überschwemmungen grösstenteils verschont. Erst in den 1970er Jahren wurden die Reste dieses Damms eingeebnet.

Trotz Jahrhunderten zeitlicher Distanz sind uns die Erlebnisse dieser vormodernen Gesellschaften plötzlich wieder ganz nah

Dem Hochwasser von 1910 vermochten die Dämme dennoch stand zu halten. Durch Bundessubventionen und Maschinen standen nun aber Mittel zur Verfügung,

mit deren Hilfe die Aa und die Wildbäche grundlegend begradigt, verbaut und reguliert werden konnten – wiederum im Glauben, dass so ein ewiger Schutz gewährleistet werden kann. Bis 1987 schien dieser Anspruch durchaus berechtigt, bis die alpenweiten Überschwemmungen dieses Jahres ein schweizweites Umdenken anstießen. Seither gilt im Schweizerischen Naturgefahrenschutz das Paradigma, dass eine absolute Sicherheit niemals möglich ist. Daher wird darauf hingearbeitet, eine neue Risikokultur im Umgang mit Naturgefahren zu etablieren. In der Raumplanung werden nun stark gefährdete Gebiete gemieden

und Überschwemmungen dort zugelassen, wo keine Menschenleben oder hohe Sachwerte gefährdet sind. Unbewusst nähern wir uns damit wieder einem Risikodenken an, wie es die vormodernen Gesellschaften im Alpenraum bereits seit Jahrhunderten gelebt haben. Trotz Jahrhunderten zeitlicher Distanz sind uns die Erlebnisse dieser vormodernen Gesellschaften plötzlich wieder ganz nah.



Aufräumarbeiten nach dem Hochwasser 1910 im Raum Oberdorf. [StA NW: OD 104-1 (Fotosammlung Glasplatten Innerschweiz)]



Hochwasser der Engelberger Aa 2005. Vergleichbar mit 1846 und 1910. [© Schweizer Luftwaffe]

Und es ward Licht!

Warum besteht die Erde nicht rein aus Eisen? Warum gibt es verschiedene Elemente wie Kohlenstoff, Kupfer, Uran oder die Elemente der Seltenen Erden? Diese harmlos wirkenden Fragen sind überraschend kompliziert. Die Astrophysik ist imstande zur Beantwortung beizutragen und kann Prozesse beschreiben, wie sich verschiedene Elemente bilden konnten.

Es gibt nur einen Prozess, um schwere Elemente, das heisst Atome mit grossen Kernen, zu synthetisieren: die Kernfusion. Damit solche Prozesse stattfinden können, sind extrem hohe Temperaturen erforderlich. Solch extreme Bedingungen künstlich zu schaffen, ist äusserst schwierig – weshalb sich auch beispielsweise die Entwicklung von Fusionsreaktoren immer weiter verzögert. Die Frage, wie Elemente entstehen können, ist daher eine Suche danach, wo und wann diese Voraussetzungen erfüllt waren. Die Antworten sind im Weltall zu finden.

Unter anderem befasst sich die Kosmologie, ein Untergebiet der Astrophysik, mit solchen Fragen. Im Verlauf der letzten Jahrzehnte hat sich ein Standardmodell der Kosmologie, welches in diesem Artikel beschrieben wird, herausgebildet: die sogenannte *Concordance Cosmology*. Die Luft für alternative Theorien ist aufgrund verschiedenster kosmologischer Proben, welche das Standardmodell bestätigen, dünn. Hoffnungsschimmer für ergänzende oder radikal neue Theorien sind aber die kürzlich veröffentlichten Daten des PLANCK-Satelliten, der die kosmische Hintergrundstrahlung – ein Relikt des frühen Universums und eine Folge des Urknalls – im Universum ausmisst. Die nächsten paar Jahre könnten daher überraschungsreicher für die Kosmologie sein, als bis vor kurzem noch erwartet werden konnte. Im Rahmen dieses Standardmodells ist es möglich, zumindest skizzenhaft, die Geschichte des Universums zu erzählen. Vieles muss jedoch noch weiter erforscht werden. Neben der Astrophysik liefert auch die Teilchenphysik Einblicke in die Prozesse, die bei extremen Bedingungen möglich sind – Bedingungen, wie sie kurz nach dem Urknall oder bei wuchtigen Sternexplosionen herrschen. Für die Kosmologie sind deshalb auch Experimente, wie sie an grossen Beschleunigern wie dem LHC am CERN durchgeführt werden, äusserst wichtig.

Der Anfang von allem – der Urknall

Jede grosse Geschichte beginnt lange vor unserer Zeit, die vielleicht grösste von allen vor circa 13.8 Milliarden Jahren. In den ersten Sekundenbruchteilen nach dem Urknall ist nur pure *Energie*, die man sich als extrem hohe Temperatur vorstellen kann, vorhanden. Die physikalischen Gesetze, die unsere Welt und das Universum heute beschreiben, gelten bei solch extremen Bedingungen nicht. Die Theorien, die

versuchen, diese ersten Sekundenbruchteile zu beschreiben, sind allesamt höchst spekulativ. Als einigermassen gesichert gilt, dass in dieser Zeit Elementarteilchen wie beispielsweise *Quarks, Neutrinos und Elektronen* entstanden sind, dass sich das noch winzige Universum rasend schnell ausbreitete und – weil die gleiche Energie auf ein grösseres Volumen verteilt wird – auch ebenso schnell abkühlte.

Erst nach ungefähr einer Nanosekunde wird es langsam

Jede grosse Geschichte beginnt lange vor unserer Zeit, die vielleicht grösste von allen vor circa 13.8 Milliarden Jahren

möglich, die Ereignisse physikalisch besser zu beschreiben. Aufgrund der rapiden Abkühlung des Universums waren zu dieser Zeit nur noch die leichtesten Elementarteilchen, in welche die schwereren Teilchen aufgrund der tieferen Temperatur zerfallen, vorhanden. Diese schlossen sich nach und nach zu Protonen und Neutronen, den zwei Bausteinen von Atomkernen, zusammen. Nach etwa einer Sekunde hatten sich Protonen und Neutronen gebildet. Zu diesem Zeitpunkt bestand das Universum nur aus diesen Teilchen und leichten Elementarteilchen wie Photonen, Neutrinos und Elektronen. Das Universum selbst war noch viel zu heiss, als dass sich Protonen und Neutronen durch die Kernfusion zu schwereren Atomkernen hätten zusammenschliessen könnten. Erst zehn Sekunden nach dem Urknall bildete sich mit Deuterium ein solches Element. Die neugebildeten Kerne zerfielen jedoch nach kurzer Zeit wieder aufgrund der sehr hohen Temperatur. Zwei Minuten mussten vergehen, bis das Universum kühl genug war, damit Deuterium stabil sein konnte. Dann ging es schneller voran. Alle freien Neutronen verbanden sich mit Protonen zu Deuterium. Daraus entstanden dann weitere Elemente wie Helium und Spuren von Lithium und Beryllium.

Etwa 20 Minuten nach dem Urknall endete die Elementsynthese, weil das Universum mittlerweile zu kalt für Kernfusionen war. Zu diesem Zeitpunkt waren praktisch nur Wasserstoff und Helium vorhanden. Schwerere Elemente bildeten sich erst sehr viel später inmitten von Sternen.

Dunkle Materie – Galaxien entstehen

Eine wichtige Komponente des Universums wurde bis anhin nicht erwähnt: die sogenannte *Dunkle Materie*. Diese macht etwa einen Viertel des heutigen Universums aus. Materie, wie wir sie kennen – die sogenannte *baryonische Materie*, aus welcher Planeten, Sterne und auch wir Menschen bestehen – bildet gerade einmal einen vierprozentigen Anteil des Universums. Die verbleibenden rund 70 Prozent werden von einer weiteren Energieform ausgefüllt: der mysteriösen *Dunklen Energie*, über die kaum etwas bekannt ist. Glücklicherweise, da sie sonst möglicherweise so einiges verkomplizieren könnte, ist sie, für die Zeiten, als sich Galaxien gebildet haben, vernachlässigbar. Sie wird vor allem die zukünftige Entwicklung des Universums bestimmen.

Zurück zur Dunklen Materie. Es ist immer noch unklar, woraus sie besteht. Man weiss lediglich, dass es etwas sein muss, was wir noch nicht kennen. Einige Eigenschaften, die diese hypothetische Materieform besitzen muss, sind jedoch bekannt. Galaxien sind in weitaus grössere, relativ dichte Ansammlungen – sogenannte *Halos* – dieser Dunklen Materie eingebettet. Solche Halos sind eine Voraussetzung, damit sich Strukturen wie Galaxien bilden können. Zusätzlich braucht es Gas, welches anfangs noch hauptsächlich aus Wasserstoff und Helium besteht, das sich im Zentrum dieser Halos sammelt. Dieses Gas kann, sofern Menge und Grösse stimmen, Sterne bilden. Eine Galaxie ist geboren! Die Details sind allerdings bis heute noch nicht bekannt. 100 Millionen Jahre vergingen nach dem Urknall, bis die ersten Sterne zu leuchten begannen.

Verschiedene Sternengenerationen

Schwere Elemente gab es zu diesem Zeitpunkt noch immer praktisch keine. Um diese zu synthetisieren braucht es natürliche Fusionsreaktoren, eben *Sterne*. Im Sterninneren herrschen ideale Bedingungen, um zuerst Wasserstoff zu Helium und danach schrittweise schwerere Kerne bis und mit Eisen zu fusionieren, was nach dem Urknall wie erwähnt nicht möglich war. Die frei werdende Energie strahlen Sterne ab und spenden so Wärme und Licht.

Damit Elemente entstehen, die wie beispielsweise Uran noch schwerer sind als Eisen muss vorher ein Stern sterben. Gegen Ende ihres Lebens blähen sich Sterne auf ein Vielfaches ihrer ursprünglichen Grösse auf – ein letztes Aufbäumen vor ihrem unausweichlichen Ende. Sie werden dabei so gross, dass ihre äusseren Schichten nicht mehr zurückbehalten werden können und weggeblasen werden. Sobald die Kernfusion im Inneren der Sterne nicht mehr aufrechterhalten werden kann, kollabieren sie. Sind sie in dieser Phase noch schwer genug, kann dieses schnelle Schrumpfen zu einer heftigen Gegenreaktion führen: einer *Supernova*; der Stern explodiert. Dabei herrschen solch extreme Bedingungen, dass auch die Fusion sehr schwerer Elemente möglich ist. Durch die Explosion wird

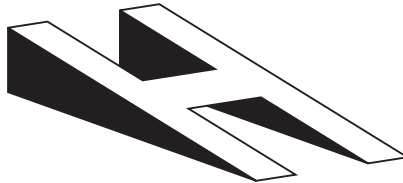
dieses Material in alle Richtungen ausgeworfen und kann von zukünftigen Sternen und ihren Planeten eingebunden werden.

Die Zukunft des Universums ist wesentlich unklarer. Auf die Kosmologie warten also noch viele Aufgaben

Unserer Sonne droht kein solches Schicksal: Sie ist viel zu klein, um in eine Supernova aufzugehen. Sie wird, nachdem sie sich aufgebläht hat, langsam schrumpfen und auskühlen. Sie wird zu einem sogenannten *Weissen Zwerg*. Da sich die Sonne aber erst etwa in der Hälfte ihres Lebens befindet, wird dies nicht in absehbarer Zukunft geschehen.

Wie wir wissen, bestehen unser Planet wie auch die Sonne nicht nur aus Wasserstoff und Helium. Da schwerere Elemente wie erwähnt Reste älterer Sterne sind, kann die Sonne nicht zur allerersten Generation von Sternen gehören, die sich nur aus den besagten leichten Elementen zusammensetzen. Deshalb geht man davon aus, dass die Sonne bereits zur dritten Sternengeneration gehört. Ihre Vorgänger, heute relativ alte Sterne, lassen sich unter anderem noch im Zentrum von Galaxien beobachten. Von der ersten Generation von Sternen fehlt bis jetzt aber noch jede Spur. Da es aber relativ kurzlebige Sterne sein müssen und sich Sterne individuell nur in den allernächsten Galaxien – welche etwa das gleiche Alter wie die Milchstrasse haben – beobachten lassen, ist dies aber auch nicht weiter erstaunlich. Auch dieses Rätsel wird jedoch gelöst werden.

Hier endet die Geschichte vorläufig. Aus einer mikroskopisch kleinen, unglaublich heissen Region ist das Universum entstanden, worauf es sich rasant ausgebreitet hat. Als es kühl genug war, konnten sich Strukturen wie Galaxien und innerhalb dieser die ersten Sterne bilden. Diese lieferten ihrerseits Bausteine für unsere Sonne, die Planeten und speziell die Erde, die per Zufall so günstige Eigenschaften besitzt, dass auf ihr Leben entstehen konnte. Die Zukunft des Universums ist wesentlich unklarer. Auf die Kosmologie warten also noch viele Aufgaben.



Staatsschulden, Austerität und die öffentliche Verklärung

«Europa ist zu stark verschuldet, es hat lange über seine Verhältnisse gelebt, es muss sparen, wir alle müssen sparen.»
So in etwa lässt sich der verbreitete Tenor in Politik und Medien bezüglich der gegenwärtigen «Staatsschuldenkrise» zusammenfassen. Eine kritische Durchleuchtung dieser Haltung tut not.

Europa befindet sich seit dem Jahr 2010 in einer Staatsschuldenkrise, angesichts derer in der öffentlichen Diskussion in Politik und Medien folgendes klar zu sein scheint: Staatsschulden an sich sind schlecht, sie sind zu hoch, wachsen über andauernde Staatshaushaltsdefizite weiter und sind allgemein eine Bedrohung für die Wirtschaft. In einem *Age of Austerity*, wie es der derzeitige britische Premierminister David Cameron ankündigte, sollen die Staaten schlanker, öffentliches Eigentum privatisiert und das Lohnniveau gesenkt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft zu steigern. Der allgemein verbreitete Tenor könnte folgendermassen zusammengefasst werden: «Europa befindet sich in einer Staatsschuldenkrise, es hat lange über seine Verhältnisse gelebt, es muss sparen, wir alle müssen sparen.»

Ist die Austeritätspolitik, welche nun zur Bekämpfung der Krise beschlossen wurde, wirklich sinnvoll?

Diese verbreitete Auffassung gilt es allerdings auch kritisch zu hinterfragen: Bedeuten hohe Staatsschulden überhaupt eine Gefahr für die europäischen Volkswirtschaften, und wenn ja, warum? Sind Staatsschulden denn per se schlecht? Sind sie im Fall der europäischen Staaten, welche nun wegen ihrer Budgetdefizite im Fokus der Weltöffentlichkeit stehen, wirklich Folge von verantwortungsloser Regierungsführung? Ist die Austeritätspolitik, welche nun zur Bekämpfung der Krise beschlossen wurde, wirklich sinnvoll?

Konzept und Zweck der Staatsverschuldung

Zur Finanzierung seiner Funktionsfähigkeit steht dem Staat neben der Steuererhebung noch eine alternative Option zur Verfügung: die Aufnahme von Krediten über den Verkauf von Staatsanleihen. Der Staat emittiert eine Obligation, für die der Käufer, welcher als Obligationär bzw. Kreditor auftritt, einen bestimmten Preis zahlt, und bietet dem Kreditor als Gegenleistung einerseits regelmässige Zinszahlungen und andererseits die Rückzahlung des Nennwertes am Ende einer festgelegten Laufzeit. Während sich aber der private Kredit normalerweise über einen erwirtschafteten Profit finanziert, ist die Spezifik ei-

nes öffentlichen Kredits eine andere: Er finanziert sich aus zukünftigen Steuereinnahmen. Die gesetzlich gesicherte und dauerhafte Abschöpfung eines Teils des Reichtums und Einkommens der Gesellschaft verleiht dem Staat eine einzigartige Bonität und ermöglicht so die Verschuldung als normale Finanzierungsquelle des Staates – denn der öffentliche Kredit ist die Vorwegnahme zukünftiger Steuereinnahmen.

Die öffentliche, durch zukünftige Steuereinnahmen finanzierte Kreditaufnahme hat entscheidende Vorteile gegenüber Steuern. Steuern entziehen der Privatwirtschaft und den BürgerInnen liquide Mittel, die für Konsum oder Investitionen eingesetzt werden könnten. Über die Aufnahme von Staatsschulden hingegen ist es dem Staat möglich Mehrausgaben zu finanzieren, ohne gleichzeitig die Volkswirtschaft zu belasten, was gerade in Wirtschaftskrisen von entscheidendem Vorteil ist. Tatsächlich bieten die Staatsanleihen in der Regel eine sichere Geldanlage für das Finanzkapital. Zudem können von Geschäftsbanken Staatsanleihen bei Zentralbanken als Sicherheiten gegen frisches Geld hinterlegt werden und stellen somit einen elementaren Bestandteil der Kreditgeldschöpfung dar. Staatsanleihen können in der Folge als das eigentliche Fundament der Weltfinanzmärkte verstanden werden.

Der Markt missbilligt Instabilität

Die entscheidenden Vorteile der staatlichen Schuldenaufnahme gegenüber der Steuererhebung, die finanzwirtschaftlich grosse Bedeutung von Staatsanleihen und die Nutzung der Verschuldung zur Wachstumsförderung erklären die Sinnhaftigkeit einer Staatsverschuldung. Ungeklärt bleibt aber, was eine *angemessene* Staatsverschuldung ist. Hiermit beschäftigen sich in erster Linie Geschäfts- und Zentralbanken, welche potentielle Käufer von Staatsanleihen darstellen, sowie Institutionen, welche auf dem Markt eine Bewertungsfunktion einnehmen. Potentielle Käufer müssen beurteilen, zu welchen Zinsen sie bereit sind Staatsanleihen zu kaufen. Rating-Agenturen bewerten Staaten hinsichtlich ihrer Kreditwürdigkeit, das heisst ihres Verschuldungsgrads und der Sicherheit, mit welcher sie ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen können. Für diese Beurteilung berücksichtigen sie neben der Finanzlage auch die volkswirtschaftliche Entwicklung des

Landes und dessen politische und soziale Stabilität. Grund für diese erweiterte Betrachtung ist nichts anderes als die oben erwähnte Relevanz der gesicherten zukünftigen Steuererhebung: Je schlechter die volkswirtschaftliche Lage, je instabiler das politische System und die Gesellschaft, desto grösser ist die Gefahr von zukünftigen Ausfällen von Steuern, welche die Finanzierung der Kreditzinsen sichern. Je grösser diese Risiken, desto schlechter wird die Staatskreditwürdigkeit bewertet und desto höhere Risikoaufschläge in Form von Zinsen fordern die Kreditoren für ihr Geld. Erreichen diese Risikoaufschläge ein kritisches Niveau, kann es für einen Staat schwierig werden, sich überhaupt neues Geld zu verschaffen.

Wessen Verantwortungslosigkeit?

Die Schuldenquoten der Mitgliedsländer der Europäischen Union (inklusive der GIIPS-Länder) befanden sich lange auf einem stabilen Niveau, bis sie 2008 sprunghaft anstiegen. Abgesehen von Italien und Griechenland befanden sie sich zwischen 1998 und 2008 alle deutlich unter der in den Volkswirtschaftswissenschaften als kritisch erachteten Marke von 90 Prozent. Diese Beobachtung desavouiert im Falle der EU-Mitgliedsländer den allgemein verbreiteten Vorwurf, die Staaten hätten «verantwortungslos» Schulden angehäuft. Doch was sind die Gründe für den schlagartigen Anstieg der Schuldenquote ab dem Jahr 2008?

Jean-Claude Trichet, der ehemalige Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), nennt hierfür drei Hauptursachen: Den dramatischen Einbruch der Steuereinnahmen aufgrund der Finanzkrise von 2008 und die Zunahme an Ausgaben, hauptsächlich für proaktive Stimuli, um dieser Rezession entgegenzuwirken, und für die Rettung angeschlagener Banken. Nicht der Staat war, laut Trichet, verantwortlich für den Staatsschuldenanstieg, sondern die Finanzkrise von 2008. Die Reaktionen der Staaten verhinderten eine noch viel dramatischere Entwicklung der Krise. Selbstverständlich ist die Finanzkrise nicht einfach «passiert», sondern Folge einer offensichtlich höchst suboptimalen Regulationspolitik der Finanzwirtschaft.

Austeritätspolitik als Lösung, really?

Was in den Jahren seither im öffentlichen Diskurs von Politik und Medien passiert, ist erstaunlich. Zwar wurden das verantwortungslose Verhalten des Finanzsektors und die völlig lasche Regulationspolitik der nationalen und supranationalen Aufsichtsbehörden ein, zwei Jahre lang heftig kritisiert. Nun aber vollbrachte der öffentliche Fokus einen bemerkenswert rasanten Schwenker weg von den eigentlichen Ursachen der Krise hin zu ihren Folgen und Symptomen und lastet diese der schlechten Regierungsführung der betroffenen Länder an. Für die Mehrheit der Medien und Politiker von rechts bis weit in die Sozialdemokratie hinein ist jetzt eine drastische Politik des Sparens alterna-

tivlos. Konkret bedeutet das: Kürzung der Sozialausgaben und Löhne im öffentlichen Dienst, erhöhte Besteuerung des Konsums und Arbeitsmarktliberalisierung, um das Lohnniveau zu senken und so den Unternehmen attraktivere Investitionsbedingungen zu bieten. Nun stellt sich die Frage: Ist diese Politik zur Ankurbelung der Volkswirtschaft und zur Senkung der Staatsverschuldung wirklich sinnvoll?

Tatsächlich ist Sparen für den Staat gar nicht so leicht. Will ein Staat mit Hilfe einer Ausgabenreduzierung die Staatsschulden reduzieren, beeinflusst er damit auch seine Einnahmen negativ. Reduziert der Staat seine Ausgaben, investiert er weniger Mittel in Arbeit oder Produkte, mit welchen er etwa Strassen oder Schulen baut und auch die staatlichen Dienstleistungen sichert. Kürzt er Löhne oder Renten, schmälert er die Kaufkraft seiner Angestellten. Ähnlich ist es, wenn der Staat die Mehrwertsteuer erhöht: Die Waren werden teurer und dementsprechend sinkt die Kaufkraft der Konsumenten. In jedem Fall sinkt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und somit die gesamte Wirtschaftsleistung (sogar um einen Faktor grösser als eins der Ausgabenkürzungen, Stichwort *Multiplikatoreffekte*), welche die Basis seiner Steuereinnahmen darstellt, mit welchen er ja sein Defizit mindern will. Insofern steht Austeritätspolitik in direktem *Konflikt* zu einer positiven Wirtschaftsentwicklung. Selbst Olivier Blanchard, Chefökonom des Internationalen Währungsfonds (IWF), musste kürzlich eingestehen, dass er diese wachstumshemmenden Effekte der Austeritätspolitik stark unterschätzt habe und empfiehlt den betroffenen Ländern nun sogar eine Erhöhung der Arbeitslosengelder, um die seither gesamtwirtschaftliche Nachfrage wenigstens stabil zu halten.

Nicht der Staat war verantwortlich für den Staatsschuldenanstieg, sondern die Finanzkrise von 2008

Die Hauptargumente für Austeritätspolitik sind, dass diese förderlich für Wirtschaftswachstum sei, zu einer Wiederherstellung des Marktvertrauens führe und eine Attraktivitätssteigerung des Wirtschaftsstandortes bewirke. Internationales Kapital soll damit angelockt werden und Investitionen, günstige Arbeitsmarktentwicklungen und Wirtschaftswachstum vorantreiben. Dies ergibt vorderhand auch Sinn, schliesslich sucht sich das internationale Kapital gemäss Marktlehre die höchste Rendite und diese ist umso grösser, je geringer Gewinnsteuern und Lohnstückkosten ausfallen. Allerdings wird bei dieser Überlegung ein entscheidender Punkt schlichtweg ausgeblendet: die Folgen der Austeritätspolitik für Politik und Gesellschaft. Und diese Folgen dominieren nun schon seit Monaten und Jahren die Berichterstattung aus Griechenland, Spanien und Portugal.

Der Tages-Anzeiger titelte etwa *Griechenland: Eine Gesellschaft im freien Fall* und berichtete von völlig ausser Kontrolle geratenen Stadtvierteln, einem fast völlig lahmgelagerten Justizsystem und drastischen Versorgungsengpässen im Gesundheitssystem als Folgen der Staatsausgabenkürzungen. Bei bereits sehr hoher Arbeitslosigkeit von über 25 Prozent und sinkenden Löhnen verlieren täglich etwa tausend Griechen ihren Job und viele, welche Arbeit haben, erhielten schon seit Monaten keinen Lohn ausbezahlt. So kommt es fast täglich zu Streiks und gewalttätigen Protesten und die neofaschistische Partei *Chrysi Avgí* erreichte bei den nationalen Wahlen 6.9 Prozent. Man könnte Griechenland als Extrembeispiel bezeichnen; ähnliche Entwicklungen sind aber auch in Spanien, Italien und Portugal zu beobachten.

Die Arbeitgeber und Vermögenden werden vom Sparen ausgenommen, ja sie sollen sogar von den Austeritätsmassnahmen profitieren

Angesichts solcher Zustände können die Regierungen noch so viel sparen; in den Staatsbewertungen der Marktakteure – seien dies potentielle Käufer von Staatsanleihen oder potentielle Investoren – spielen die politische und soziale Stabilität eine bedeutende Rolle. Angesichts solcher politischer und gesellschaftlicher Instabilität ist kaum mit einer Zunahme der Investitionen in diese Krisenländer oder einer Senkung der Zinsraten für deren Anleihen zu rechnen. Die «unausweichlichen», schmerzhaften Austeritätsmassnahmen könnten also nicht nur dabei scheitern, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, sondern auch, als Folge davon, die Märkte zu besänftigen. Letzteres war paradoxerweise genau die ursprüngliche Rechtfertigung zur Austeritätspolitik.

Unten sparen, oben schonen

Zuletzt muss angesichts der beschlossenen Sparmassnahmen auffallen, dass entgegen der verbreiteten Auffassung «alle müssten sparen» nicht alle Bevölkerungsschichten den Gürtel enger schnallen müssen. Arbeitslosenversicherungen und Renten sowie die Löhne der öffentlichen Angestellten werden gekürzt und die Konsumbesteuerung erhöht. Zudem werden die Ausgaben in Bildung, Gesundheitssystem und anderen staatlichen Dienstleistungen reduziert. Arbeitsmarktliberalisierungen werden vorangetrieben, um das Lohnniveau relativ zur Produktivität zu senken und die Investitionsbedingungen zu optimieren. In der Konsequenz bedeutet all dies, dass hauptsächlich die Lohnabhängigen – also Unter- und Mittelschicht – für den Staat sparen, denn sie sind hauptsächlich Empfänger der gekürzten Sozialversicherungen und staatlichen Dienstleistungen und werden mit Lohneinbussen konfrontiert. Die Steuern für Unternehmen und Kapital werden hinge-

gen kaum erhöht. Aufgabe der Unternehmen und der Finanzmärkte sei es schliesslich, viel Geld zu verdienen und damit das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Die Arbeitgeber und Vermögenden werden vom Sparen ausgenommen, ja sie sollen sogar von den Austeritätsmassnahmen profitieren.

Gegen die Verklärung

Man kann schliessen, dass sich einige europäische Länder tatsächlich mit signifikant gestiegenen Schuldenquoten konfrontiert sehen, welche für die Staatsfinanzierung ein Problem darstellen. Dieser Anstieg der Schuldenquote ist allerdings kaum auf eine verantwortungslose Regierungsführung zurückzuführen, sondern ist direkte und indirekte Folge der Finanzkrise von 2008. Dass nun Sparpolitik die alternativlose Lösung sei und für Wirtschaftswachstum und Staatshaushaltsüberschüsse Sorge, ist in höchstem Masse anzuzweifeln. Die Behauptung, dass dabei *alle* sparen müssten, ist geradewegs heuchlerisch.

Dieser Artikel behandelt die Problematik, dass die irreführende Erklärung der Krisenursachen und Alternativlosigkeit der Austeritätspolitik einfach als evident hingenommen wurde. Er will über diese Irrtümer aufklären und zeigen, dass die (wirtschafts)wissenschaftliche Diskussion keineswegs so eindeutig ist. Es wäre – gerade für die kritische Studentenschaft – wichtig, sich wieder den eigentlichen Ursachen der Finanzkrise von 2008 zu widmen, welche Ergebnis eines instabilen und zu lasch regulierten Finanzmarktes war und Ursache der jetzigen Staatsschuldenkrise ist, und Widerstand zu leisten gegenüber der verbreiteten Verklärung der Wirklichkeit.

E

A

U

P

R

O

Italien nach den Wahlen – Zeit der Blockade oder des Wandels?

Der überraschende Erfolg von Grillos *Movimento cinque Stelle* (M5S), die unerwartete Aufholjagd des rechten Lagers (PdL) und schliesslich der hauchdünne Sieg der Linken (PD) haben eine Konstellation hervorgebracht, die zu Unregierbarkeit und verfrühten Neuwahlen führen könnte. Wie lässt sich das Wahlergebnis erklären und was steht Italien bevor?

Die Wahlen im Februar haben zu einer neuen Zusammensetzung des italienischen Parlaments geführt. Wie konnte es soweit kommen, dass 25 Prozent der Wählenden einer neuen Bewegung die Stimme gegeben haben, deren Strukturen bis vor kurzem nur im Internet existierten? Dass die Linke, um überhaupt regieren zu können, auf die Unterstützung der Bewegung Grillos angewiesen wäre, da sie keine «unheilige» Allianz mit Berlusconi eingehen will, beunruhigt viele. Selten war es so schwierig, die politische Lage in Italien einzuschätzen. Wie konnte dieser Wahlausgang zustande kommen? Und lassen die neuen, herrschenden Mehrheitsverhältnissen eine «Renaissance» in Form überfälliger Reformen des politischen Systems erhoffen?

**Mandiamoli tutti a casa -
schicken wir sie alle nach Hause**

Der eindrückliche Wahlerfolg des umstrittenen Satirikers Beppe Grillo und seiner Fünf-Sterne-Bewegung erstaunt sogar die erfahrensten Politexperten. «Schicken wir sie alle nach Hause» war das Motto von Grillos Tsunami-Wahlkampf tour durch die italienischen Städte. Grillo verlautete vor vollen Plätzen, er wolle endlich die Ehrlichkeit in die Politik bringen; sie solle sich wie ein Virus ausbreiten und eine neue Ära für das Land ermöglichen. Dass eine Bewegung mit dieser Botschaft, die ihren Wahlkampf ausschliesslich auf Social Media, Blogs und öffentliche Wahlveranstaltungen beschränkte, in der Abgeordnetenkammer als Einzelpartei das zweitbeste Ergebnis erzielte,

Selten war es so schwierig, die politische Lage in Italien richtig einzuschätzen

ist ziemlich erstaunlich. Findet sich dafür eine plausible Erklärung? Neben dem Unmut über Montis Sparprogramm scheint vor allem die Unzufriedenheit der Bürger mit ihren Politikern den Wahlausgang massgeblich beeinflusst zu haben.

Das italienische Parlament

Ein Blick auf das Zweikammerparlament eignet sich besonders gut für eine Bestandsaufnahme der italienischen Politik. Seit 1963 zählt das Abgeordnetenhaus 630 und der

Senat 315 Mitglieder; also insgesamt 945. Zum Vergleich: das Schweizerische Parlament hat 245, der amerikanische Kongress 535 und das EU-Parlament 745 Sitze. Im europäischen Vergleich ist es folglich eine der teuersten Legislativen. Durch eine Reduktion der Sitze sollte sie schlanker und effizienter werden, postulierten Exponenten in Montis Kabinett. Der entsprechende Gesetzesentwurf hätte im Endeffekt aber zu 90 Sitzen mehr geführt.

Zwischen realen Problemen und Eigeninteressen

Der Wille, die realen Probleme des Landes anzugehen, schien in der ersten Hälfte der letzten Legislatur zu fehlen. 1456 Tage hat es gedauert, bis die UN-Konvention gegen Korruption vom Parlament ratifiziert wurde, während der *Lodo Alfano* (Immunität für Berlusconi) innert 20 Tagen durch die zwei Kammern gepeitscht wurde. Der populäre Journalist Marco Travaglio ist der Auffassung, dass die Parlamentarier den Gesetzgebungsprozess seit Jahren ihren Eigeninteressen entsprechend gestalten. Das ist problematisch, denn in der letzten Legislatur wurden über 100 Parlamentarier mit Korruptionsskandalen in Verbindung gebracht, waren in Ermittlungen involviert oder sogar bereits vorbestraft. Auch dieses Mal haben umstrittene Politiker den Sprung ins Parlament geschafft, z.B. Renata Polverini (PdL), die vor kurzem als Präsidentin der Region Latium wegen eines Korruptionsskandals zurückgetreten war. Es bestehen somit weiterhin (Fehl-)anreize, welche dubiose Persönlichkeiten in die Politik locken, gerade weil es weder formelle noch informelle Barrieren für Vorbelastete gibt.

La Casta: Ihre Privilegien und Skandale

Gemäss Analysen der Zeitschrift *L'Espresso* ist das italienische Parlament europäische Spitze, was die Löhne der Abgeordneten angeht. Sie verdienen sieben Mal mehr als der italienische Durchschnittsverdiener; dazu kommen noch unzählige Privilegien: kostenlose Flüge, Zugfahrten, erlassene Autobahngebühren, freie Stadionbesuche, Spitzenküche zu Spottpreisen. Edellimousinen chauffieren sie auf Abruf herum (jährliche Kosten: 1,2 Milliarden Euro). Gerade mal fünf Jahre im Parlament reichen, um Anspruch auf eine grosszügige Rente zu bekommen, die mit anderen Pensionsgeldern kumulierbar ist. Die rigorose Austeritätspolitik hat viele Opfer seitens der Bevölkerung gefordert,

während diese Privilegien weitgehend unangetastet bleiben. Dies hat den Zorn einer breiten Bevölkerungsschicht über die Exzesse der Politikerkaste so richtig entfacht. Bücher zum Thema wurden binnen Tagen zu Bestsellern. Auf unzähligen Blogs erschienen Beiträge über Exzesse von Politikern auf allen Ebenen. Paradebeispiel war Claudio Scajola (PdL), der in seiner Zeit als Minister einen täglichen Flug der Alitalia *ad personam* zwischen Rom und seiner Heimatstadt Imperia (33 km Distanz) angeordnet haben soll. Das Misstrauen gegenüber dem Politestablishment war schon immer gross, aber die Jahre unter Berlusconi haben es dank unzähligen Fällen wie diesem auf einen neuen Höhepunkt gebracht.

Die Kosten der Politik als Wahlkampfthema

Grillos M5S hat sich die wachsende Wut der Stimmbürger über die Politiker im Wahlkampf zu Nutze gemacht. Für Mitglieder gelten strikte Richtlinien. Sie müssen auf einen Teil ihres Lohns verzichten, wenn sie in politische Ämter gewählt werden. Die in den sizilianischen Regionalwahlen gewählten *Grillini* zahlen denn auch 70 Prozent ihres monatlichen Salärs von 11'000 Euro in einen Mikrokredit-Fonds für Kleinunternehmen ein. Grillo hat zudem erklärt, auf die umstrittenen Wahlzuschüsse für Parteien zu verzichten. Er ist gegen jegliche Form der staatlichen Parteifinanzierung, welche seit einem Referendum im Jahre 1993 sowieso verboten wäre. In der Praxis wurde das Verbot mit einem Gesetz umgangen, welches Wahlkampfvergütungen für Parteien, welche das Quorum erreichen, vorsieht. Kurioserweise schwächt das System die Regierungsstabilität, da es so ausgestaltet ist, dass es sich für Parteien finanziell lohnt, wenn es zu Regierungszusammenbrüchen kommt. Die Vergütungen werden nicht zweckgebunden ausbezahlt und die Kontrolle ist lasch. Veruntreuungsskandale sind programmiert. Aktuell steht die rechtspopulistische *Legha Nord* unter Verdacht.

Wiederkehrende Skandale haben dem M5S massiven Auftrieb gegeben. Politikverdrossenheit und sinkende Wahlbeteiligung waren über Jahre die Symptome einer tiefen Glaubwürdigkeitskrise. Zudem bietet die Wirtschaftskrise Populisten fruchtbaren Boden. Grillos Timing hätte nicht besser sein können, zumal ihm auch die sozialdemokratische Partei (PD) die nötige Angriffsfläche bot. Kurz vor den Wahlen kamen Exponenten des PD wegen der Verwicklung in einen Derivate-Skandal um die traditionsreichste Bank Italiens, die *Monte dei Paschi di Siena*, in die Kritik. Grillo konnte sein Argument, das ganze Politestablishment sei korrupt, an den Mann bringen und den Empörten ein neues Ventil bieten, um ihren Protest kundzutun.

M5S = Italienische Piraten?

Anti-Establishment-Parteien verzeichnen in vielen europäischen Ländern regen Zulauf, aber im ersten Anlauf ein Wähleranteil von 25 Prozent auf nationaler Ebene zu

erreichen, ist ein Unikum. Die Piraten, mit denen Grillos Bewegung wegen Gemeinsamkeiten im Programm oft verglichen wird, haben nirgends mehr als 10 Prozent erreicht. Wieso haben viele Italiener einer so neuen Bewegung ihr Vertrauen geschenkt? Was hebt die M5S von anderen Bewegungen ab? Grillo.

Grillos M5S hat sich die wachsende Wut der Stimmbürger über die Politiker im Wahlkampf zu Nutze gemacht

Denn so neu das Phänomen Fünf-Sterne-Bewegung ist, Grillo ist es nicht. Schon 1987, als Bettino Craxi Ministerpräsident war, legte er sich mit der Politelite an. Bald schon wurden ihm Auftritte im Fernsehen untersagt. Der aufbrausende Satiriker, der während seinen Auftritten auch mal vor Wut knallrot anläuft, ist über die Jahre zum Inbegriff der italienischen Anti-Politik geworden (und jetzt, wo er im System drin ist: zum Rumpelstilzchen der italienischen Politik). Ohne ihn als Galionsfigur wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen. Keiner hat mit einer solchen Vehemenz über die letzten 20 Jahre immer wieder dieselben Missstände angeprangert. Und doch hätte bis vor ein paar Jahren niemand damit gerechnet, dass er eine eigene Bewegung gründen würde, welche die alten Parteien derart aus dem Konzept bringen könnte.

Drohen jetzt Neuwahlen? Wer würde profitieren?

Bersani, Parteisekretär des PD, ist an der verzwickten Aufgabe gescheitert, eine handlungsfähige Regierung zu bilden. Dies war absehbar, denn er verfügt nur in einer der zwei Parlamentskammern über die nötige Mehrheit. Im Vorfeld wurde über verschiedenste Szenarien spekuliert: von einer linken Minderheitsregierung, einem Links-Rechts-Bündnis, einer Allianz des PD mit den *Grillini* bis zur Technokratenregierung. Keines dieser Szenarien hätte zu stabilen Verhältnissen geführt. Neuwahlen sind früher oder später unumgänglich. Das Parlament kann aus Verfassungsgründen aber vorläufig noch nicht aufgelöst werden.

In dieser Übergangsphase müssen die alten Parteien, allen voran der PD, geschickt vorgehen, sonst riskieren sie in Neuwahlen einen Sieg Grillos. Die Zahl der Empörten, die ihren Protest an der Urne kundtun, könnte weiter steigen, was das Ende des italienischen Bipolarismus endgültig besiegeln würde. Das Meinungsforschungsinstitut *Demopolis* hat das Volk nach den Wahlen befragt, welche Reformen sie sich als erste wünschen. 83 Prozent sprachen sich für die Reduktion der Anzahl Parlamentarier, deren Privilegien sowie für die Abschaffung der staatlichen Parteifinanzierung aus. Die künftige Regierung sollte dem nachkommen und nicht an dem festhalten, was den Machtapparat seit langem auszeichnet: die Politik des abgekarteten Spiels im Interesse der Kaste.



Die Lateinamerikanische Antwort auf die EMRK

Mutig und mit viel Willen hat sich in Lateinamerika nach dem europäischen Vorbild ein regionales Menschenrechtssystem etabliert, das jedoch kaum einer kennt. Dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte heute die Zusammenarbeit mit dem Interamerikanischen sucht, ist Grund genug, einen Blick auf das System zu werfen.

Am 12. September 1981 verschwand der Student Angel Manuel Velásquez Rodríguez aus Honduras. Er war an jenem Tag auf einem Parkplatz in der Hauptstadt Tegucigalpa von angeblichen Zivilisten verhaftet und entführt worden. Seither fehlt jede Spur von ihm. Sein Verschwinden war aber kein Einzelfall, sondern eines von über hundert im Rahmen einer systematischen staatlichen Praxis in den Jahren 1981-1984, als Regimegegner und Kritiker kurzerhand heimlich umgebracht wurden. Die Familie von Velásquez Rodríguez wandte sich umgehend an die Inter-Amerikanische Kommission für Menschenrechte (IAMRK) in Washington D.C. Diese leitete den Fall fünf Jahre später weiter an den Inter-Amerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte (IAGMR) in San José, Costa Rica.

Velásquez Rodríguez wurde 1988 zum erstem Urteil des IAGMR in einem strittigen Fall und erlangte internationale Bedeutung: Als Präzedenzfall für Fälle von verschwundenen Personen einerseits und aufgrund der mutigen Interpretation des IAGMR von Artikel 1 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention (AMRK) andererseits. Während sich der IAGMR von Anfang an mit sogenannten *enforced disappearances* auseinandersetzte, wurde der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg (EGMR) erst in jüngster Zeit mit Fällen von verschwundenen Personen konfrontiert. Die Ersten kamen aus der Türkei, heute stammen die meisten Fälle aus Russland, das dem Europarat 1996 beigetreten ist.

In seiner Rechtsprechung zu *enforced disappearances* kann der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte von den Erfahrungen des IAGMR profitieren. Bereits in seinem ersten Urteil zu einer verschwundenen Person, dem Fall *Kurt v. Türkei* aus dem Jahr 1998, bezieht er sich auf *Velásquez Rodríguez*. In seiner Rechtsprechung zu verschwundenen Personen gilt der Interamerikanische Gerichtshof im Vergleich zum EGMR als fortschrittlicher. Der IAGMR senkt in solchen Fällen die Beweislast gegenüber dem Staat und wendet einen tieferen Beweisstandard an, was in solchen Fällen sinnvoll ist. Vor dem EGMR trifft die Beweislast ausschliesslich die Angehörigen der Opfer. Dies zeigt: Während ihre Entstehung von unterschiedlichen sozio-politischen Ausgangslagen geprägt ist, können die regionalen Gerichtshöfe heute, vor dem Hintergrund konvergierender Problemlagen, von ihren verschiedenen

Erfahrungen profitieren. Doch zunächst: was ist überhaupt die AMRK und wie funktioniert das Interamerikanische Menschenrechtssystem?

Menschenrechte spalten den Kontinent

Die AMRK wurde nach dem Vorbild der EMRK, der Europäischen Menschenrechtskonvention aus dem Jahr 1953, im Rahmen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) entworfen. Die OAS umfasst 35 Länder aus Nord-, Zentral- und Südamerika und somit praktisch die gesamte Hemisphäre, wobei die USA die Organisation von Anfang an ökonomisch, politisch und militärisch dominierten. In ihrem Anspruch gleicht sie dem Europarat, setzte sich aber bei ihrer Gründung aus einem breiteren Spektrum von Staaten zusammen: Von reichen Industriestaaten bis zu den ärmsten Ländern der Welt und von Demokratien bis Diktaturen.

Mehr finanzielle Unterstützung von der OAS würde die Glaubwürdigkeit des Gerichtshofes stärken und die Effizienz des Systems steigern

An der OAS-Menschenrechtskonferenz 1969 in San José, wurde die AMRK verabschiedet und zur Signatur freigegeben. Sogar die USA unterschrieben sie 1977 mit Jimmy Carter. Sein Antrag zur Ratifizierung scheiterte jedoch im Senat und seither hat keine US-Regierung mehr einen solchen Versuch unternommen. Neben den USA gilt die AMRK auch nicht für Kanada, Kuba, Belize, Guayana und ein paar karibische Nationen. Venezuela kündigte letztes Jahr aufgrund politischer Meinungsverschiedenheiten mit der OAS die Mitgliedschaft.

Der Widerstand der USA und Kanada innerhalb der OAS gegen die Konvention hat erhebliche finanzielle und politische Konsequenzen für das Menschenrechtssystem. Das weiss Paolo Proli aus eigener Erfahrung. Der italienische Anwaltsassistent hat in den letzten fünf Jahren an beiden Gerichtshöfen –in San José und Strassburg– gearbeitet. «Die finanzielle Situation ist absolut entmutigend und Ressourcen fehlen an allen Enden.» Mehr finanzielle Unterstützung von der OAS würde die Glaubwürdigkeit des Gerichtshofes stärken und die Effizienz des Systems

steigern, meint Proli. Aber auch politisch bräuchte es dazu einen beträchtlichen Auftrieb. Die Beitritte der USA und Kanada würden zur Stärkung des Menschenrechtsschutzes führen, glaubt Proli. Doch er denkt, dass dies auch unter Obama nicht geschehen wird.

Keine Kapazitäten für mehr Beschwerden

Im Juli 1978 trat die Amerikanische Menschenrechtskonvention in Kraft. Wie die Europäische zu Beginn, beschränkt sie sich im Wesentlichen auf bürgerliche und politische Rechte, die via Individual- und Staatenbeschwerde vor einer Kommission und einem Gerichtshof durchgesetzt werden. Während die textuellen Unterschiede zwischen den Konventionen marginal sind, unterscheiden sich die beiden Systeme in ihrer institutionellen Ordnung: In Europa wurde die Menschenrechtskommission im Zuge von Reformen im Jahr 1998 abgeschafft. In Amerika bilden die Interamerikanische Menschenrechtskommission (IAKMR) und der IAGMR eine duale Struktur als Organe ohne ständigen Charakter. Die Menschenrechtskommission ist ein Doppelorgan der OAS und der AMRK und hat deswegen ihren Sitz in Washington D.C. Sie führt Vor-Ort Untersuchungen durch, verfasst Länderberichte zu Menschenrechtsverletzungen oder fordert vorsorgliche Massnahmen, wie beispielsweise 2002 zum Schutz der Rechte und Freiheiten von Inhaftierten in Guantánamo. Alle ihre Berichte können jedoch nur politischen Druck ausüben. Angesichts der fehlenden Allgemeingültigkeit der Konvention werden sie innerhalb der OAS nur wenig beachtet.

Während Individuen in Europa seit 1998 direkten Zugang zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg haben, müssen sich Opfer in Lateinamerika mit einem schriftlichen Gesuch an die Kommission in Washington wenden, welche die Beschwerde an den Gerichtshof in Costa Rica weiterleiten kann. Dieser Umweg über die Kommission wird kritisiert, doch auch dies sei letztlich eine finanzielle Frage, so Proli. Gäbe es einen direkten Zugang zum Gerichtshof, würden die Anträge in die Höhe schnellen. «Der Interamerikanische Gerichtshof hat heute aber absolut keine Kapazitäten, um noch mehr Individualbeschwerden zu bearbeiten», betont Proli.

Im Unterschied zum EGMR, wo ein Ministerkomitee sich darum kümmert, ist der Gerichtshof für Menschenrechte in San José ausserdem zuständig für die Überwachung und Umsetzung seiner Entscheide. Aus persönlicher Erfahrung weiss Proli, dass diese Arbeit die meiste Zeit in Anspruch nimmt. Meistens handle es sich dabei nicht einmal um Urteilsentscheide selbst, sondern um Massnahmen zum Schutz der Zeugen beispielsweise. Zusätzlich erschwerend kommt dazu, dass die Urteile in Lateinamerika zwar fortschrittlich, aber nicht einfach umzusetzen sind. Während in Europa die meisten Urteile Geldzahlungen betreffen, beinhalten die Strafen des IAGMR nicht selten die Erschaffung von Gedenkstätten, Statuen oder Strassennamen.

Pionierarbeit hin zu einem Weltgericht?

Kreativ ist der Interamerikanische Gerichtshof auch in der Interpretation der AMRK. Da er hier noch am Anfang steht, hat er einen breiten Handlungsspielraum. Proli sieht darin ein grosses Potential und meint: «Die AMRK ist definitiv ein *living instrument* wie die EMRK». Auch wenn der Gerichtshof in San José noch wenig bekannt ist in Lateinamerika selbst, vergleichbar etwa mit dem Europäischen der 1980er Jahre, steige das individuelle Bewusstsein für das Menschenrechtssystem beachtlich, so Proli. Um ein Gesuch zu stellen, müssen die innerstaatlichen Rechtswege ausgeschöpft worden sein. Eine sehr wichtige Rolle spielen hier NGOs, die dabei Hilfestellung bieten. «Sie übernehmen die meiste Arbeit, indem sie anstelle von Anwälten, Fälle vor den Gerichtshof bringen», erklärt Proli.

Um qualitative Fortschritte zu machen, würde das System aber finanzielle Mittel brauchen, betont er. Da die USA und Kanada der AMRK kaum beitreten werden, begrüsse man die Zusammenarbeit mit Europa umso mehr. Auf Initiative des neuen EGMR-Präsidenten, dem Luxemburger Dean Spielmann, wurde ein neuer Kooperationsmechanismus zwischen den beiden Gerichtshöfen für Menschenrechte ins Leben gerufen, den die luxemburgische Regierung finanziert.

Da die USA und Kanada der AMRK kaum beitreten werden, begrüsse man die Zusammenarbeit mit Europa umso mehr

«Im November 2012 besuchte uns dazu eine Delegation aus San José», erzählt Proli. Es sei zu einer Abmachung gekommen, die in einem ersten Schritt ein dreimonatiges Austauschprogramm vorsieht. «Juristen des Interamerikanischen Gerichtshofes werden drei Monate pro Jahr nach Strassburg kommen und umgekehrt, was den weiteren Austausch in der Rechtsprechung und Praxis fördert», erklärt Proli. Beispielsweise in Fällen von verschwundenen Personen oder auch bei Fragen zum Umgang mit indigenen Völkern, die ihre individuellen Wertvorstellungen an die Gerichtshöfe herantragen. «Möglicherweise kommt es irgendwann auch zu einem gewissen institutionellen Austausch», vermutet Proli. Auf jeden Fall glaubt er, dass sich die zwei Systeme weiter verbinden werden, obschon es noch wesentliche Hindernisse auf diesem Weg gibt.

Weiter manifestiert sich der regionale Menschenrechtsschutz auch in Afrika mit einem Afrikanischen Gerichtshof für Menschenrechte. Dieser stehe aber noch am Anfang, vergleichbar mit dem Europäischen der 1950er Jahre, meint Proli. Es gibt Studien zur Schaffung eines Weltgerichtshofes für Menschenrechte, doch gilt abzuwarten, wie sich die regionalen Systeme weiterentwickeln und wie sie ihre künftige Zusammenarbeit gestalten

Herausgeber

Verein Zurich Globalist

info@zurichglobalist.org

www.zurichglobalist.uzh.ch

Chefredaktion

Livio Liechi

Konzept und Gestaltung

Apsara Flury

Redaktion

Mattia Balsiger

Nadja Busch

Nicolas Hintermann

Thomas Linder

Thomas Lo Russo

Ivan Marijanovic

Giannis Mavris

Sarah Moser

Nikolai Thelitz

Martina Viviani

Benno Zogg

Druck

Merkur Druck AG

Gaswerkstrasse 56

4900 Langenthal

www.merkurdruck.ch

Ausgabe

#4 FS 2013

Auflage

1000 Exemplare

Inserate / Sponsoring

Nicolas Hintermann

fundraising@zurichglobalist.org

Mach mit beim Zurich Globalist!

Bist Du interessiert an all dem, was tagtäglich auf dem internationalen Parkett der Weltpolitik passiert?

Wolltest Du schon immer bei der Produktion eines Magazins dabei sein?

Liegt Dir das Spiel mit Buchstaben und Wörtern?

Dann werde RedaktorIn beim Zurich Globalist! Unser kleines, aber feines Team ist immer wieder auf motivierten Nachwuchs angewiesen. Verschiedene RedaktorInnen nähern sich momentan ihrem Studienabschluss an der UZH und werden uns daher im Sommer verlassen. Du kannst uns helfen, unsere junge Erfolgsgeschichte um weitere Kapitel zu ergänzen!

Melde Dich mit einigen Worten zu deiner Person unter info@zurichglobalist.org

Hast Du momentan keine freien Kapazitäten, aber möchtest Du trotzdem auf dem Laufenden bleiben, dann folge uns auf Facebook! Dann verpasst du garantiert auch keinen Artikelausschrieb für unser halbjährlich erscheinendes Heft.

printed in
switzerland

myclimate
Protect our planet

FSC



MERKUR DRUCK



MERKUR DRUCK – PERSÖNLICH UND KOMPETENT

Merkur Druck AG, Gaswerkstrasse 56, 4900 Langenthal
Telefon 062 919 15 15, Telefax 062 919 15 55
www.merkurdruck.ch, info@merkurdruck.ch



www.facebook.com/merkurdruckag



Es gibt wirklich gute Gründe für unseren Master in Politikwissenschaft

Klare Profilbildung durch Studienschwerpunkte:

- Demokratie, Entwicklung und Internationale Beziehungen
- Politische Ökonomie und Philosophie
- Schweizer Politik
- Politischer Datenjournalismus

Spitzenforschung in der Schweiz und in Europa

Persönliche Betreuung & kleine Gruppen

Praxisbezug durch Praktika & Mentoring

Internationalität & spannende Austauschmöglichkeiten

Persönliche Entwicklung: Unabhängig Denken & Handeln

Aussergewöhnliche Karrieremöglichkeiten

Noch Fragen?

Unsere Fachstudienberatung hilft Ihnen gern weiter: studhelp@ipz.uzh.ch
Institut für Politikwissenschaft. www.ipz.uzh.ch



Universität
Zürich^{UZH}

